

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Dr. Fritz Bauer · Willi Eichler · Dr. Erich Potthoff

und Prof. Dr. Otto Stammer

3. Jahrgang · Heft 4 · Juli/August 1956

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH · BIELEFELD

INHALT

Oto Bihalji-Marin, Belgrad <i>Kunst und Wissenschaft in der Gesellschaft unserer Zeit</i>	243
Dr. Christian Gneuss, Köln <i>Recklinghausen — Bilanz der Ruhrfestspiele</i>	254
Arnold Bauer, Berlin <i>Zur Ideologie des deutschen Films</i>	259
Prof. Dr. Martin Wagner, Cambridge (USA) <i>Bauen für die Massen (II)</i>	264
Rudolf A. Pass, Bonn <i>Die Utopie im Urteil der Wirklichkeit</i>	273
Diskussion	
Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Marburg <i>Warum Parteiprogramm?</i>	283
Dr. Richard Freyh, Frankfurt <i>Sozialismus heute</i>	291
Dr. Hermann Karl, Flensburg <i>Moderne Gesundheitspolitik</i>	295
August Freudenthal, Münster <i>Zur Situation der modernen Musik</i>	298
Zeitgeschehen	300
Berichte	
Amerikanische Gewerkschaften vor der Wahl	303
<i>Von Dr. Heinz Pächter, New York</i>	
Ideologien und Probleme Israels	305
<i>Von Hans Waldmann, Berlin</i>	
Kritik	312
Mitteilungen der Schriftleitung Umschlagseite	3
Die Beiträge in dieser Zeitschrift bringen die persönliche Auffassung der Verfasser zum Ausdruck.	

Schriftleitung: Ulrich Lohmar, Bielefeld, Pressehaus, Tel. 631 11

Redaktions-Beirat: Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg; Dr. F. Borinski, Bremen; O. Brenner, Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt; Dr. H. Debat, MdB, Köln; Prof. Dr. G. Eckert, Braunschweig; F. Erler, MdB, Tübingen; Prof. Dr. Grate Henry-Hermann, Bremen; W. Jacksch, MdB, Wiesbaden; Prof. Dr. H. J. Iwand, Bonn; Prof. Dr. G. Rittig, Göttingen; Prof. C. Schmid, MdB, Frankfurt; H. Wahner, MdB, Hamburg; Prof. Dr. G. Weisser, Köln. — VERLAG NEUE GESELLSCHAFT, Bielefeld, Pressehaus; Fernruf Bielefeld 63111; Fernschreiber 6332845. Abonnementspreis 2,— DM je Heft ab Verlag. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. — Anzeigenpreisliste Nr. 1. — Postsch.-Konto Hannover 6368. Bankverb.: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld. Umschlag-Zeichnung: Eugen Nardinger, Augsburg.

KUNST UND WISSENSCHAFT IN DER GESELLSCHAFT UNSERER ZEIT

Zwei Gefahrenpole der zeitgenössischen Kunst

Der Kunsthistoriker Wilhelm Hausenstein fragt nach dem Weg, der hinausführe aus unserer heutigen Kunstverwirrung. Welche Antwort gibt uns dieser angesehenen Ästhet in der Bedrängnis seines Gewissens? „Die Frage nach Wert und Unwert bildender Kunst in dieser Zeit ist längst ein theologisches Anliegen geworden.“ Nur durch eine religiöse Erneuerung des gesamten Lebens kann, nach den vielen Abirrungen, ein Gesamtbild des Lebens wieder gewonnen werden. „Das Zerspelte, Zerstückte in moderner Kunst rührt im Grunde daher, daß die Kunst durch ihre Säkularisation den Zusammenhang mit der Schöpfung als solcher, der Schöpfung Gottes verloren hat.“

Den „Verlust der Mitte“ nennt es Hans Sedlmayr, das Fortstreben vom Menschen, vom Menschlichen und von Masse. Denn, so sagt Sedlmayr, „das Menschliche ist nicht festzuhalten ohne den Glauben, daß der Mensch potentiell Ebenbild Gottes sei, eingeordnet in eine wenn auch gestörte Weltordnung.“

Sedlmayr zitiert zwar Pascal, der gesagt hat, „die Mitte verlassen, heißt die Menschlichkeit verlassen“, aber Pascal war etwa drei Jahrhunderte früher durchaus radikaler in der Deutung dieses Verlustes.

Max Picard, den sowohl Hausenstein wie Sedlmayr gern als Autorität anrufen, gibt eine genauere Definition des Verlustes der Mitte. „Wie also kann der Mensch wieder ganz werden, daß er das Ganze malen kann?“ Und: „Nur wenn der Mensch das Christentum zur Mitte seines Wesens macht, ist das möglich.“

Die religiösen Stimmungen unserer Zeit wuchsen als Folge apokalyptischer Erlebnisse von Krieg und Zerstörung, mehr noch als Flucht vor dem Einbruch der Technik, die das Leben des heutigen Menschen zu entseelen droht und ihn in das Korsett einer maschinellen Zivilisation einzuschmüren versucht. Was aber gibt die restaurative Philosophie Hausensteins, Picards oder Sedlmayrs für Aspekte?

Sedlmayr schreibt zum Schluß seiner Studie „Verlust der Mitte“: „Was aber die Kunst betrifft, so wird es zunächst vielleicht noch nicht möglich sein, vielleicht noch lange nicht, etwas in die leere Mitte zu setzen. Dann aber muß wenigstens das Bewußtsein davon lebendig bleiben, daß in der verlorenen Mitte der leer-gelassene Thron für den vollkommenen Menschen, den Gottesmenschen steht.“

Wir sehen die Krisenerscheinung in der Kunst nicht isoliert. Sie besteht als Reflex einer Krise in der Gesamtstruktur der gesellschaftlichen Ordnung. Und über der erschütterten gesellschaftlichen Wirklichkeit sehen wir die fantastischen, oft dem Menschlichen entfremdeten Reflexe seines Bewußtseins, seines Traumes und seines Himmels. Unsere Hoffnung nach Überwindung einer dehumanisierten Kunst liegt nicht in der Erwartung einer Renaissance des Christentums, sondern in einer modernen Rekonstruktion der Gesellschaft, die so sehr menschlich sein wird, daß auch ihre Reflexe in der Kunst frei und menschlich sein können.

Das späte Rom verzweifelte an seinem Zweifel. Vor Glaubenslosigkeit suchte es nach einer neuen Religion, wobei zuerst und lange fragwürdig war, ob es der melancholisch-abstrakte Christus oder der obszön-dämonische Mithras sein sollte. Das Christentum siegte. Es war dies das Kompromiß der europäischen ratio mit orientalischer Beseeltheit. Welches Kompromiß mag das späte Paris wählen, dieses Babylon des zwanzigsten Jahrhunderts, diese herrliche Metropole zivilisatorisch-gemüdeten Weisheit, die an nichts mehr glaubt?

Andere Interpreten und Kritiker der modernen Kunst meinen, der Standpunkt materialistischer und dialektischer Weltbetrachtung mache es ihnen zur Pflicht, die klassische Harmonielehre, die Perspektive der Renaissance sozusagen, als Grundelemente einer westlichen Zivilisation zu verteidigen. Sind alle anderen Kulturen der Menschheit weniger existent? Sind die Kunstschöpfungen aus anderen Bewußtseinsquellen für sie minderwertig oder doch nur als Folklore und primitive Entwicklungsstufe wertbar? Und gegen wen wird dieser Geist der europäischen Zivilisation verteidigt? Gegen den Einzug des Prälogischen, der sumerisch-akkadischen Kulturen, gegen die totemistische Symbolik präcolumbianischer Kultformen oder die afrikanische Negerkunst? Oder gegen den Einbruch byzantinisch-slavischer Kollektivformen in das aristokratisch-ichbezogene Gebiet des bürgerlichen Individuums?

Die Invasion der Technik hat der naturalistisch minutiösen Optik das äußere Bild der Welt überlassen. Die Künstler wurden aus diesem Vorderplan der Sichtbarkeit, aus dem Paradies der konventionellen Formen vertrieben. Television, Film, Cinerama haben die Illusionsmöglichkeiten bis zur Vollkommenheit entwickelt. Im plastisch und koloristisch vollendeten Cinerama sind wir, die Zuschauer, nicht mehr vor dem Bilde, sondern in ihm. Wir sind eingetreten in das Geschehen und fühlen uns akustisch und optisch von ihm umzingelt. Wenn der Gondoliere durch die Kanäle von Venedig stakt, beugen sich die Köpfe der Zuschauer unwillkürlich, um nicht an den Bogen der niederen Brücke anzustoßen. Manchmal flüchten Künstler, um sich vor der Technik zu retten, um der Rationalisierung und dem Warencharakter der Dinge zu entgehen, in den Gespensterwald der Metaphysik, in die inneren Labyrinth einer theologischen Romantik. Was bedeuten die Erhebung der Romantik des 19. Jahrhunderts, die Auferstehung abgelebter credos, das gnostische Suchen nach dem Geheimnis in unseren Tagen?

Der moderne Sozialismus hat keine Ursache, sich mit den Akademien der Vergangenheit zu identifizieren. Indem er sich gegen die Abgründe des Irrationalen und der Metaphysik wendet, braucht er sich nicht für die Verflachung mechanistisch-naturalistischer Kunstinterpretierung zu entschließen. Das dialektische Prinzip kann davon nicht absehen, daß sich mit der Veränderung des naturwissenschaftlichen Weltbildes neue Räume des Daseins geöffnet haben, die Geist und Gestalt der Kunst wandelten. Daß dabei ein neuer Wortschatz, eine andere Palette, eine ungewohnte Harmonik entstand, bedeutet gewissermaßen eine Erweiterung des Kunsthorizonts und erfordert auch eine Erweiterung des ästhetischen Kriteriums. Es ist nicht Absicht dieser Kunst, Verwirrung herbeizuführen und „schwer verständlich“ zu sein. Die Grenzen der Sensibilität sind nur hinausgerückt, die noch nicht vertrauten Formen und scheinbaren Dissonanzen werden in nicht zu ferner Zukunft als erweiterte Harmonien selbstverständlich werden.

Mißverständnisse in der Kultur, Atomisierung der Künste und Versuch einer zeitgerechten Synthese

Die Entwicklung der Künste unserer Zeit und die Resonanz dieser Entwicklung in der Gesellschaft erwecken in uns Unsicherheit und Zweifel. Wir fragen, für wen wird Kunst geschaffen? Wer braucht sie? In diesem Jahrhundert gingen die Künste in immer rascherem Tempo den Weg der Verleugnung des Rationalen und der logischen Erfassung.

Die „Ars imitatur naturam“ wurde längst verlassen. Die Wiedergabe der Natur ist kein erstrebtes Ziel mehr. Die Bindungen an das Inventar der Wirklichkeit verringerten sich zusehends.

Für die künstlerisch Unempfindlicheren waren Rimbaud, Rilke, Valéry bereits unzugänglich. Die Musikentwicklung von Wagner bis Debussy befremdete sie. Die Malerei von Manet bis Cézanne erschien ihnen rätselhaft. Immerhin war auf jener Entwicklungslinie noch keine vollkommene Absage an die sichtbare Form, an die logische Folge der Erscheinungen, die klangmäßige Erfassbarkeit der Harmonie gegeben. Die Projektion der Selbstauffassung des modernen Menschen auf das Niveau wissenschaftlicher und technischer Gegebenheiten der Epoche, wie sie Picasso, Schönberg, Joyce oder Corbusier versuchten, blieb vorerst einer schmalen Bildungsschicht vorbehalten. Der Weg zum Irrationalen entfremdete die Kunst von der breiten Gemeinde des Publikums. In einer esoterischen Sprache führte sie die wenigen, die sich ihr nähern konnten, zu den Abgründen des Seins: aus Phantasie und Unterbewußtsein, Instinkt und Traum, Erinnerung und Entrücktheit, aus archaischem Aspekt und zugleich aus dem Bewußtsein der entfalteten Naturbeherrschung baute die Kunst ihr Weltbild, das nicht mehr der traditionellen Welt anzugehören schien. Gewiß hat die Kunst auch in vergangenen Zeiten die Bedürfnisse der Volksmassen nicht immer berücksichtigt. Sie gehörte auch früher einer bevorzugten, kultivierten Schicht an, und es nimmt nicht Wunder, daß Millionen von Menschen, die erst aus Analphabetentum, sozialer und kolonialer Unterdrückung aufzuwachen im Begriffe sind, sich nicht mit diesen komplizierten Visionen zu beschäftigen wissen. Aber auch zivilisiertere Völker stehen den Emanationen der zeitgenössischen Kunst vielfach fremd gegenüber. Um Kunst zu fördern, benutzt der Staat oder der soziale Auftraggeber heute organisatorische und didaktische Mittel. Ein wirkliches Bedürfnis nach Erwerb von Kunstwerken liegt selten vor.

Die populären Interessen in der Welt sind bei Fußball und Boxsport und — soweit sie die Künste einschließen — doch eher bei Radio, Film, Television, den Künsten der technischen Zivilisation. Diese Feststellung treffen wir ohne jede Geringschätzung. Vielleicht hat die Kunst dieses Übergangszeltalters ihren Hauptwert im schöpferischen Experiment, in der Vorbereitung für eine kommende, synthetische und wieder verständlicher werdende Sprache der Gestaltung. Wer aber vermag zu sagen, ob diese übersensiblen, feinnervigen, subjektivierten Künste nicht letzte Reflexe einer untergehenden Spätzivilisation darstellen? Ohne tragisch-melancholische Betonung könnte mancher vielleicht die Versäße des Atomaufbaus, die Rhythmik der Wellenmechanik, die Emanation kosmischer Strahlungen als poetischer und phantastischer erleben als die Dichtungen von Eluard und Michaud; Mikro- und Makrophotographie, die Formen atomaren und subatomaren Geschehens mögen ihnen sogar erregender erscheinen als die Bilder von Kandinsky oder Joan Miro.

In den Vorlesungen, die Hegel zwischen 1818 und 1831 in Heidelberg über Ästhetik hielt, sprach er bereits davon, daß die „Gegenwart“ ihrem allgemeinen Zustande nach der Kunst nicht günstig sei: „Der Gedanke und die Reflexion hat die schöne Kunst überflügelt. Wenn man es liebt, sich in Klagen und Tadel zu gefallen, so kann man diese Erscheinung für ein Verderbnis halten, und sie dem Übergewicht von Leidenschaften und eigennütigen Interessen zuschreiben, welche den Ernst der Kunst wie ihre Heterkeit verschleichen; oder man kann die Not der Gegenwart, den verwickelten Zustand des bürgerlichen und politischen Lebens anklagen, welche dem in kleinen Interessen befangenen Gemüt sich zu den höheren Zwecken der Kunst nicht zu befreien vergönne . . .“ Nicht ohne leise Ironie lesen wir diese Zeilen des Bedauerns, in denen Hegel seine Epoche beklagt, weil sie für die Kunst ungünstig sei, und von der wir heute wissen, daß in ihr Goethe, Beethoven, Delacroix und Stendhal wirkten.

Könnten unsere Befürchtungen über die Misere der zeitgenössischen Kunst in einer künftigen Generation nicht analoge Assoziationen erwecken?

Wie immer wir auch über die Entwicklung der neuen Kunst denken — ihre Genesis ist interessant, und die Quellen und Voraussetzungen ihres Erstehens unserer Beachtung wert.

An den Wendepunkten der Stilepochen hat es immer Umbruchskrisen gegeben. Über den erschütterten materiellen Grundlagen barst der Himmel des Bewußtseins, und die Begriffe vom Wahren und Schönen in der Kunst wandelten sich. Genau wie die Geschichte der Menschheit bewegt sich auch die Kunst in Widersprüchen. Immer von neuem erstehen Divergenzen zwischen dem Errungenen und dem zu Erringenden, zwischen dem Erhaltenden und dem Verändernden. Jeder Blick rückwärts legt Zeugnis davon ab.

Die notwendigen Wandlungen und Umbrüche im Raum der Vergangenheit konnten sich, da sich der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß über weite Zeitabschnitte ausbreitete, zumeist in kleineren Dosierungen vollziehen. Die Metamorphose im spätkapitalistischen Zeitalter jedoch hat ein bestürzendes Tempo angenommen. Die Umbrüche vollziehen sich unvorbereiteter und katastrophenhafter.

Der innerliche und der formale Ausdruck der Kunst ist genau so den Gesetzen der Veränderung unterworfen wie der Arbeitsprozeß, wie die Verkehrsordnung oder die Vorstellungen von Sittlichkeit. Weder Architekten noch Maler, Physiker, Biologen, Musiker oder Poeten konnten bei einer traditionellen Gesetzmäßigkeit verharren, während tiefgreifende soziale, wissenschaftliche und technische Umbauten der Gesellschaft vorgenommen wurden. Aber das Bewußtsein will die Veränderungen nicht registrieren; nur zögernd macht es den Schritt aus der normierten Gewohnheit in die Ungewißheit noch unerkannter Beziehungen. Nicht nur die Unwissenden und Dumpfen stehen dem Werdenden skeptisch gegenüber, auch geistig entwickelte und auf eigenem Gebiete bedeutsame Köpfe wehren sich gegen die zeitliche Bedingtheit dessen, was sie in ihrer Jugend bejahten. Immer wieder kam es zu jenen großen Mißverständnissen in der Kultur, deren Ausmaß und Häufigkeit uns nachdenklich stimmen mögen. Wo ist die Grenze des Wahren und Notwendigen, die authentische Resonanz der Zeit, und wo der Ballast modischer Geschicklichkeit, amorpher Imitation?

Es ließe sich auf Brunelleschis Kampf gegen Donatello hinweisen, dessen Christusfigur allzu lebensnah, realistisch, den Vorstellungen und dem Kanon der Gottessohnsgestalt widersprach; und auch auf das Verhältnis von Tizian zu Tintoretto; das Mißverstehen der El Greco'schen Palette, die als Farbverirrung eines Farbenblinden angesehen wurde. Immer schon bestand eine Kluft zwischen Gewohnheit und Neuschöpfung. Sogar die harmonischsten, aus der heutigen Perspektive durchaus unrebellen Gestalten wie Donatello oder Mozart erfuhren diesen bitteren Gegensatz.

Der sächsische Hofkapellmeister, I. G. Neumann nennt Mozart verachtungsvoll einen „Sansculotten der Musik“. 1787 notiert die „Wiener Zeitung“ über die Mozartschen Quartette, die er Haydn widmet: Es sei bedauerlich, daß Mozart sich so versteige, nur um neuartig zu erscheinen. Chaotisch, überladen, unkorrekt, unmelodisch und ohne Anmut nennen Zeitgenossen Mozarts Musik, seinen Schritt aus dem Bereich des Höfischen zur bürgerlich-vertieften Sensibilität. Mozart hat den Klangkörper erweitert, alle Instrumente belebt und ihnen den Atem der menschlichen Stimme hinzugefügt — das erfaßten seine Zeitgenossen nicht.

Einige Generationen später wird umgekehrt die Vergottung Mozarts dazu benutzt, um das junge Genie Beethoven zu überschatten und später, um die Regungen zu ersticken, die durch Berlioz und Wagner in der Musik laut werden. Czerny schreibt in seinen Erinnerungen: „In jener Zeit wurden Beethovens Kompositionen vom größeren Publikum gänzlich verkannt, und von allen

Anhängern der älteren Mozart-Haydn'schen Schule mit größter Bitterkeit bekämpft." Nach der mißlungenen Aufführung der Neunten Symphonie und der Missa Solemnis in England schrieb die zeitgenössische Presse: „Der taube Komponist hat das Zeug geschrieben, weil er es nicht hört.“ Die kühne Rhythmik, die entlegene und neue Harmonik von Beethovens Spätwerk blieben mit wenig Ausnahmen fast unverstanden.

Gewiß wäre es ungerecht, wollte man nur die Seite des Mißverständnisses betonen. In Goethes langem Leben gab es neben Ablehnung und Unverständnis auch Anerkennung. Bei den heftigen Angriffen auf Goethe soll von der moralischen Verdammung des Freidenkers abgesehen werden. Sie ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung. Uns interessiert der Angriff auf die Kunstform, das Mißverständnis der sprachlichen und ästhetischen Entwicklung.

„Wer kann dies verworrene und verwirrende Schauspiel hier zu Ende aushalten“, klagt Bodmer, der Schweizer Literaturpapst, 1774 über den „Urgötz“. Und ein Jahr später schreibt der Kritiker Iselin: „Goethe gehört zu denen, die eine neue Sekte zu gründen anfangen. Ihre mindeste Absicht ist, alle die Regeln zu verschlagen, die Boileau, du Bos, Marmontel, Voltaire usw. für das Theater aufgestellt haben... Ich glaube, daß die Begierde, sich auszuzeichnen, sein erster Antrieb ist, und weil ihm andere bereits voraus sind auf der Straße, die zum Guten und Vollkommenen führt, so hat er einen der hunderttausend Umwege des Paradoxen eingeschlagen...“

Man würde das Problem der Verkennung des Neuen sehr vereinfachen, wollte man es allein mit dem schlechten Niveau eines breiten Publikumsgeschmackes erklären. Auch die bedeutenden und schöpferischen Künstler, die sich selbst nur mit Mühe durchsetzen, verkennen ihrerseits vielfach das neu Aufkommende und Ungewohnte. Goethe und sein Kreis verschlossen sich gegen Heine und Jean Paul, Kleist und Hölderlin.

In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wenden sich die Neuerer von den verbrauchten poetischen Mitteln des idealisierenden Klassizismus und der übersteigernden Romantik ab. Sie suchen parallel mit der Entwicklung der Gesellschafts- und der Naturwissenschaft Exaktheit, wissenschaftliche Analyse von Milieu und Seelenvorgängen in der Literatur. Der literarische Naturalismus stieß auf die organisierte Feindschaft aller Konservativen.

Man könnte annehmen, daß die gesellschaftskritische Tendenz des literarischen Naturalismus wenigstens in den antibürgerlichen Schichten sozialistischer Observanz Aufnahme gefunden hätte. Das war indessen kaum der Fall. Die Sozialdemokratie jener Tage war auf dem Gebiet der Ästhetik durchaus kleinbürgerlich und konservativ eingestellt¹⁾.

¹⁾ Das beleuchtet die ausnehmend interessante Diskussion des Parteitagcs der SPD im Jahre 1886 in Getha. In einer heftigen Rede bekämpfte der Delegierte Frohne die Redaktion der „Neuen Welt“, des Familienblatts der damaligen Sozialdemokratie, weil sie — wie er behauptete — die naturalistische Kunst den Familien der Arbeiter vorsetze. Er sagte:

„Wenn die naturalistische Kunst glaubt, es rechtfertigen zu können, derartige absolute, stinkende Schweinereien in Romanen bieten zu dürfen, dann hört einfach alles auf...“
Viele Stunden widmete der Parteitag der Behandlung der Frage, ob die naturalistische Kunst den Arbeitern vorgesetzt werden dürfe.

Wilhelm Liebknecht sagte u. a.: „Das Proletariat wird schon heute so zugrunde gerichtet durch soziale und ökonomische Verhältnisse; sollen wir noch dazu beitragen, Körper und Geist der Kinder des Proletariats zu ruinieren...? Ich drücke mich drastisch aus, das Thema bringt es ja mit sich: Die Schwelerei gehört nicht in die ‚Neue Welt‘ hinein.“

Molkenbühr sagte: „Der Arbeiter, der mit Not zu kämpfen hat, der in Zeiten der Arbeitslosigkeit schon zu einer gewissen Mißstimmung geneigt ist, kommt nicht zum Genuß der Kunst, wenn immer und immer nur die Not in den allerkrassesten Farben geschildert wird, im Gegenteil, es wird dadurch eine Art Selbstmordstimmung bei ihm wachgerufen.“

Bebel hat die fortschrittlichste Einstellung und beruhigt die Gemüter: „Aber seien Sie sich doch darüber klar, daß wir uns auch auf dem Gebiet der Kunst und Literatur heute in einer großen umstürzlerischen Bewegung befinden, in einer Bewegung, wo das Neue mit dem Alten kämpft... Eine Partei, wie die unarige, die reformierend in allen Gebieten eingreift, kann doch nicht auf dem Gebiet der Kunst und Literatur einen Standpunkt vertreten, der nach und nach als ein veralteter angesehen wird.“

Einige Dezennien später hatte die sozialistische Ästhetik den Naturalismus praktisch als die ihr entsprechende Kunstform akzeptiert. Trotz gelegentlicher formaler Distanzierung und Postullierung eines „realistischen“ Ziels — im Oster „sozialistischer Realismus“ genannt — ist im wesentlichen eine naturalistische Kunstübung gemeint. Diese Entwicklung ist an sich folgerichtig, sie entspricht dem historischen Prozeß, der ungefähr ein halbes Jahrhundert später — nach Ablehnung durch das breite Publikum und Bannspruch durch die Kritik — diese nun schon zur Gewohnheit gewordene Kunstform erhöht, um damit neue revolutionäre Formen zu negieren. Dieser sich wiederholende Prozeß von Negation des Neuen und Afformation des Gestrig-Neuen genügt jedoch nicht, um die Verbundenheit von Naturalismus und pseudo-sozialistischer Kulturpolitik zu definieren. Die naturalistische Methode entspricht tatsächlich dem Verständnis breiter Volksschichten, die vor allem dem Thematischen ihr Interesse zuwenden. Dies führte oft zu verhängnisvollen Verwechslungen von Didaktik mit Kunst.

Die Bekämpfung neuartiger und experimenteller Kunstrichtungen von Staats wegen erfolgte von verschiedenen gesellschaftlichen Gesichtspunkten aus. Ich will an dieser Stelle nicht ausführlich von den Scheiterhaufen des Faschismus sprechen, der alle zeitgemäße und keineswegs nur ideologisch fortschrittliche, sondern auch ästhetisch revolutionäre Kunst als „entartet“ verdammt. „Entartet“, „infantil“, „dekadent“ wurden Literatur und bildende Kunst benannt, die den Durchschnittsvorstellungen vom „Wahren“ und „Schönen“ in der Kunst und ihrem verlogenen-idealisierenden Bild nicht entsprachen.

Wenn auch aus anderen Quellen, gibt es gewisse Analogien der ästhetischen Begriffe in der Shdanovschen Periode der sowjetischen Kunstpolitik. Die Forderung nach Volksverbundenheit führte im wesentlichen zu didaktisch aufklärerischen Kunstprodukten, während die schöpferische Kunst dauernden Angriffen ausgesetzt war und ihre procédés durch Verbeugungen zu tarnen versuchen mußte.

In Deutschland, dem Land des wissenschaftlichen Sozialismus, hat die schöpferische Kraft des theoretischen Denkens — so scheint es mir — zuweilen einer praktizistischen, pragmatischen Tagesphilosophie Platz gemacht. Gewiß will der Sozialismus vor allem wirtschaftliche und soziale Verhältnisse planend ordnen. Aber kann er es in der großen Auseinandersetzung der geistigen und künstlerischen Kategorien vermeiden, Stellung zu nehmen? Elastische Weite und humane Toleranz dem Kunstwerk gegenüber sind zu begrüßen. Das Weltbild des Sozialismus bedarf dennoch einer theoretischen Beleuchtung auch jener subtilsten Ausstrahlungen der Gesellschaft, die wir Kunst nennen. Wir wollen weder einer rein soziologischen Theorie das Wort reden, die die Kunst auf das rein Didaktische und Thematische reduziert, noch glauben wir, daß es irgendeine Erscheinung des Geistes gibt, die nicht mitbestimmt wird von gesellschaftlichen Zuständen und Entwicklungen.

In Jugoslawien erfolgte gelegentlich die Ablehnung untraditioneller Kunstformen mit der Begründung, sie seien mit der Wirklichkeit nicht verbunden und nicht „realistisch“. Was ist aber Wirklichkeit und was Schein in der Kunst? Unsere Zeit, als Gemeinsames und Gleichzeitiges betrachtet, setzt ein gleiches zeitliches Bewußtsein voraus. Im Innern Südamerikas und Neu-Guineas leben heute noch Menschen in Daseinsformen der Steinzeit. Können die Begriffe Realität und Wirklichkeit in der Kunst die gleichen für jene sein, die kaum die Schwelle der Schrifterfindung überschritten haben, die noch befangen sind von Tabuvorstellungen oder Jenseitsglauben, können sie identisch sein mit den Begriffen jener anderen, die die klassischen Vorstellungen von Zeit und Materie bereits als überholt erkannt haben? Zwischen diesen Extremen gibt es eine Reihe von Entwicklungsnuancen in der Beurteilung der Begriffe Realität und Wahrheit, die sich in der Kunst spiegeln. Die zugänglichste, den breitesten Volks-

schichten gemäße Form ist die der äußeren Objektivität, die Darstellung des Objekts in zeitlicher Kontinuität, der äußeren und sichtbaren Natur entsprechend. Die Avant-Garde der Kunst unseres Jahrhunderts hat die technische Vollkommenheit einer erzählerischen Objektivität der Fotomaschine überlassen. Während die Maler ein neues Inventar der Darstellungsobjekte und der procédés der Kunst erschlossen, verließen die Schriftsteller die Eindeutigkeit des Photographen, die äußere Präzision des Stenogramms. Während die Musiker die klassische Harmonielehre mit neuen Klangstufungen abzulösen unternahmen, gingen die literarischen Bestrebungen dahin, die innere Struktur der Sprache, den klassischen Satzbau aufzulockern, ihn aus der akademischen Erstarrtheit zu lösen. Die Überwindung einer rationalistisch darstellenden, soziologisch äußerlichen Richtung der Literatur erforderte neue Traitements und Konstruktionsformen.

Wir glauben nicht, daß eine der Kunstrichtungen in dieser Epoche großer sozialer Umschichtungen und kultureller Differenziertheit ausreichen könnte, um zum Bewußtsein verschiedener Schichten vorzudringen. Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung erfordert ein freies Nebeneinander verschiedener Instrumentierungen in der Kunst, wobei die einen mehr in die Breite und die anderen wohl mehr in die Zeittiefe wirken werden.

Das wissenschaftliche Weltbild unserer Zeit und seine Spiegelung in der Kunst

Wir sprachen vom bestürzenden Tempo der Metamorphosen im Zeitalter des Spätkapitalismus. Es sind nicht allein die gesellschaftlichen Umbrüche und Krisen, die so tief und nachhaltig auf die Veränderung des Weltbildes einwirken. Unter den bestimmenden Komponenten, die die Denkweise und Ausdrucksformen der Kunst unserer Zeit beeinflussen, stehen die exakten Naturwissenschaften an hervorragender Stelle.

Das naturwissenschaftliche Weltbild stellt alle naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in Formeln und Modellen synthetisch dar. Die Wandlung, die das naturwissenschaftliche Weltbild seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts erfuhr, zeigt viele Parallelen mit den Metamorphosen der Kunst in diesem Jahrhundert. Die Forschung, die nach der Jahrhundertwende einsetzte, lehrte, daß die Materie in der Entwicklung begriffen sei und das Atom zertrümmert, planmäßig geteilt und zur Quelle ungeahnter Energien werden könne. Den Grundstein zum veränderten und revolutionierenden Weltbild bildeten Einsteins Relativitätstheorie, Plancks Quantentheorie und de Broglies Lichttheorie.

Der deutsche Physiker Heisenberg sagt, die Naturwissenschaft handle nicht mehr von der Welt, die sich uns unmittelbar darbietet, sondern von einem „dunklen Hintergrund der Welt, den wir durch unsere Experimente ans Licht bringen“. Für die neu eroberten Realitäten reicht unsere Vernunft in ihrer bisherigen Gestalt, unser traditionelles Forschungsvermögen nicht mehr aus. In physikalischen und mathematischen Formeln jedoch läßt sich das neu Gesichtete und Gedachte ausdrücken. Seltener gebraucht die exakte Naturwissenschaft die Formulierung: So ist es. Immer öfter: So stellt es sich dar. An Stelle dogmatisch absoluter Erklärungen werden vielseitige, oft gegensätzliche Beziehungen und wechselseitige Abhängigkeit aufgezeigt.

Die Wege des atomaren und subatomaren Geschehens vermochte keine modellentwerfende Phantasie zu formulieren. Sie suggerieren ein Weltbild, das an Bildlosigkeit grenzt. Besteht hier eine Analogie zur Kunstentwicklung, die die Grenzen dessen, was bisher als Vorstellung von Formgestalt und Bildvision erschien, verließ? Die Abwendung von den dem bloßen Auge erkennbaren Formen der Wirklichkeit geht in der Kunst parallel mit der Entwicklung der Naturwissenschaften.

Bedeutet dies einen überstarken Einfluß der Atomphysik auf das Bewußtsein der Epoche, einen Einbruch der Wissenschaft in den Bereich der Kunst? Ist es eine

Parallelentwicklung, aus gleichen Quellen der Epoche gespeist? Bedeutet vielleicht der revolutionäre Schritt der Naturwissenschaften einen Rückschritt auf dem Gebiet der Kunst? Vielleicht einen Schritt sogar aus der Kunst heraus?

Wie die Renaissance den zweidimensionalen Raum durch die heute klassische Perspektivenlehre erweiterte und plastisch gestaltete, so sprengte die Relativitätstheorie das Raumgefühl und Zeitbild der klassischen Physik. Radio- und X-Strahlen schufen ein Bild von Zerfall und Neubildung der Elemente, ihre Emanationen durchdringen die Materie und machen sie transparent. Die Psychoanalyse dringt in bisher unerforschte seelische Sphären und dechiffriert mythische Erinnerungen. Die Erschließung des Unbewußten durch Sigmund Freud, das Eintreten in die Sphäre des Kollektiv-Unbewußten durch C. G. Jung, seine Versuche, vom individuellen Traum zum kollektiven Traum zu gelangen, eröffneten Fernsichten und Innensichten, die die Membrane des künstlerischen Bewußtseins in ungeahnter Nuanciertheit vibrieren ließen.

Auch die Maler sagen seit dem Expressionismus nicht mehr zu den Dingen: „So sind sie“, sondern: „So erscheinen sie mir“. Wie sich ein physikalischer Prozeß verschieden darstellen kann — je nach der Seite, von der aus man ihn beobachtet —, so haben auch die Maler des Kubismus nicht mehr einen unverrückbaren Augenpunkt, nicht mehr eine gesicherte und einheitliche Position, wie es die klassische Perspektive und die Philosophia perennis lehrten, sondern verschiedene, oft entsprechend der Bewegungsrichtung gleichzeitige Blickpunkte.

Lange genug hat man die Dinge von vorn gesehen — sagten die Kubisten. Die Tiefe des Gegenstandes soll nicht nur von einem Standort bemessen werden. Neugierig gingen sie um das Objekt herum, drangen in es ein und versuchten sein Wesen allseitig zu entziffern. Mit den sensiblen Fühlern moderner Tastapparate, von Riesen-Teleskopen oder Röntgenfilmen inspiriert, griffen die Maler in eine bisher geheimnisvolle, noch nirgends katalogisierte und dennoch existente Welt der Formen. Die neue Musik hatte den Gegensatz von Konsonanz und Dissonanz aufgehoben, die neuen Maler hoben die Wertbegriffe der bisherigen Farbharmonie auf.

Dies ist auch für das procédé eines William Faulkner in der Literatur und des Regisseurs Kurosawa im Film „Rashomon“ bezeichnend. Das Aufheben der Grenze zwischen dem Außen und Innen der transparent gewordenen Materie spiegelt sich im Schauen der zeitgenössischen Malerei ebenso wie in der Literatur eines Joyce und Kafka, bei denen das äußere Geschehen parallel mit dem Innern — Bewußtsein und Raum, Jetzt und Dauer der Zeit, durch Erinnerung kondensiert — gleichzeitig und nebeneinander agiert.

Die bisherige Vorstellung von der Zeit war eine Art historischer Aufeinanderfolge, ein lineares Kontinuum von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Heute betrachtet nicht nur der Physiker das Problem der Zeit als sprunghaft und diskontinuierlich. Die Zeit ist nicht mehr isoliert vom Raum, nicht mehr einstrebig zukunftsgerichtet. Die moderne Literatur, besonders die Theaterliteratur, spiegelt diese Raumzeitbeziehung wider.

„Um die Neugierde des menschlichen Geistes zu befriedigen“, schreibt Louis de Broglie, „genügt es eben nicht, daß wir wissen, wie sich die materiellen Körper als Ganzes in ihren sichtbaren Erscheinungsformen verhalten, wie sich die Reaktionen zwischen Licht und Materie abspielen, wenn man sie im großen Maßstab betrachtet. Es gilt zu versuchen, die Struktur der Materie und des Lichtes zu analysieren und die Elementarvorgänge zu präzisieren, deren Gesamtheit erst die sichtbaren Erscheinungen hervorruft. Um die Untersuchung zum Ziele zu führen, bedarf es zunächst einer sehr verfeinerten Experimentalmethode . . . Es bedarf auch kühner Theorien, die sich auf die höhere Mathematik stützen und uns dadurch gestatten, vollständig neue Bilder und Vorstellungen zu benutzen.“ Solche „neuen Bilder und Vorstellungen“ sahen wir vom zweiten Jahrzehnt

dieses Jahrhunderts an am Horizont auftauchen und in wachsendem Maße das Bewußtsein der letzten Kunstgeneration beherrschen.

Ich finde es übertrieben, die Naturwissenschaften für Richtung und Geist der zeitgenössischen Kunst verantwortlich zu machen. Dennoch erscheint es mir als nicht unberechtigt, von Parallelererscheinungen beider Gebiete zu sprechen. Mancher Skeptiker mag einwenden, daß diese Kunst vielleicht in die Raum-Zeit-Dimension und in die neuen kosmischen Vorstellungen hineinzureichen versucht, daß aber ihre bisherigen Resultate, dies Spiel mit Farbrastern und Linienrhythmen, diese Variationen ältester geometrischer Grundformen und mikroskopischer und teleoptischer Bilder von Sternennebeln und Infusorien allzu dürftig seien. Mit einem gewissen Triumphgefühl wird ein solcher Kritiker behaupten, daß neben den Epochen der großen Menschheitskunst alle heutigen Versuche nur als Ausdruck einer tiefen Krise gelten können.

Vielleicht entspricht der Sammelbegriff Krise den sich in heftigen Gegensätzen bewegenden Grundkräften unserer Zeit. Aber auch dieser Begriff hat in sich jene polaren Elemente, denen wir auf dem Gebiete der Naturwissenschaft begegneten. Krise kann ein Synonym für eine schwere Störung, für einen Niedergang, für Auflösung und Todesanzeigen bedeuten. Aber sie kann auch die Ankündigung eines schöpferischen Umbruchs, einer neuen Synthese des Lebens sein. Die Krise des Bewußtseins und auch des künstlerischen Unterbewußtseins kann nicht von den Metamorphosen des Seins gelöst werden. Was wir heute jedoch, im Gegensatz zu vergangenen Epochen, vorwegnehmen können, ist, daß wir bewußt und wissenschaftlich die Gesetze der Entwicklung deuten, um durch Erkenntnis auf sie einzuwirken.

Die Kunst gleicht zwar nicht der Wissenschaft, die sich stetig vervollkommnet, die immer tiefer eindringt ins Wesen der Materie, um deren innere Prozesse zu erforschen. Die Kunst mag eher mit der Natur verglichen werden als mit der Wissenschaft. Baum und Blüte sind heute nicht schöner als sie es vor tausend Jahren waren. Zwar vervollkommen sich auch in der Kunst Erkenntnis und Technik, aber die Professoren der Kunstakademien unserer Tage sind keineswegs bedeutendere Künstler als die namenlosen Schöpfer präcolumbianischer Idole, sumerischer Tonstatuen, kretischer Vasen, etruskischer Grabmäler und serbisch-makedonischer mittelalterlicher Fresken.

In den Traumspiegeln der neuen Kunst vermengen sich Kindheitsschritte der Menschheit mit der Atomreaktion. Auf steinzeitlichen Einbaumschiffen sind Radioantennen befestigt. Vogelmenschen, reptillartige Symbiosen aus Stein und Phantasie, einer aus den Fugen gegangenen Menschheitserinnerung entnommen. Sie scheinen von Geschöpfen geformt zu sein, die von einem anderen Stern herabgestiegen sind und Dinge und Wesen unserer Erde nur vom Hörensagen kennen oder doch nur wie etwas aus der Ferne des Raums und der Zeit Gesehenes. Die Dinge und Wesen dieser Kunst sind sich selbst entfremdet oder in Atome zerlegt, atomisiertes Bildnis einer atomisierten Welt.

Sind es Versuche einer Kräftigung durch Anknüpfen an die frühe, fast vergessene Substanz, der Wille, sich durch Rebarbarisierung zu verjüngen? Drückt dieses sich Zurückwenden zum Archaischen, zum Mutterleib der Erinnerung eine Flucht vor der technischen Kälte und Bedrohung durch die Atomzivilisation aus? Eine gefährdete Welt beschwörend, die Atomdrohung beklagend, ist die Todesmelodie der Angst und Vereinsamung gewiß auch zugleich eine Stimme des Protestes und des Gewissens.

In der abstrakten Kunst sehen manche eine Sintflut der bekannten Lebensformen, einen Weltuntergang der Gegenständlichkeit. Ich zweifle jedoch nicht daran, daß jede Sintflut auch ihre Arche hat. Ist es ein Ende, das diese späte Kunst besingt? Ein Ende mit Kunst oder ein Ende der Kunst?

Viele Erkenntnisse über das Weltsystem, über kosmische und irdische Zusammenhänge sind neu gewonnen. Der Mensch hat hineingeleuchtet in den Ar-

beitsprozeß des lebendigen Organismus. Er hat mit Hilfe von Archäologie und Anthropologie Entwicklungsstufen und Gesetze seiner Kultur erforscht. Trotz aller Bereicherung trägt diese Entwicklung nicht immer und nicht allein das Zeichen des Fortschritts. Wissen und Weisheit gehen nicht unbedingt zusammen. Während die Wissenschaft die menschliche Herrschaft über die Natur unendlich erweitert, bleibt diese Macht der menschlichen Unnatur überlassen, oft nur eine Quelle von Zerstörung und Untergang; denn der Begriff Atomisierung hat in dieser Zeit nicht nur einen naturwissenschaftlichen Sinn. Bei seiner Nennung gibt es einen chifflastischen Beiklang, eine Assoziation von Apokalypse und Jüngstem Gericht.

Es erscheint mir unzweckmäßig, den Auswirkungen der Atomwissenschaft mit melancholischen Untergangsstimmungen zu begegnen. Die Erfindung der Atomenergie ist weder gut noch schlecht; sie wird schlecht durch ihre Anwendung durch unmenschliche Systeme, genau wie früher die Erfindung des Erzgusses, der Elektrizität oder der Flugmaschinen.

Das Bild von dieser Welt ist unter den verschiedenen Aspekten — der Physik, der Psychologie, der Moral oder der Kunst — widerspruchsvoll und atomisiert. Wenn aber die Kunst heute diese widerspruchsvolle Wirklichkeit durch Formfragmente, durch zerrissene Symbolzeichen, durch atomisierte Bildelemente spiegelt, bedient sie sich dann nicht gleichfalls jener naturalistisch-reflexiven Methode, die sie dem akademischen Naturalismus zum Vorwurf macht? Ist eine solche Spiegelung der neu gesichteten, transparent gewordenen und atomisierten Natur nicht gleichfalls imitativ?

Vielleicht ist die Einsicht in die chaotisch erscheinende Natur, die der heutige Mensch durch sein technisch präpariertes Auge erhält, — in diese Natur, die doch letztlich vollkommener funktioniert als die beste Präzisionsmaschine —, nur ein Anlaß, um aus den Teilen und Teilchen gewonnener Aspekte und Erkenntnisse ordnend und synthetisch wieder ein Ganzes und Neues zu bauen. Das Kompendium der Realität umfaßt heute die Wirklichkeit breiter, dringt tiefer in sie ein, als Naturalismus und klassischer Realismus es bisher vermochten. Alle procédés der Kunst, die heute nicht die verfeinerte Tastatur, die untergründige Instrumentierung der Zeit einbeziehen, sind in Wahrheit ungenügend realistisch.

Abgründe und Brücken

Die alles verschlingenden mythischen Gewässer haben sich zurückgezogen. Die Urzeitvulkane schweigen. Die Mutationen der Erdzeitalter sind überwunden. Die neuen Sturzfluten kommen nicht mehr von Gott.

Wenn die Substanz der Gedanken ermattet, schließen sich die Tore des Gewissens. Dann wird die Wissenschaft zur Utopie, die Vision zur Leichtgläubigkeit. „Das Erdbeben, das Relativität und Quanten verursacht haben, kann ein Weltende bedeuten“, sagt de Broglie. Welche vergebliche Bemühung, die Arche Noah zu besteigen! Sinnlos geworden die Landung auf dem Berge Arrarat! Ist die Sintflut aus der Nuclear-Retorte jener des Katechismus vorzuziehen? Untergang bei kubistischer Feststimmung, Henry Moores Chimärenballett und der Klang der magischen Geige des Picasso. Soll unsere Erde als Sage übrigbleiben, als Mythos vom ungenügenden Wollen? Und welcher Unterschied bleibt letztlich tief in den Krumen der vergifteten Erde vom Geschlecht des Menschen zum Geschlecht der Blattläuse? „Ich heiße Niemand“, sagte Odysseus, der große Wanderer zu Polyphem. Niemand — ein tragisches Synonym für den Namen Mensch. Das Gesicht der Wahrheit ist verschleiert, die Wolken maskiert. Die Rieselfelder propagandistischer Slogans wirken leicht betäubend. Freie Welt — westliche Kultur — christliches Abendland — oder auch Verteidigung des Weltfriedens. Hüben und drüben Machtintegration, Blockbildungen der Gewalt. Die Selbstentfremdung des Menschen nennt Marx den Daseinsprozeß in der

Folge technisch zivilisatorischer Entwicklung des Kapitalismus. In der Etappe der totalen Verapparaturung des menschlichen Daseins durch Elektronenhirn, Radio-Emission, Fernseher, durch technokratische Verschnellerung und energetische Lebens- und Todesladung der Nuclearphysik schrumpfen Raum und Zeit. Die Welt wird in wenigen Stunden umflogen, in wenigen Augenblicken optisch und akustisch umkreist.

Durch die ökonomisch-ausbeuterischen, technisch isolierenden procédés von Arbeitsprozeß und Arbeitsverhältnis hat der Mensch nur noch ein Lohnverhältnis zu seiner Arbeit und ist von der schöpferischen Mitverantwortung und konstruktiven Mitbestimmung abgetrennt. Eine jähe Kurve der Selbstentfremdung bedroht den Lebensquell, wenn nicht parallel geistig-gesellschaftliche Schutzmaßnahmen und Sicherungen geschaffen werden.

Die neuen Energiequellen sprengen den Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise, sie benötigen nicht nur neue Besitzverhältnisse, sondern ein neues Bewußtsein, weil ihre entbundenen Gewalten ohne gesellschaftliche Kontrolle zur Gefahr für die Menschheit werden.

Nicht nur die Maschine und die Beziehung des Menschen zu ihr, auch der Fetischcharakter der Ware Kunst ist ein Element der Selbstentfremdung des Menschen in dieser Zeit. Zweifellos besteht heute etwas von einer Verwirrung in der Selbstauffassung des Menschen. Wer die äußeren Zeichen allein wertet, wird in der Kunst heute vor allem die stilistische Sprachverwirrung eines neuen Turmbaus zu Babel sehen. Aber der mythische Turm war zugleich ein Protest und ein Vorstoß in das Gebiet der Gottheit. Die tieferen Ursachen der dissonanten Polyphonie der Formen und Aspekte der Kunst sind ein Widerschein der gesellschaftlichen Dissonanz und zugleich ein Faktor der Revolutionierung des Weltbildes.

Die Kunst spiegelt die Wellenbewegungen und Spannungen der Menschheitsentwicklung. Schriftsteller und Künstler schaffen selten bewußt, „um die Welt zu verändern“. Aber indem sie im großen Laboratorium der Kunst aus neuen Sichten und Stoffen banen, indem sie Stile und Idole der Vergangenheit wandeln oder aufheben, verändern sie das Bewußtsein der Epoche, verändern sie den Geist der Welt.

Die Kunst spürt sich über dem Abgrund; ohne es wissenschaftlich begründen zu wollen oder zu können, weist sie mit ihren somaambulen Zeichen und Symbolen über alles Darstellbare hinaus auf das, was sich bereitet und wächst.

Künstler sind Brückenbauer nach innen. Spannweite aus Klang und Rhythmus, Bögen aus denkerischer Vision, Pfeiler aus Farbe und Raum sind härter und sprengsicherer als ihre stählernen Schatten. Es sind humanistische Modelle über dem Abgrund superbewaffneter Mächte. Humanist und Humanismus waren lange Bezeichnungen für die Erneuerung guter Literatur, wie sie das 15. und 16. Jahrhundert verstanden. Auch Geisteswissenschaft und der Geist, der ihr zugrunde lag, waren damit gemeint. Der neue Humanismus mag die Bezeichnung für die Überwindung der Selbstentfremdung des Menschen werden, ein Synonym für den Versuch, ein neues Menschheitsbewußtsein und Lebensgefühl zu schaffen.

RECKLINGHAUSEN — BILANZ DER RUHRFESTSPIELE

In diesem Jahre feiern die Ruhrfestspiele ihr zehnjähriges Bestehen; noch nicht als organisiertes Unternehmen, wohl aber als Idee. Diese Idee entsprang nicht plötzlich dem Kopfe eines Intellektuellen, nicht der Laune eines Theaterdirektors. Sie war ein Kind der bitteren materiellen Nöte des Jahres 1946. Um diese Zeit kamen Hamburger Theaterleute ins Ruhrgebiet. Sie wollten nicht spielen, sondern betteln um Kohle — anders konnte man ihr Anliegen kaum bezeichnen. In Recklinghausen, in der Zeche König Ludwig fanden sie Gehör, und die Verbindung riß nicht ab; im folgenden Jahre kamen die Hamburger Theater wieder, diesmal, um vor den Bergleuten Theater zu spielen und auf diese Weise ihnen Dank zu sagen. Damit waren die Ruhrfestspiele geboren; Theater und Arbeiterschaft sollten sich alljährlich in Recklinghausen begegnen.

Theater in der modernen Gesellschaft?

Nach zehn Jahren lohnt es sich wohl, einmal zu fragen, was aus diesem mutigen Experiment geworden ist; denn ein Experiment sind diese „Festspiele“ eigener Art bis heute geblieben. Hat auch der Mut die Jahre überdauert? Festspiele waren und sind nichts Neues. Meist mischen sich bei diesen Unternehmen Erwägungen sozialer und wirtschaftlicher, weniger aber künstlerischer oder gar kulturpolitischer Art. Einmal will man zwischen den Spielzeiten Schauspielern und Sängern Verdienstmöglichkeiten geben, zum anderen aber fördern Festspiele ohne Zweifel den Fremdenverkehr. Wäre Recklinghausen im Laufe der Zeit in diese Kategorie von Festspielplätzen hineingewachsen, zu der sich — auch eine Frucht des bundesdeutschen Wirtschaftswunders — heute fast jeder Kurort mit Stolz zählt, lohnte es nicht, darüber zu schreiben. Der ausgefallene Gedanke, so etwas nicht an warmen Quellen oder in Höhenluft, sondern im Revier zu veranstalten, könnte allenfalls auf den Beifall einiger Snobs rechnen.

Aber es gibt doch noch einen anderen Typus Festspiele, wird man entgegenen; Salzburg, Bayreuth etwa. Salzburg hat sich schon zu Beginn und während der letzten Jahre in verstärktem Maße dem gefährlichen Umkreis des Fremdenverkehrsgewerbes genähert; Bayreuth aber war das Unternehmen des deutschen Bürgertums des neunzehnten Jahrhunderts, das beim „großen Zauberer“ im Haus auf dem Hügel seine Sehnsüchte und geheimen Lüste befriedigt fand, bis der Diktator den Kult germanischer Recken und deutscher Meister usurpierte. (Ob es dem antiromantischen Stilexperiment der Wagner-Erben gelingen wird, diese Tradition zu überwinden, bleibt dahingestellt. Die Mentalität des Bayreuther Publikums jedenfalls nährt sich bis heute von dieser Tradition.) Recklinghausen könnte deshalb niemals als eine Art von Bayreuth der Arbeiterschaft installiert werden. Einmal ermangelt es zwanzigste Jahrhundert — Gott sei Dank, möchte man sagen — des Dramatikers und Theatralikers, der den Geist und Ungeist seiner Epoche so rein destillierte, wie es Richard Wagner mit dem neunzehnten

Jahrhundert gelungen ist; zum anderen aber ist das Publikum, an das man sich in Recklinghausen wenden will, von prinzipiell anderer Art als das von Wagner behexte Bürgertum.

Die Arbeiterschaft unserer Zeit — hier im weitesten Sinne, also nicht nur als Handarbeiterschaft verstanden — hat nicht eine andere Beziehung zum Theater als das Bürgertum des vorigen Jahrhunderts und das Restbürgertum unserer Zeit, das von dieser Tradition noch zehrt; sie besitzt — trotz Volksbühnen und ähnlicher philanthropischer Bemühungen — zunächst überhaupt kein Verhältnis zur Bühne. Die Massen unserer Tage erfahren ihre Katharsis nicht mehr im Theater, sondern im Kino und im Stadion (dies soll kein Werturteil sein, sondern eine nüchterne Feststellung). Die Ruhrfestspiele konnten also auf Neuland aufbauen. Das war ihre Chance und ihre Gefahr.

Man kann der Frage nicht ausweichen, ob das Theater als darstellerische Form der industriellen Massengesellschaft überhaupt noch adäquat ist, und ob jeder Versuch, dem Theater über die traditionellen Schichten hinaus neue Besucher zu erobern, deshalb nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Auch das Theater ist kein ewiges, sondern ein geschichtliches Phänomen. Muß nicht in der technisierten Welt das Dichterische durch das Medium des Films, des Funks oder des Fernsehens hindurch, um überhaupt die Zeit in den Griff zu bekommen, um den Menschen mehr als ein Bildungserlebnis zu vermitteln? Auch die Ruhrfestspiele konnten bisher keine Antwort auf diese Frage finden; imposante Besucherzahlen sind keine Antwort. Aber daß der Versuch gemacht wurde, zu erproben, ob das Theater noch seine alte Funktion neuen Schichten gegenüber erfüllen könne, allein dies lohnt die Opfer und den Aufwand von Recklinghausen. Nach einem weiteren Dezennium wird sich vielleicht eine erste zögernde Antwort geben lassen. Daß der Träger dieses Versuchs nicht der Staat, sondern die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft ist, sollte Gewähr dafür sein, das Experiment abubrechen und nicht künstlich am Leben zu erhalten, wenn man sein Scheitern einsehen müßte.

Darüber hinaus zeigt die Trägerschaft der Gewerkschaften, daß auch nach dem Verschwinden des Mäzenatentums der Höfe und des Adels und der Hinwendung der Reste des besitzenden Bürgertums von der Bildung und der Kunst zum bloßen Komfort nicht ausschließlich der Staat in die Bresche zu springen braucht. Die viel geschmähten Kollektive der Massenverbände unserer Zeit könnten durchaus manches von dem aufbringen, was früher ein einzelner — sei er Fürst oder Unternehmer — an materiellen Voraussetzungen der Kultur zur Verfügung stellte. Blicke es bei einem bloßen Mäzenatentum der Gewerkschaften, wäre freilich nicht viel gewonnen, wenn man sich damit begnügt hätte, das Geld für Recklinghausen zu bewilligen, im übrigen aber um den Inhalt der Festspiele unbesorgt geblieben wäre, hätte das Beginnen unterbleiben können.

Auf der Suche nach neuen Wegen

Am Anfang der Ruhrfestspiele stand das Theater, und das Theater ist selbstverständlich Mittelpunkt der Spiele geblieben. Aber bald wurde das Bemühen um die Begegnung von Arbeiterschaft und Kunstwerk auf die bildende Kunst ausgedehnt; die Kunstausstellungen gehören bereits zur Tradition der Ruhrfestspiele. Dabei ist das Merkwürdige und Erstaunliche eingetreten, daß der Erfolg des Bemühens auf diesem „Nebengebiet“ der Festspiele sichtbarer und eindeutiger zu verzeichnen ist als bei den Theateraufführungen. Das mag nicht zuletzt daran liegen, daß der maßgebende Gestalter der Ausstellungen, der junge Maler Thomas Grochowiak, von vornherein den richtigen Ansatzpunkt gefunden hatte. Im Gegensatz zur traditionellen Anordnung der Bilder und Plastiken in den Museen, die an der Kunstgeschichte orientiert ist, ging er —

ohne Rücksicht auf kunsthistorische Zusammenhänge — von der unmittelbaren Anschauung aus. Er hängte Bilder der verschiedensten Epochen, bei denen über die Zeiten hinweg Ähnlichkeiten in Form und Inhalt spürbar wurden, nebeneinander, ja konfrontierte 1952 unter dem Leitwort „Mensch und Form unserer Zeit“ (und dieser Versuch wurde zweifellos zu der erregendsten aller Ausstellungen in Recklinghausen) das moderne Kunstwerk mit den Produkten der Technik unserer Zeit, mit dem technischen Gerät, das in unseren Tagen wieder sich anschickt, den gleichen Formprinzipien zu gehorchen wie das Kunstwerk. Alles wissenschaftliche Bemühen, die moderne Kunst dem Publikum verständlich zu machen, verblaßt vor diesem durch die Anschauung vermittelten Eindruck, der nicht erst durch den Filter der herkömmlichen Bildung zu trüfeln braucht. Der traditionelle, vom Wissen bestimmte Bildungsbegriff bürgerlicher Herkunft, der ja bis heute auch die sogenannte Volksbildung weitgehend bestimmt, scheint damit gesprengt, der Zugang zur bildenden Kunst unter Ausschaltung aller gelehrten Nebenwege geöffnet. In seinen Ausstellungen hat Recklinghausen tatsächlich so etwas wie einen eigenen Stil entwickeln können, der ein Beispiel abgeben könnte für die Neugestaltung der Museen und Galerien, die ja auch dann, wenn sie die moderne Kunst präsentieren, in der Anordnung meist dem neunzehnten Jahrhundert verpflichtet sind.

Gilt dies fruchtbare Ergebnis auch für die Theateraufführungen der Ruhrfestspiele? Diese Frage läßt sich kaum mit der gleichen Eindeutigkeit bejahen. Im Gegensatz zur modernen Kunst können wir heute keine Dramatik aufweisen, der man mit gleicher Sicherheit das Prädikat „modern“ zuerkennen möchte. Dieses Phänomen hängt zweifellos mit der Frage nach der Existenzberechtigung des Theaters in der Massengesellschaft überhaupt zusammen. Zwar bezog man von vornherein Klassiker und lebende Autoren in den Spielplan der Ruhrfestspiele ein; die Konfrontation von Erbe und Moderne konnte jedoch angesichts des ungleichen Niveaus von klassischer und zeitgenössischer Dramatik nicht mit der gleichen Eindeutigkeit erfolgen wie bei der bildenden Kunst. Die Waage mußte sich zugunsten der Klassiker neigen. Dies führte wiederum dazu, daß — stärker als bei den Ausstellungen — eben doch ein Bildungserlebnis im herkömmlichen Sinne ausgelöst wurde, wie ja überhaupt heute die Begegnung mit dem literarischen Kunstwerk, auch wenn sie durch das Medium der Bühne geschieht, sich selten so elementar vollzieht wie mit der Welt der bildenden Kunst.

Es war deshalb kein Zufall, wenn gerade ein Ballett, das ja der bildenden Kunst immer näher steht als das Drama, nämlich „Der grüne Tisch“ (vom Ensemble Kurt Joos dargeboten), so begeistertsten Beifall fand, obwohl es aus der Atmosphäre zwischen den beiden Weltkriegen gewachsen ist. Hier begriff auch der sogenannte Ungebildete sofort das Exemplarische des Vorgangs, das vergebliche Bemühen der Diplomaten, Frieden zu stiften. Wenn die Ruhrfestspiele auf diese und ähnliche Weise in ihrer Absicht und ihrer Wirkung dazu beitragen könnten, die verhängnisvolle Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten, die in Deutschland besonders groß ist, zu überbrücken, hätten sie ihren Auftrag zu einem guten Teil erfüllt. Das Publikum, das man hier zuerst im Sinne haben sollte, hat im Gegensatz zum Durchschnittstheaterbesucher seinen Shakespeare, Schiller oder Kleist nicht gelesen, bevor es ins Theater geht; es sollte ihn auch gar nicht gelesen haben. Auf welche Art man vor diesem Publikum Theater spielen könnte, diese Frage sollte die erste Überlegung jedes Regisseurs sein, der in Recklinghausen inszeniert.

Das bedeutet eine Absage an jedes nur-ästhetische Stilexperiment. Es mag anderswo durchaus seinen Platz haben, nur eben nicht in Recklinghausen (wie viele Kritiker der Ruhrfestspiele haben dies verkannt!). Und dies bedeutet zugleich Arbeit an einem Aufführungsstil, der ein Drama so durchsichtig und gleichzeitig so konzentriert darbietet, daß es auch auf ein Publikum wirkt, das von Literaturgeschichte nichts weiß. Alles Zeitbedingte und -gebundene kann

deshalb entfallen, nur müssen die Konflikte auf der Bühne im heutigen Leben nachvollziehbar sein. Das Nur-Literaturhistorische muß zugunsten des zeitlos Gültigen zurücktreten. Dies bedingt — über die besondere Art der Inszenierung hinaus — eine sorgfältige Auswahl der Stücke, der klassischen wie der modernen; nicht jedes Drama hält diesen Anforderungen stand. Gerade die Art der Inszenierungen und die Wahl der Stücke aber waren bisher die schwachen Stellen der Ruhrfestspiele.

Was soll z. B. T. S. Eliots „Privatsekretär“ im Programm der Ruhrfestspiele, eines seiner mit pseudometaphysischem Zierat versehenen Salonstücke, das man unter das Motto stellen könnte, die Religion solle einmal ausnahmsweise nicht dem Volke, sondern der guten Gesellschaft erhalten werden? Warum gerade Schillers „Jungfrau“, deren Pathos auch die sachlichste Inszenierung nicht ausschalten kann, in Recklinghausen auftauchte, bleibt bis heute unerfindlich. Als 1953 dieses Stück den Mittelpunkt der Festspiele bildete, fragten viele nicht zu Unrecht, ob die Woge der Restauration, in der christlicher Glaube — oder vielmehr das, was man gemeinhin darunter zu verstehen pflegt — sich zu rentieren scheint, nun auch Recklinghausen überspült habe.

Das folgende Jahr aber brachte nach dieser Enttäuschung eine Aufführung, die man fast als Erfüllung des Auftrages der Ruhrfestspiele ansehen könnte: Die „Nathan“-Inszenierung von Karl Heinz Stroux mit Ernst Deutsch in der Titelrolle. Die Ruhrfestspiele waren gut beraten, als sie gerade mit diesem Stück auf Tournee gingen, um auch in anderen Städten (so in Rotterdam) für ihren Gedanken zu werben. Der Appell an die Toleranz ist heute wohl noch dringender als zu Lessings Zeiten. Daß die Recklinghauser Aufführung weniger die vom zeitgebundenen Geist der Aufklärung bestimmte Lehre des Stückes, sondern vielmehr seine Gesinnung in den Mittelpunkt rückte, war gleichermaßen das Verdienst von Regisseur und Titeldarsteller. Der Erwägung, dieses Stück jedes Jahr zu spielen (ähnlich wie Hofmannsthals „Jedermann“ in Salzburg), sollte man sich nicht verschließen. Toleranz ist nicht nur die Voraussetzung der Existenz der Einheitsgewerkschaft als Träger des Recklinghauser Unternehmens, sie ist die Basis des Zusammenlebens in der Demokratie überhaupt. Hier wurde plötzlich ein Klassiker lebendig, dem man zu Unrecht Verstandeskälte und mangelndes dichterisches Vermögen vorgeworfen hatte. Nathans Bericht über die Judenverfolgung greift jedem Gutwilligen ans Herz, auch wenn er nichts von Moses Mendelssohn und Lessings Polemik gegen den Hauptpastor Goeze weiß.

Gegen die Stimmung des Apolitischen

Dies ist die eine Seite des Auftrags der Festspiele; die andere wäre, den politischen Gehalt des klassischen und des zeitgenössischen Dramas herauszuarbeiten, der heute fast völlig übersehen wird. Die Flucht des deutschen Bürgertums in die Welt des Geistes und die Abwertung des politischen Tuns haben dazu geführt, Weltliteratur apolitisch zu verstehen. Dabei sind — um nur zwei Beispiele zu nennen — sowohl die Dramen Shakespeares wie die Tragödien Corneilles und Racines bis obenhin mit Politik angefüllt. Nicht von ungefähr hieß das große Drama einst „Haupt- und Staatsaktion“. Dies wiederzuentdecken durch eine bestimmte Art der Inszenierung, die die politischen Elemente des Dramas herausarbeitet, ist auch in Recklinghausen bisher nur selten gelungen. Büchners genialer „Danton“ z. B. wurde in der Inszenierung Hans Schweikarts larmoyant, ja konterrevolutionär dargeboten. Danton ist kein romantischer Träumer, als den ihn Horst Caspar verkörperte, und Robespierre schon gar nicht ein dozierender Oberlehrer, wie ihn Friedrich Domin auf die Bühne stellte. Dabei hätte man um diese Zeit ohne weiteres auf Karl Heinz Stroux' „Danton“-Inszenierung im Berliner Hebbeltheater zurückgreifen können

mit dem vitalen Walter Franck als Danton und Ernst Deutsch als Robespierre, der einem das Blut in den Adern gefrieren ließ.

Im vorigen Jahre hat Stroux in Recklinghausen endlich einmal bewiesen, was es heißt, politisches Theater zu gestalten. Seine „Hamlet“-Inszenierung wird vielleicht einen Markstein in der Geschichte des deutschen Theaters setzen. Zu lange ist Hamlet aus romantisch-bürgerlicher Sicht verkannt worden; Freiligraths Worte „Deutschland ist Hamlet“ sind symptomatisch dafür. Hamlet ist aber nicht der Vorfahr Werthers, als den ihn Goethe im „Wilhelm Meister“ sah, nicht „die edle Seele, auf die eine große Tat gelegt ist, die aber der Tat nicht gewachsen ist“, nicht „das Gefäß, das nur liebliche Blumen in seinen Schoß hätte aufnehmen sollen“, sondern ein Prinz, der ein politisches Spiel spielt, der eine Staatsaktion aufführt, um sein Land vom Usurpator zu befreien, der aber an dem zu hohen Einsatz, mit dem er das Spiel zu Ende bringen will, scheitert, rettungslos verstrickt in die Mächte des Politischen. Daß dieses Thema aktuell ist, wer wollte es leugnen! Stroux' Inszenierung schien von den Schlußversen der Tragödie

„Laßt vier Hauptleute Hamlet auf die Bühne
gleich einem Krieger tragen, denn er hätte,
wär' er hinaufgelangt, unfehlbar sich
höchst königlich bewährt.“

konzipiert; es ist schade, daß Will Quadflieg in der Titelrolle diese Konzeption des Regisseurs nicht bis zum Schluß durchhielt.

Wegen dieses notwendigen politischen Akzentes des Theaters ist auch die Aufnahme des „Kaukasischen Kreidekreises“ von Bert Brecht in den Spielplan der Ruhrfestspiele, die sehr umstritten war, vorbehaltlos zu begrüßen. Brecht ist nun einmal der größte lebende deutsche Dramatiker; seine politische Haltung, mag sie uns passen oder nicht, ist eine Herausforderung, der wir uns zu stellen haben. Spielen wir ihn auf unseren Bühnen nicht, dann begeben wir uns auf die Ebene des Totalitarismus, der die echte Auseinandersetzung mit dem Andersdenkenden durch Verbote umgehen möchte.

In diesem Jahre stehen neben Goethes „Iphigenie“, von Sellner inszeniert, Hauptmanns „Biberpelz“ in der Inszenierung von Stroux und Wedekinds „Marquis v. Keith“ auf dem Programm. Bei beiden ist der politische Bezug zur Gegenwart gegeben, auch wenn ihre Zeitkritik zunächst die Gesellschaft der Jahrhundertwende trifft.

Die Pläne für ein eigenes Festspielhaus in Recklinghausen sind inzwischen der Verwirklichung ein Stück nähergerückt; ein Auftrag, der die besten Architekten reizen sollte. Der neue Geist, der in Recklinghausen um seinen Ausdruck ringt, bedarf eines eigenen Gebäudes. Die rechte Mitte zwischen Zweckmäßigkeit und Repräsentation dabei zu finden, wird gewiß nicht leicht sein. Die Aufgabe ist gestellt, aus der Realität der heutigen industriellen Gesellschaft einen kulturellen Gestaltungswillen zu entwickeln, eine Gesellschaft, die nicht mehr von einem Bürgertum, das über Bildung und Besitz verfügt, noch von einem Proletariat, das nichts zu verlieren hat als seine Ketten, bestimmt wird, sondern von den Menschen in abhängiger Arbeit.

ZUR IDEOLOGIE DES DEUTSCHEN FILMS

Daß der Film als ein Industrieprodukt bedeutender Kapitalinvestitionen bedarf und innerhalb der freien Marktwirtschaft den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterliegt, daß der Film rentabel sein muß, um sich zu amortisieren — dies sind ökonomische Binsenwahrheiten, die für die Traumfabriken aller Länder gelten. Allein der Publikumserfolg macht den Film zum Geschäft. Der Kassensrapport der Filmtheater bildet die Grundlage für die marktanalytischen Kalkulationen der Produzenten. Sie werden sich für einen Filmstoff, der keinen Erfolg verspricht — mögen seine künstlerischen Qualitäten noch so groß sein — kaum erwärmen können. Dennoch existiert das Phänomen des Films als Kunst: in Frankreich und Italien, in England und in Hollywood. Nur in einem Lande fällt die Produktion von künstlerischen Filmen fast völlig aus; in der Bundesrepublik Deutschland. Dem künstlerischen Flasko des deutschen Films entspricht indessen keineswegs ein kommerzieller Erfolg, wie er in anderen Ländern mitunter sogar künstlerischen Spitzenfilmen zugefallen ist. Zwar hat ein Teil der deutschen Spielfilme im Inland volle Kassen eingebracht, doch waren weder die Serienfilme, die der leichten Unterhaltung dienen sollen, noch die wenigen, meist auf pseudokünstlerischen Hochglanz polierten Spitzenfilme ein Exportgeschäft. Der deutsche Film läuft außer Konkurrenz, seine internationale Geltung ist auf den Nullpunkt gesunken. Er bildet das traurige Schlußlicht bei allen Festivals und Filmkonkurrenzen. Auch das System der Ausfall-Bürgschaften des Staates hat daran nichts geändert.

Jetzt erwartet man die Rettung des deutschen Films von der Reprivatisierung der Ufa und hofft, daß eine finanziell konzentrierte deutsche Filmindustrie mit dem Gütezeichen des alten, nach dem Kriege liquidierten Ufa-Konzerns den Film wieder zu neuer Blüte bringt. Schuld an dem bisherigen Versagen — so heißt es in einem Beitrag von Ferdinand Fried in der „Welt“ — sei die Zersplitterung der deutschen Filmwirtschaft. Von dem mangelnden Willen zu künstlerischer Qualität war nicht die Rede.

Bringt die Krise eine Wende?

An Stelle der privaten Finanziers und der Steuerzahler (über die Filmbürgschaften) soll nun, wie man aus dem „Filmspiegel“ Nr. 33 (1956) erfährt, „der größte Filmkonzern des Kontinents“ treten. Unter der Führung der Deutschen Bank-West AG und der Rhein-Ruhr-Bank sollen finanzstarke Konsortien, zu denen eine Reihe Privatbanken und großer Industrieunternehmen gehören, nunmehr das Risiko für die Kapitalinvestitionen tragen, die sich fast immer als Fehlinvestitionen erwiesen haben. Also: Das Ganze zurück zum gepriesenen alten Ufa-Stil! Sollte eine konzentrierte deutsche Filmwirtschaft diesen Stil tatsächlich übernehmen, so sind die Aussichten für einen qualitativen Aufstieg aus dem gegenwärtigen absoluten Tiefstand recht gering. Die Frage muß gestellt werden:

Welchen Ufa-Stil wird man wohl übernehmen? Den ihrer experimentellen Anfänge? Den der Phase der Verflechtung mit der amerikanischen Produktion in den zwanziger Jahren, als es vorübergehend eine PARUFAMET (Paramount-Ufa-Metro-Goldwyn-Meyer) gab? Oder den Film der Aera Hugenberg, in der der deutschnationale Geschäftsträger der deutschen Schwerindustrie bereits ab 1927 den Film im Sinne eines aggressiven Nationalismus auf Vordermann brachte? Oder aber den gepflegten Stil der schönen Lüge, mit dem Goebbels, der „Schirmherr des deutschen Films“, die Barbarei des Hitler-Reiches raffiniert maskierte?

Ein Zurück zu den avantgardistischen Experimenten der frühen zwanziger Jahre verbietet sich allem aus wirtschaftlichen Gründen von selbst. Eine erneute Annäherung an Hollywood erscheint ebenso unwahrscheinlich, zumal die Versuche emigrierter deutscher Filmmagnaten, die den Regisseur Wilhelm Dieterle vorschickten, um sich an der neuen Ufa zu beteiligen, erfolglos geblieben sind. Dagegen darf mit sicherer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die jetzt reprivatisierte Ufa in den so gut und glatt eingefahrenen Gleisen der letzten Phase von 1930 bis 1945 spuren wird. Hat doch bereits die deutsche Filmproduktion nach 1945 stofflich nicht nur die bewährten Klischees der neueren Ufa-Tradition der Hugenberg und Goebbels wieder eingesetzt, sondern sie sogar in zahlreichen Reprisen und Remakes im Original auf den Markt gebracht. Nicht allen diesen Streifen ist eine kunsthandwerkliche und technische Perfektion abzusprechen, und über diese Fertigkeiten wird auch die neue Ufa-Produktion zweifellos in nicht geringerem Maße verfügen.

Die Posten einer künstlerischen Unterbilanz

Überblicken wir einmal die Filmtitel der Jahresproduktion von 1955! Schon die Themenwahl ist kennzeichnend; demnach waren von 102 Spielfilmen (Märchen- und Jugendfilme sind hier ausgeklammert):

Leichtere Unterhaltung:	73
Ernstere Unterhaltung:	29
(„Problem“-Filme)	

In die Rubrik „Leichtere Unterhaltung“ gehören 20 Heimatfilme, 21 sentimentale Liebesfilme (sogenannte „Schnulzen“), 32 Lustspiele, Komödien und Revuefilme (zu einem großen Teil sogenannte „Klamotten“). Von den 29 Problemfilmen, die wenigstens in ihrem thematischen Vorwurf die Absicht zu einer künstlerischen Gestaltung erkennen lassen, können etwa sechs als ernsthafte Versuche diskutiert werden: „Der 20. Juli“, „Es geschah am 20. Juli“, „Himmel ohne Sterne“, „Ein Mädchen aus Flandern“, „Die Ratten“ und „Mamitschka“. Unter den Filmen des heiteren Genres finden sich zwei Satiren mit ernsthaftem Hintergrund: „Der Hauptmann und sein Held“ und „Unternehmen Schlafsack“. Beide richten sich polemisch gegen den deutschen Militarismus des zweiten Weltkrieges. Zwei Filme sind Grenzfälle: Die beiden Fortsetzungsfilme nach Hellmut Kirsts „08/15“-Romanen. Ihre Tendenz bleibt bewußt im Zwielficht zwischen Ulk und tragikomischer Problematik. Drei „Klamotten“ der Jahresproduktion 1955 betreiben militärfreundliche Stimmungsmache: „Drei Tage Mittelarrest“, „Parole Heimat“ und der alle Rekorde schlagende „Frontgockel“. Zwei sogenannte Problemfilme bejahen unverblümt den Geist der Hitlerschen Wehrmacht: „So lange du lebst“ und „Urlaub auf Ehrenwort“. Die beiden Filme vom 20. Juli haben eine konservative Grundhaltung und bemühen sich — was allerdings schon das Thema vorschreibt — um die Ehrenrettung des deutschen Offizierskorps. Helmuth Käutners „Himmel ohne Sterne“ konstruiert einen privaten Ost-West-Konflikt, dessen Ausgang versöhnlich und gesamtdeutsch stimmen soll, aber Käutner hat sich damit zwischen die Stühle gesetzt. Die Pankower Kommunisten protestierten wütend, und die westdeutsche Restauration war verschnupft, weil es unter Käutners Russen Menschen gibt (übrigens hat die diesjährige Festspielleitung in Can-

nes „Himmel ohne Sterne“ abgesetzt, weil Bonn im vergangenen Jahr die Vorführung eines angeblich antideutschen Films mit KZ-Motiven verhindert hatte). „Ein Mädchen aus Flandern“ und „Die Ratten“ sind Verfilmungen nach den Dramen von Zuckmayer und Hauptmann. Der eine ist gefühlbetont pazifistisch, der andere sucht die sozialkritischen Akzente des Dramas abzuschwächen und sie überdies noch einigmaßen krampfhaft zu aktualisieren.

Zu den gutgemeinten, aber schon vom Drehbuch her mißglückten Problemfilmen mit ethischem und künstlerischem Anspruch gehört Alfred Weidemanns „Alibi“, in dem die Praxis von Justiz und Polizei polemisch verzeichnet wird zugunsten einer Sensations- und Boulevardpresse, die als Schützerin des „Rechts des kleinen Mannes“ verklärt erscheint.

Sozialreaktionär sind die anspruchsvoll aufgemachten Filme „Hotel Adlon“, in dem der Monarchie und der „guten alten“ Gesellschaft nachgetrauert wird, und die banal verflachte „Remake“ des vor dreißig Jahren von Murnau gedrehten Films „Der letzte Mann“; ebenso das Hohelied des preußischen Feudalismus „Die Barrigens“, nach einem in der Hitlerzeit viel gelesenen Familienroman.

Traumorgien des Provinzialismus

Das Gros der Filme von 1955 bringt die spezifisch deutsche Form der leichten und „harmlosen“ Unterhaltung mit den bewußt falsch gesetzten Gefühlstönen und mit der von kleinbürgerlichen Wunschträumen bestimmten Milieuzzeichnung. Die Titel sprechen für sich: Das Thema Heimat erscheint in „Drei Mädels vom Rhein“, „Du mein stilles Tal“, „Das Erbe vom Pruggerhof“, „Der Fischer vom Helligensee“, „Das Forsthaus in Tirol“, „Die Frau des Hochwaldjägers“, „Ein Herz bleibt allein“, „Der Jäger vom Roteck“, „Die Herrin vom Sölderhof“, „Die Mädels vom Immenhof“, „Der Schmied von St. Bartholomä“, „Das Schweigen im Walde“, „Die heilige Lüge“.

Der unter dem Fachslogan „Schnulze“ laufende erotische Kitsch ist schon an den Titeln zu erkennen: „Der dunkle Stern“, „Ich suche Dich“, „Laß die Sonne wieder scheinen“, „Liebe ist ja nur ein Märchen“, „Liebe ohne Illusion“, „Rosenmontag“, „Rosen im Herbst“ (verkitschter Fontane), „Die Toteninsel“, „Ein Mann vergift die Liebe“, „Roman einer Siebzehnjährigen“, „Reifende Jugend“, „Königswalzer“.

Wollte man die Sozialstruktur des deutschen Volkes nach diesen Filmstories erkunden, böte sich etwa folgendes Bild: es existieren nur eine Mittelschicht und eine üppig lebende Oberschicht. Die patriarchalische Mittelschicht — Bauern, Förster, brave Handwerker, würdige Pfarrherren und behäbige Dorfschulzen — leben mit ihren Familien in einem friedlichen Idyll auf dem Lande und in kleinen Städten. Mögliche Konflikte erladigen sich ganz im Sinne der konservativen Utopie, organisch und „natürlich“. Widersprüche des sozialen Lebens werden in positiver Resignation hingenommen: So ist das Leben, du wirst es nicht ändern, und im Grunde ist alles eitel Harmonie, denn auf Regen folgt noch immer Sonnenschein.

Die Oberschicht ist städtisch. Der unerschöpfliche Quell des Reichtums bleibt diskret verborgen. Es sind eben geborene Herrenmenschen, vorwiegend Kaufherren-Menschen in Luxusappartements und Parkparadiesen. Auf Reisen wohnen sie in den vornehmsten Hotels, ihre Autos sind fabrikneue Ausstellungsstücke. Sind die Kavaliere der Oberschicht berufstätig, so üben sie — lässig und in großem Stil — vornehmlich den Beruf des Arztes, eventuell auch den des Anwalts aus. In ihren Freistunden spielen sie am Flügel Beethoven, weil sie nicht nur über viel Geld, sondern auch über Kultur und ein reiches Innenleben verfügen. Die unteren Schichten erscheinen in Chargenrollen mit mehr oder weniger komischem Hinschlag: männliches und weibliches Hauspersonal, Sekretärinnen,

Diener, Chauffeurs, Boten, Pagen, Hotelportiers, Kellner, Krankenschwester und Gärtner. Alle sind durchweg diensteifrig, den Herrschaften treu ergebe und besitzen volkstümliche Lebensweisheit. Was der deutsche Film nicht zeigt ist dies: die Welt der großstädtischen Straßen und Fabriken, der Mietskasernen und Massenquartiere, die Welt der Arbeiter und kleinen Angestellten, der großen Büros und der kleinen Kaufläden, der Ecklokale und der Schrebergärten. Und auch die Wirklichkeit kleinstädtischer Enge und die des ländlichen Alltag fehlt (Frankreich, Italien, ja auch Amerika bringen oft und gern die Welt des kleinen Mannes auf die Leinwand). Merkwürdig, daß der deutsche Film das kriminelle Milieu fast immer meidet — 1955 gab es nur einen reinen Kriminalfilm „Banditen der Autobahn“ —, ein für filmische Effekte sonst so ergiebiges Milieu. Sollte es die Scheu der Produzenten sein, stoffliche Motive aufzunehmen, die auf gesellschaftliche Zustände immerhin ein Streiflicht werfen könnten? Die dokumentarische Wirklichkeitsnähe, die fast alle amerikanischen Kriminalfilme und oft sogar amerikanische Musicals und Filmrevuen kennzeichnet, gilt hierzulande offenbar als unmöglich.

Warum eigentlich? Sollte es nicht allen am Filmgeschäft Beteiligten gleichgültig sein, womit sie zu vollen Kassen kommen? Die Filmwirtschaft wird auch hier argumentieren, daß sie sich keine Experimente leisten könne. Doch sollten manche kümmerlichen Kassenreporte gelehrt haben, daß sich der übertriebene Kitsch nicht immer bezahlt macht. Ein Berliner Filmproduzent hat seine Unsicherheit in einer — übrigens erschreckend niveaulosen — öffentlichen Diskussion mit beinahe entwaffnender Naivität eingestanden. Der Mann erklärte: „Würde ich den Publikumsgeschmack genau kennen, wäre ich längst Millionär!“ Dieser Stoßseufzer ist der Mehrzahl der Produzenten und Verleiher gewiß aus der Seele gesprochen. Das unsichere Hauptkalkül für alle Planungen ist eben die herkömmliche und landläufige Geringschätzung des deutschen Publikums, ferner die Spekulation auf dessen angebliche Mentalität (sentimentale Biederkeit) und seine sozialen Wunschträume. Der mögliche Publikumsgeschmack außerhalb der eigenen Grenzen ist bisher wohl nur in Ausnahmefällen berücksichtigt worden.

Die Geschmacksbildung des Publikums ist jedoch ein recht komplizierter Prozeß, ein noch nicht hinlänglich erforschter Gegenstand soziologischer und psychologischer Untersuchungen. Der Publikumsgeschmack kann sowohl von „oben“ gesteuert wie von „unten“, d. h. vom Konsumenten beeinflusst werden. Unsere Filmproduzenten und Filmverleiher haben es sich insofern recht bequem gemacht, als sie das Niveau des Großteils ihrer Produktion systematisch der niedrigsten Stufe anpassen und behaupten, die Massen wollten es nicht anders.

Verfehlte Kompromißlösungen

Gelegentlich werden auch in der deutschen Filmindustrie Versuche gestartet, die geschäftlichen Interessen und die Spekulation auf den angeblichen deutschen Publikumsgeschmack mit künstlerischem Realismus und sogar erzieherischen Absichten zu verbinden. Was in der Regel bei solchen Unternehmungen herauskommt, lassen die drei 08/15-Filme erkennen. Zweifellos fand sich hier ein ernsthaft bemühtes Team zusammen, mit dem guten Willen, die Schablone des deutschen Militärfilms zu durchbrechen. Aber das kommerzielle Prinzip, im deutschen Publikum jedem etwas zu bieten, verdarb das Konzept gründlich. Nur der erste Film, der sich noch an das Buch von Hellmut Kirst enger anlehnte, konnte die ursprüngliche Absicht, eine harte Satire auf den deutschen Kasernenhof zu bringen, bis zu einem gewissen Grade durchhalten. In den beiden Fortsetzungen mehrten sich dann die Zugeständnisse an die Interessen der Filmwirtschaft und an den reaktionären Teil des deutschen Publikums. So wurden die ursprünglichen Tendenzen des Autors und des Regisseurs Paul May aalglatt verfälscht,

Das Ergebnis: eine befremdende Mixtur aus individualistischen Seitensprüngen aus der Marschierreihe, ungebrochenem Respekt vor preußischen Traditionswerten, dem „menschlich vornehmen“ Wehrmachtsoffizier und einer Milderung des Kasernenhofterrors durch die Elemente des herkömmlichen militärischen Schwankhumors. Im letzten Film „08/15 in der Heimat“ entluden sich auch einige kräftige Ressentiments gegen die amerikanischen Besatzer, vor allem gegen die jüdisch-emigrantischen Okkupanten; es waren Akzente, die nicht auf Hellmut Kirst, sondern auf das Konto des „Fragebogen“-Autors und anarchistischen Nationalisten Ernst von Salomon kommen.

Offener noch enthüllte sich die Tendenz zu restaurativer Meinungsbildung in Wolfgang Liebeneiners Remake des nationalsozialistischen Militärfilms „Urlaub auf Ehrenwort“. Ja, der neue Film ist vielleicht noch gefährlicher als der frühere Ufa-Film, der die Disziplin des alten deutschen Weltkriegsheeres rühmen sollte. Jetzt wird auch der Kadavergehorsam in einem Heere verherrlicht, das sich einem amoralischen Gewaltregime beugte. Daß das Drehbuch des neuen „Urlaub auf Ehrenwort“ die Gewissenskonflikte von antinazistischen Soldaten beschönigend einbezieht, macht den Fall nur noch schlimmer.

Neue Perspektiven der Film-Restauration

Die Bilanz einer Jahresproduktion der deutschen Filmindustrie, wie wir sie hier nur für 1955 betrachtet haben (die anderen Jahre unterscheiden sich davon seit etwa 1949 nur in Nuancen), schaut kläglich aus. Allenfalls 10 v. H. der 1955 hergestellten Streifen können als diskutabel bezeichnet werden — zumindest in künstlerischer Hinsicht, von der Tendenz abgesehen. Die künstlerische und wirtschaftliche Unterbilanz des deutschen Films kommt einer Bankrotterklärung gleich. Viele Klagen und Hilferufe der „notleidenden“ Filmwirtschaft drängen an die Öffentlichkeit. Aber würde eine andere Industrie, die so hartnäckig an einer verbrauchten Routine-Fabrikation festhielt und sich gegen alles Neue derart sträubte, ebensolches Gehör finden und großzügig kreditiert werden? Wird jetzt eine finanziell starke, alle technischen und künstlerischen Aktiva konzentrierende Ufa Wandel schaffen? Es ist kaum wahrscheinlich. Der Film, eines der wichtigsten und zugleich kostspieligsten Medien der Meinungsbildung und Massenbeeinflussung, wird nicht über seinen Schatten springen können, den Schatten seiner Geldgeber. Nur die kapitalkräftigsten Gruppen können das Filmgeschäft wieder flottmachen. Weder die Masse der Konsumenten noch die demokratischen Verbände der Arbeitnehmer scheinen über genügend Mittel zu verfügen, um künstlerisch wertvolle Spielfilme im Sinne ihrer Tendenz vorfinanzieren zu können. Das in der neuen Ufa konzentrierte Kapital wird seinen Interessenten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch Zinsen eintragen. Die ideologische Massenbeeinflussung zugunsten eines restaurativen, sozial konservativen und traditionalistischen Leitbildes dürfte den Geldgebern wahrscheinlich wichtiger sein als die internationale Konkurrenzfähigkeit des deutschen Films. Ohne Rücksicht auf Prestige und den kritischen Teil der öffentlichen Meinung, wenn notwendig mit Druck auf das Inseratengeschäft der Presse und sogar auf den Rundfunk, wird die restaurierte Ufa sicherlich die bewährte Schablone beibehalten.

Im möglichen Interessenkonflikt zwischen der kulturellen Verantwortung einiger wirklicher Filmkünstler und den „höheren“ politischen Zielen der Geldgeber hat die Auffassung der Schablonenfabrikanten eine bessere Chance, sich durchzusetzen. Künstlerischer Filmrealismus, avantgardistische Experimente, kosmopolitische und gesellschaftliche Extravaganzen können den weitgespannten Zielen der restaurierenden Wirtschaftsmächte nur entgegenstehen. Die Erhaltung des Illusionismus auf der Leinwand — die Lüge als Leitmotiv — wird die erwünschten Massentendenzen weiterhin fördern.

BAUEN FÜR DIE MASSESN

Physiologisches Bauen

Wollen wir das gegenwärtige Geschehen in der Politik und in der Wirtschaft als ein Zeitglied in der Kette der Geschichte sehen, dann müssen wir uns in klaren darüber sein, daß mit der französischen Revolution von 1789 die Ära des Feudalismus zu verblassen begann und von der Epoche des Kapitalismus und Kolonialismus abgelöst wurde. Eine ähnliche, wenn nicht größere Revolution übermanni zur Zeit die Emporkömmlinge von 1789, übermanni sie mit Werkzeugen und Maschinen, die für Massenproduktionen und Massendestruktionen erfunden und in Gebrauch genommen wurden. Mit der Nutzung der Atomkernekräfte haben wir uns seit 1938 bis 1944 in ein neues Stadium der Zeitgeschichte hineingelegt.

Die Bauwirtschaft jedoch, die schon seit der „Steinzeit“ die langlebigsten Güter der zivilisierten Menschheit schuf, wurde von dem Aufbrausen der Technik des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts wenig berührt; und wo sie sich mit dem Verbauen von Stahl und Spiegelglas den Anschein einer pionierhaften „Modernität“ gab; blieb ihr Neues in der Technik im rein Dekorativen stecken, ohne in das Soziale, Ökonomische, Technische und Physiologische tiefer eingedrungen zu sein. Wurden unsere „Bauhäuser“ wirklich recht glücklich in ihren Spiegelglaszellen? Konnten sie es werden? Erlaubte es ihnen die Physiologie ihres Körpers? Solche Fragen hat sich ein Corbusier nie gestellt. Stellen wir sie darum, und versuchen wir, sie mit Argumenten, nicht mit ästhetischen Gemeinplätzen zu beantworten.

Wenn wir hier von Spiegelglaszellen sprechen, dann weisen wir z. B. auf ein Appartement in einem Hochhaus hin, in dem jeder Mieter zwei Spiegelglasfronten mit „Aussicht auf Gegend“ sein eigen nennt, und etwa vier bis acht Wand-, Decken- und Fußbodenfronten zu unliebsamen Nachbarn in Kauf nehmen muß. Alle diese Fronten leben! Und wie sie leben! Sie tragen in das „Heim“ der Troglodyten Licht, Wärme, Kälte, Schall, Vibrationen, Gerüche, ja oft sogar Beängstigungen und Beklemmungen hinein. Kann der Mensch — gleich welcher Rasse — die Unnatürlichkeit solcher Einwirkungen auf sein so feinfühlig gestaltetes Leben vertragen? Die Antwort auf diese Frage führt uns direkt in das Phänomen des „Lebens“ hinein.

Leben im weitesten Sinne des Wortes ist „Bewegung“, ist gesetzmäßiges „Schwingen“, das der Materie vom Kosmos in unzählbaren Varianten aufgeschwungen wird. Auch schwingendes Licht ist Leben! Leben ist das eine Kombination vieler Leben, vieler Atom-Leben, Zell-Leben, Körper-Leben, Kommunal-Leben, Staats-Leben usw. Der Metabolismus des Menschen ist doch nicht nur abhängig von den chemischen Verbrennungen innerhalb des Körpers, sondern auch von den chemischen Verbrennungen seiner kosmischen Umwelt. Und so sind auch seine multisymphonischen Schwingungen abhängig von Tag und Nacht, von Licht und Schatten, von Wärme und Kälte, von Ruhe und Bewegung und von vielem anderen mehr. Abnormitäten in dieser Schwingungswelt werden von den Ärzten als „Krankheiten“ bezeichnet, während die Normalitäten „Gesundheit“ darstellen.

Der erste Beitrag zu diesem Thema erschien im Heft 1/1956 dieser Zeitschrift. — Die Schriftleitung.

Des Menschen Haut ist nicht seine Grenze

Naive Baumeister glauben immer noch, daß sie es mit normalisierten und typisierten Wachspuppen zu tun haben, wenn sie des Menschen dritte Haut, die Haushaut, planen und bauen. Wenn sie über die Physiologie des menschlichen Körpers sehr informiert sind, dann wissen sie, daß der Mann-Mensch etwa 1,75 m groß ist, 75 kg wiegt, einen Körperraum von 0,1 cbm verdrängt, eine Hautfläche von 1,8 qm besitzt, täglich 3000 Kilokalorien an Energie zu sich nimmt, etwa 1500 dieser Kalorien wieder an Wärme ausstrahlt, etwa 300 Kalorien dem Gehirn als Arbeitsenergien zuführt, stündlich Millionen neuer Zellen aufbaut, täglich etwa 10 cbm Luft einatmet usw.; aber unsere Baumeister übersehen doch nur zu oft, daß solche Daten nur ein sehr vielseitiges Reizleben des Menschen erklären, erzeugt von den Komponenten des Lichts, der Temperatur, der chemischen Affinitäten, der Luft, der Schwerkraft, der Elektrizität, dem Magnetismus, der Feuchtigkeit, und all dieses in einem einzigen Ganzen, dem Leben!

Der Baumeister vergegenwärtigt sich selten, daß alle diese Reize von dem Schöpferprinzip beherrscht werden, das Meiste mit dem Geringsten zu schaffen, d. h. größte Kapazitäten und Intensitäten mit dem kleinstmöglichen Energiequantum zu erzeugen. Wenn z. B. das Huhn ein Ei produziert, dessen „Lebendgewicht“ etwa 50 Gramm, dessen Schale aber nur 7 Gramm wiegt, dann sind solche Schöpfungen bauliche Meisterleistungen, gegen die der Mensch höchster Zivilisationen nur stümperhafte Lehrlingsleistungen aufzuweisen hat. Oder ist es eine Meisterleistung, wenn unsere heutigen Baumeister auf 75 kg Körpergewicht des Menschen ein Baumaterialgewicht von 30 000 kg allein im Wohnungsbau verbauen und dieser Energieinvestition für reine Heizzwecke noch jährlich zehn Millionen Kilokalorien, also das Zehnfache des Energieverbrauchs des menschlichen Körpers hinzufügen müssen?

Diese rein „materialistische“ Seite des Bauens hat jedoch ihre Gegenseite in der unsichtbaren, aber nicht weniger realistischen Ausstrahlung des Menschen. Wir können es heute als allgemein empfunden und erkannt, wenn auch noch nicht als demonstriert und photographiert betrachten, daß der Mensch „Eigenstrahlungen“ nicht nur von Wärme, sondern auch von elektro-magnetischen Radiationen besitzt, die sich auf 0,5 bis 2,5 Meter über seine Haut hinaus erstrecken, und die auch die Ursache dafür sind, daß Menschen so sehr verschieden auf Raumgrößen und Raumformen reagieren. Wissen wir doch alle, wie sehr die verschiedensten Menschentypen von agoraphobischen oder von claustrophobischen Raumgefühlen beherrscht werden. Und wissen wir doch auch, daß die gewünschten oder gewohnten Sprechdistanzen zwischen Mensch und Mensch nicht nur von Sympathien und Antipathien, sondern auch von Eigenschaften der Rassen bestimmt werden. So sollen z. B. die „heißblütigen“ Lateiner Amerikas eine Sprechdistanz von nur 35 cm einhalten, während die „kaltblütigen“ Yankees des nördlichen Amerika eine solche von 50 cm bevorzugen. Spricht ein Mann zu einer Frau, so ändern sich die Sprechdistanzen je nach dem Grade der Bekanntschaft und der Rasse um plus-minus 10 cm.

Wohnfleisch contra Wohngelast

Als das deutsche „Bauhaus“ in Weimar und Dessau noch jung war, hatte es den aufrichtigen Willen, das rein ästhetische Stilbauen gegen ein organisch-physiologisch-technisch-funktionell-ökonomisches Formgestalten einzutauschen. Das Bedürfnis nach schnell einkassierbaren Tageserfolgen¹⁾ und nach schauspielerischer Publizität lenkte aber seine schöpferische Tätigkeit wieder zurück auf eine rein

¹⁾ Es ist nicht gerade ein Zeichen tiefwurzelnder Kultur, wenn Moden der Ästhetik größere Attraktionen besitzen als soziale, hygienische, technische und ökonomische Formationen.

ästhetische Epidermiskunst, wie sie zur Zeit von Corbusier und seiner Gefolgschaft ad absurdum geführt wird. Mit seiner „Wohnmaschine“ in Marseille, die 377 Wohneinheiten unter einem Dach vereinigt und die die geradezu ungeheure Summe von 44 000 DM je Wohneinheit gekostet hat, begann Corbusier das schauspielerische Baumeistertum über das „Ganze des Lebens“, und so auch über soziologische, physiologische und ökonomische Gestaltungen zu stellen.

Schon in Marseille, aber mehr noch mit seinen Bauten für die indische Stadt „Chandigarh“, stellte er ein rein ästhetisches Prinzip über ein technisch-ökonomisches, und er stellte dieses Prinzip auf eine Bühne des Lebens, nicht aber in die ökonomische, soziologische und physiologische Realität des indischen Lebens. Erwähnen wir hier als Beispiel nur sein Prinzip der „Sonnenbrecher“, Dieses Fassadenmotiv, das angeblich darauf „berechnet“ ist, die Sonneneinstrahlung von den Hauswänden dadurch abzuhalten, daß man mit Hilfe von Vor- und Rücksprünge der Fassade die Schlagschattenflächen vermehrt, kennzeichnet wie kein zweites den inneren Zusammenbruch³⁾ seiner baumeisterlichen Theorie. Man sollte es einem Baumeister von „ertrommeltem Weltruf“ doch nicht erst zu sagen haben, daß jede Vergrößerung der Oberfläche eines Körpers die Erwärmungs- und Abkühlungsflächen vermehrt, aber nicht vermindert! Ist es doch ein Gestaltungsprinzip der Natur, das Verhältnis der Oberfläche zum Inhalt eines Körpers auf die Relation eines Minimums zu seinem Maximum zu bringen. Corbusier mußte also wissen, daß er auf falschem Pferde saß, als er seine „Sonnenbrecher“ für den Publizitätsjournalismus erfand.

Den rein ästhetischen Wohngeist über das physiologische Wohnfleisch zu stellen, ist ebenso verkehrt, wie das Wohnfleisch allein darüber entscheiden zu lassen, was der Baumeister für die Einheit Mensch oder Familie oder Gemeinde zu schaffen habe! Schon Bergson wies mit guten Gründen darauf hin, daß „der Leib der Menschheit“, den die Technik so übermäßig wachsen ließ, auf einen „Zuwachs von Seele“ Anspruch habe, und daß beides, Leib und Seele, eine Einheit bilde, die kein Baumeister aus seinem Gleichgewicht bringen darf. Aber ist es nicht gerade diese Aufspaltung einer Einheit, die wir heute in unseren Wohnbauten so zu beklagen haben, und die bald unter dem ästhetischen, bald unter dem technischen, ökonomischen und politischen Vorurteil von Baumeistern zu leiden hat, die das „Ganze“ unserer Zeitprobleme nie zu sehen gewohnt sind?

Die Schizophrenie des Hausens

Die Bauhäusler und Hochhäusler unserer Zeit kümmern sich leider zu wenig darum, ob, wo und wann eine allzu große Wohn- und Verkehrsdichte die Lebensluft unserer Stdter verpestet, die Nerven durch Lärm und Gefahren zerrüttet, die Ruhe des Schaffens und Schlafens stören lässt und eine Gemeinschaft von Um- und Einwohnern zu einer „Gesellschaft“ degradiert, die stolz darauf ist, sich gegenseitig nicht zu kennen und bestenfalls eine Grub-Gemeinschaft unterhält, aber die Sprech-, Gast- und Erlebnismgemeinschaft nicht mehr zu pflegen wünscht. Soll dieser Zerfall des Normalen und Sozialen und Natürlichen weiter fortschreiten? Soll es dahin kommen, daß ein Bürger den anderen nur noch als „Objekt“ in der Erscheinungen Flucht betrachtet, daß er alles Seelische vom Geistigen, alles Geistige vom Physischen trennt? Alles „Fortschrittliche“ derartiger Entwicklungen führt uns aber direkt in das Irrenhaus für Geistesranke; hierfür einige Beweise:

Der Wohnungsbauminister Preusker tröstete seinen „Beirat für Bauforschung“ am 22. April 1955 mit dem Hinweis darauf, daß sein Ministerium bereits 2,6 Mill. DM für 3000 „Forschungsaufträge“ und 39 Mill. DM für „Vergleichs-

³⁾ Siehe die Flammrohrkessel moderner Kraftwerke oder das Prinzip der Radiatoren gewöhnlicher Wohnhausheizungen.

bauten" verausgabt habe; er sagte aber seinen Hörern nicht, von welchem Erfolg diese „Forschungsarbeit“ gekrönt war. Wir fragen deshalb: Wer ist verantwortlich dafür, daß der Baukostenindex (1936 = 100!) von 199 im Jahre 1949 auf über 247 im Jahre 1955 stieg? Und ist es nicht wahr, daß diese Verteuerung des Bauens um fast 25 v. H. in sechs Jahren ein Baukapital von rund 10 Mrd. DM in den Orkus der Inflation warf?³⁾ Was bedeuten also schon 3000 Forschungsfehlaufträge im Hinblick auf eine Wohnbaukostenverteuerung von 10 Mrd. DM in sechs Jahren und von 1,7 Mrd. DM in einem Jahr? Und diese Zahlen beziehen sich doch nur auf den Wohnungsbau und lassen die Gesamtverteuerung aller städtebaulichen Investitionen von etwa 4 Mrd. DM der gleichen Periode ganz unberührt! Die Schizophrenie des Hausens und Behausens sollte von dem Beirat für Bauforschung nicht geteilt werden.

Wir sagten oben, daß natürliches und gesundes Bauen stets darauf eingestellt sei, das Meiste mit dem Geringsten zu erzeugen; in keinem Naturgesetz steht es geschrieben, daß ein Bauherr das Geringste mit dem Meisten zu erbauen habe. Gerade das aber erstrebt der Berliner Senat in seinem „Hansaviertel“ zu Zeiten einer gewaltigen Wohnungsnot! Plant er doch die schon heute 100 v. H. über dem Volkseinkommen liegenden „Sozialwohnungskosten“ zu ersetzen durch zweihundertprozentig verteuerte Kleinwohnungen für Filmdiven! Und eine solche Politik des Senats soll nun auch noch mit reichlichen Bonner Subsidien versehen und zum Kern- und Herzstück einer internationalen Bauausstellung gemacht werden?

Aus diesen Gründen begnügte man sich in Bonn mit einer Analyse der „kleinen Wohnungsnot“, d. h. mit dem Blick auf einen absoluten Fehlbedarf von nur zwei bis drei Millionen Wohneinheiten. Und da man dem Volke doch gerne „Erfolgsanalysen“ vorlegen wollte, übersah man geflissentlich, daß der westdeutsche Wohnungsbaumarkt mit seinen etwa 15 Millionen Haushaltungen einen Wohnungsleerbestand von gut 750 000 Einheiten haben müßte; und man übersah noch williger, daß die Hälfte aller westdeutschen Normalwohnungen, d. h. also etwa fünf Millionen, ein Alter von über 50 Jahren hatten und darum längst der Erneuerung verfallen waren — und sind! Will man den absoluten Fehlbedarf, den Erneuerungsbedarf, den laufenden Ersatzbedarf, den Zuwachsbedarf, den Zuwanderungsbedarf sowie den natürlichen Wohnungsabgang in etwa zehn Jahren zum Ausgleich bringen, dann kommt man doch auf ein jährliches Neubauvolumen von gut 1 300 000 Wohneinheiten oder auf gut 4,5 Millionen Räume, also auf ein Massenbauproblem allerersten Ranges! Die 550 000 Wohneinheiten der heutigen Bautätigkeit bedeuten also nichts anderes als eine Verewigung der westdeutschen Wohnungsnot und insbesondere der Not an „Sozialwohnungen“!⁴⁾

Der Blick aufs Ganze

Um das Krankheitsbild des ganzen westdeutschen Baumarktes zu erfassen und mit dem Volkseinkommen in Vergleich stellen zu können, hätten wir doch die 1,3 Millionen Wohneinheiten mit gut 20 000 DM zu multiplizieren — was 26 Mrd. DM ausmacht —, und diese Summe, die doch nur 40 v. H. der gesamten städtebaulichen Investitionen abdeckt, auf 65 Mrd. DM zu erhöhen, um die westdeutschen Jahresbauverpflichtungen als Ganzes vor Augen zu haben! Kann nun die große Masse des Volkes, dessen Einkommen zur Zeit (Februar 1956)

³⁾ In den Jahren 1949 bis 1955 wurden im Bundesgebiet rund 3 Millionen Wohneinheiten für etwa 44 Milliarden DM erbaut.

⁴⁾ Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß uns der ostdeutsche Baumarkt eines Tages mit einem Nachholbedarf belasten wird, der — pro Kopf — den westdeutschen noch weit übersteigt. Auch ist uns nicht recht wohl zumute, wenn wir an die 450 000 westdeutschen Eheschließungen denken, denen nur etwa 290 000 Ehebündnisse gegenüberstehen, die keineswegs immer eine Wohnung freimachen, sondern oft nur die „Einpersonen-Haushaltswohnungen“ vermehren.

den Betrag von 6500 DM je Familie nicht übersteigt, die jährliche Rendite von 14 v. H. = 9 Mrd. DM zahlen? Diese 9 Mrd. DM — wenn verteilt auf die 1,3 Millionen Haushalte — belasten doch jede städtehaulich neubehaute Familie mit jährlich 7000 DM, also mit mehr, als die Masse der Familien an disponiblen Einkommen aufzubringen vermag.

Wir vergessen leicht, daß sich unsere Bauwirtschaft in ein Stadium der Massenproduktion und der Massenbefriedigung hineingelegt hat. Mag das Dampfmaschinenzeitalter von James Watt und Adam Smith noch ausschließlich die Versorgung der „Vermögenden“ und „Begüterten“ im Auge gehabt haben, das Zeitalter des Benzinmotors und der Atomkräfte ist ohne eine Massenproduktion nicht zu meistern.

Was sind Massen?

Es gibt organische und anorganische Massen, solche höherer und niederer Ordnung, unterteilte und kompakte Massen, geordnete und ungeordnete. Rechnet man die organischen Massen zu den geordneten und die anorganischen zu den ungeordneten Massen, dann kommt man mit dieser Definition der des Aristoteles sehr nahe, der schon vor 2300 Jahren darauf hinwies, daß jedes Gebäude der Natur eine begrenzte Form erstrebt, deren höchste Wirksamkeit in ihrer ausgewachsenen Größe liegt. Bäume, Tiere und Menschen wachsen jedoch nur bis zu dem vorbestimmten Optimum ihrer Leistungsform!

Der Unterschied zwischen dem geordneten und dem ungeordneten Massentum wird uns deutlich, wenn wir auf die Massen blicken, die ein in jedem Sinne unadliges „Spiel der freien Kräfte“ in der Form unserer heutigen Großstädte schuf. War doch ein Berlin vom Jahre 1850 mit seinen nur 400 000 Einwohnern mehr Hauptstadt und mehr Großstadt als mit seinen vier Millionen von 1930! Stellen wir hier einmal das ungeordnete Wachstum einiger Großstädte der Welt zusammen, um uns von dem wuchernden Wachstum ihres „Massentums“ einen anschaulichen Begriff zu machen:

Stadt:	Einwohner	
	1850:	1930:
1. Chicago	= 20 000	= 5 500 000
2. Boston	= 200 000	= 2 300 000
3. Philadelphia	= 300 000	= 3 700 000
4. Berlin	= 400 000	= 3 500 000
5. New York	= 600 000	= 13 000 000
6. Paris	= 1 400 000	= 5 000 000
7. London	= 2 700 000	= 10 000 000

Dieses durchschnittlich fast achtfache Wachstum einiger weniger Großstädte der Welt in hundert Jahren dürfte in nicht allzu ferner Zeit von jedem Historiker des Kolonialismus und Kapitalismus nicht mehr als organisches Wachstum, sondern als krankhafte Wucherung bezeichnet werden. Wollen wir aber die Leistungsform dieser Großstädte abschätzen, dann erschrecken wir über das Eiternde, Stinkende, Häßliche, Formlose und Massige einer solchen Verzerrung der Organik des Lebens.

Und haben wir neben dieser Degradierung des Lebenden nicht auch noch das Bild der Entwürdigung des rein Menschlichen ins Auge zu fassen, wie es sich uns in all jenen „bestellten“ und „organisierten“ Massenaufmärschen von Lämmern und Bullen in Menschengestalt bietet, die das Zeitalter unserer Großstädte auf den Straßen und in den Arenen zu versammeln pflegt? Keine Kleinstadt und keine wirkliche Hauptstadt hat die Masse des Städtertums so erniedrigt wie unsere Großstädte in den letzten fünfzig Jahren. Diese Erniedrigung des rein

Menschlichen begann mit dem Massenpferch der Mieter in immer höher und enger gebauten Mietskasernen, und sie begann mit einem Zerfall aller religiösen, sozialen und ökonomischen Bindungen, wie sie noch bis zum Jahre 1850 üblich waren.

Triebkräfte der Vermassung

Wer oder was in der Lage ist, ein Groß-London von zehn Millionen oder ein Groß-New York von dreizehn Millionen Seelen zu schaffen, muß schon Hilfsleistungen aus allen Hölle Richtungen erhalten. Eine dieser Richtungen sagt uns, daß mit steigendem Bevölkerungszuwachs bei gleichbleibendem Nahrungsraum die Zahl der „heimfesten“ und „heimfrohen“ Arbeitsplätze auf dem flachen Lande knapp wird; sie sagt uns, daß dieses Knappwerden von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen zu einer Zeit geschah, als der Kolonialismus, der Kapitalismus und der Industrialismus neue Arbeitsplätze in den Großstädten zu schaffen vermochten. Glücklicherweise vollzog sich der Sog vom flachen Lande zu den Weltstädten nicht in der Form direkter Abwanderungen in die Großstadt, sondern in Wellen, die „den Knecht und die Magd vom Lande“ zunächst in die Kleinstädte führten und deren Wachstum somit gleichfalls befruchteten. Aber diese Bewegung vom Lande zur Mittelstadt und von der Mittelstadt zur Großstadt ist ja nur ein T r e n d , und man fragt sich, wer diesen Trend finanzierte.

Finanziert wurde dieses „freie Spiel der Kräfte“ in der Ära der Gewerbefreiheit (gesetzlich seit 1869) von einem Spekulationskapitalismus, den es im Zeitalter des kleinstädtischen Handwerks und Handels im heutigen Umfange einfach nicht gab. Erinnern wir uns nur daran, wie die preußischen Friedriche ihren Adel mit fast gewalttätigen Mitteln zwingen mußten, „Wohnsitze“ in Berlin zu erbauen. „Nach Berlin kommt so leicht keiner zum Vergnügen“, sagte der Berliner Generalpolizeidirektor Stieber noch um 1850/60 herum!

Der Sog zur Großstadt wurde hauptsächlich dadurch verstärkt, daß sich die Finanzierung der städtischen Existenz von der mittelalterlichen Form des Bauens ganzer Sozialeinheiten (also: Arbeitsplatz plus Wohnplatz plus Altenteil usw.) umstellte auf die gesonderte Finanzierung jedes einzelnen Baubedarfs. Seit 1870 wollten nicht einmal mehr die so altväterlichen Räte und Magistrate eine Verantwortung dafür übernehmen, daß das Schaffen neuer Arbeitsplätze k o o r d i n i e r t werde mit dem Schaffen neuer Wohnplätze. Die Tradition der „Gemeinschaft“, die in den Rathäusern, Zunfthäusern, Kirchen, Marktplätzen, Stadttoren usw. noch wahre Meisterstücke der Stadtbaukunst geschaffen hatte, degenerierte zu einem verantwortungslosen Spekulationskapitalismus der „Gesellschaft“, die den Bodenspekulanten und Bauunternehmer zum alleinigen Gestalter der Großstadt machte. War die kleinstädtische Gemeinschaft in ihrer Selbstsicherheit, ihrem Eigenwillen und in ihrer Verantwortlichkeit schon so geschwächt, daß sie sich der rein kapitalistisch orientierten Gesellschaft bedingungslos zu unterwerfen hatte?

Die Zeiten ändern sich, und wir mit ihnen. Und so lebten sich unsere Großstädte in ein Tempo des Wachstums und damit in ein Tohuwabohu hemmungsloser Stadterweiterungen hinein, die sich dem zeitlichen und räumlichen Sichtbereich der Stadtväter und Stadträte zu entziehen begannen. War es doch ganz charakteristisch, daß ein vorausschauendes Planen der modernen Großstädte nicht mehr von den Landesherrn und auch nicht mehr von ihren Baukünstlern, sondern von den für die Gesundheit der Städte verantwortlichen Ärzten, von den Tiefbauern und von der Bauspekulation ausging. Der Fluchtlinienplan für das Herzstück von New York, für den Stadtteil „Manhattan“, der schon im Jahre 1811 aufgestellt wurde, war doch nichts anderes als ein Spekulationsplan, dessen Aufgabe es war, dem Großgrundbesitz das Verkaufen von und den Handel mit „Parzellen“ zu ermöglichen, deren einheitliche Größe einen Handelswert erhalten konnte. Schauen

wir nach Berlin, dann finden wir, daß der Wunsch nach einem „Generalbebauungsplan“ erst mit einem Kanalisationsprojekt skut wurde, das der Tiefbauer Hobrecht mit Unterstützung von Karl Virchow aufgestellt hatte und um 1873 herum von den Stadtvätern genehmigt erhielt. Es waren also nicht „umfassende“ und „herrschende“ Gesichtspunkte, sondern nur „dienende“ Handlungen, die das Kleinbürgertum der Großstädte dazu veranlaßte, das längst „Fällige“ zu planen und in einem Parzellen-Stückwerk zur Ausführung zu bringen.

Die Profit-Planung versagt

Die Profit-Planung des freien Spiels der Kräfte versorgte etwa fünf Investitionsgebiete, und zwar Wohnbauten, Industriebauten, Handelsbauten, Verkehrsbauten und Kommunalbauten. Jedes dieser Investitionsgebiete war auf dem Kapitalmarkt ein Konkurrent des anderen. Wenn das Kapital des höheren Profits wegen (und dieser konnte weniger als ein halbes Prozent sein) sich dem Wohnbau entzog und in die Industrie „einstieg“, dann blieb der Bedarf an Wohnungen eben ungedeckt und der an Industriebauten überversorgt, was man mit leichter Hand damit begründete, daß das Kapital sich den festverzinslichen Werten der Pfandbriefe entzogen und den Spekulationspapieren, den Aktien, zugewandt habe. Die Schwankungen dieses „freien Spiels der Kräfte“ erreichten in den USA in den vierziger Jahren pro Kopf und Jahr Gegensätze von 1:47 in Handelsbauten, von 1:21 in Wohnbauten, von 1:10 in Kommunalbauten und von 1:6 in Industriebauten.

Diesem System der Profitplanung gegenüber war die feudale Bedarfsplanung des Mittelalters geradezu ein Ideal von Stetigkeit und Sparsamkeit. Abgesehen davon, daß der Gegensatz der Interessen nur eine Dualität (kommunal kontra privat) und keine Quintalität darstellte, waren die Interessen der Stadtverteidigung und der lokalen Markterhaltung doch so alles „umfassend“, daß die Profitplanung der einzelnen Bürger in der Bedarfsplanung der Bürgerschaft ihre gemeinwirtschaftliche Korrektur fand.

Dieser Dominator der Gemeinwirtschaft versagte aber vollkommen in der modernen Stadtwirtschaft; ging doch schon nach 1880 die Stadtverteidigung ganz auf die Landesverteidigung und die Stadtfinanzierung ganz auf die Landesfinanzierung über. Dadurch, daß sich die Finanzierung einer städtebaulichen Sozial-einheit aufspaltete in fünf unterteilte Verantwortlichkeiten³⁾, wurde es auch jedem Speziälspekulanten leichter gemacht, sein Bauvorhaben so zu verkleinern, daß er es jederzeit „an den Mann“, d. h. an einen „Rentier“ bringen konnte. („Heut' abend wieg' ich mich im Grundbesitz!“ — läßt Goethe seinen Narr im Faust sagen). Derjenige, der den Arbeitsplatz in einer Großstadt für einen Arbeitgeber finanzierte, hatte nicht mehr die geringste Verantwortung für die Finanzierung des dazugehörigen Wohnplatzes, Schulplatzes oder Kirchplatzes.

Die Folge dieser „Parzellierung“ des Bodens und des Bauens war dann auch die, daß die G e s t a l t u n g unserer Großstädte hinfort weder einen Koch noch einen Küchenmeister finden konnte. Die 110 000 bebauten Parzellen der Stadt Berlin oder die 850 000 Parzellen der Stadt New York fanden keinen anderen Koordinator mehr als den des Profits. Nicht mehr der Mensch als ein Ganzes und nicht mehr die Kommune als ein Ganzes entschieden darüber, was, wo und wie das Raumkleid der Gemeinschaft zuzuschneiden und zu fertigen sei, sondern der versteckbare, verschleierbare und verantwortungslose Profit!

Hin unsichtbares Zehntelchen eines Prozentes, das den Börsenfluß des Kapitals bald hierhin und bald dorthin leitete, wurde zum selbstherrlichen Gestalter

³⁾ Im Durchschnitt der Jahre 1920—1945 beliefen sich die städtebaulichen Investitionen in den USA wie folgt: Wohnbauten 30 v. H., Kommunalbauten 35 v. H., Verkehr 15 v. H., Industrie 13 v. H., und Handel 7 v. H. Die amerikanische Depression von 1929 bis 1938 kürzte die Wohnbauversorgung (regelwidrig) zugunsten der Kommunalbauten.

unserer Großstädte gemacht. Man täusche sich doch nicht darüber, daß „Fünfjahrespläne“ zu diesem kapitalistischen Diktator der Weltwirtschaft keine inneren oder äußeren „Beziehungen“ unterhalten. Die Stahlproduktion und Kohlenproduktion Rußlands ist nichts anderes als eine Funktion der west-welt-wirtschaftlichen Kapazitäten in der Grundstoffversorgung eines Weltmachtkampfes. Wenn z. B. Moskau im Jahre 1950 seine mehr als fünf Millionen Einwohner nur mit 3,65 qm Wohnfläche je Kopf der Bevölkerung versorgen konnte (gegen die 20 qm in dem Berlin von 1938 und gegen die 25 qm im heutigen Nordamerika), dann beweisen solche Zahlen, daß es eben nicht genügt, nur Kapitalist oder nur Kommunist zu sein, um die verschiedensten Baubedürfnisse des Menschen zu einem harmonischen Ausgleich zu bringen. Ohne Schöpferkraft hat sich noch nie etwas Neues gestalten lassen!

Mag uns eine so kapitalistisch gebaute und verwaltete Stadt, wie New York es ist, ein Beispiel dafür sein, daß das freie Spiel der Kräfte nicht nur die höchsten Steuern pro Kopf der Bevölkerung mit sich bringt, sondern auch den höchsten Grad von Gier und Irrsinn. Irrsinn ist soziologisch wie pathologisch keineswegs nur eine Individualkrankheit. So wird es, um nur ein Beispiel zu erwähnen, kein Leser dem Verfasser glauben wollen, daß die Gier des Parzellegeistes der Stadt New York im Jahre 1916 eine Zonenbauordnung um den Hals hängte, die (nach 1400 Ergänzungen und Abänderungen) es im Jahre 1950 immer noch zuließ, auf dem gezonten Wohnbauland 70 Millionen Einwohner und auf dem gezonten Geschäftsboden gar 320 Millionen Erwerbstätige zu behausen. Wahrlich, kann ein Irrenhaus gierigere Unmenschlichkeiten zum Gesetz erheben?

Sterbende Großstädte

Daß in fast allen Großstädten die Hälfte aller Bauten ein Baulebensalter von fünfzig Jahren schon überschritten und sich mit einem solchen Alter in das Stadium ihrer Erneuerung hineingelegt haben, das wollen selbst berufskundige Parzellenbauer nicht recht wahr haben: dies kühlt selbst den Ehrgeiz der Politiker nicht, die Verantwortung für das Gigantenwerk der Stadterneuerung zu übernehmen. Führen wir ihnen darum hier ein Beispiel der jüngsten und der größten aller Großstädte der Welt vor Augen.

Manhattan, der älteste Stadtteil von New York, zählt zur Zeit fast 2 Millionen Einwohner, deren erneuertes Baukleid auf gut 30 Mrd. Dollar zu schätzen wäre. Sein derzeitiger Steuerwert beläuft sich aber nur auf 9 Mrd. Dollar. Seiner jährlich fälligen Erneuerung von 600 Mill. Dollar standen in den letzten fünf Jahren aber nur je 80 Mill. Dollar an Neubauinvestitionen gegenüber. Einige 500 Mill. Dollar Erneuerungskosten wurden diesem Stadtteil also jährlich entzogen und „auf neue Rechnung vorgetragen“, just, wie das bankrotte Unternehmen zu tun pflegen. Nur gibt es für sterbende Städte noch keinen Konkursverwalter und keine Leichenschau. Ihr Sterben vollzieht sich ganz auf Kosten anonymer Generationen, die weder einen „Vormund“ noch irgendeine gesetzliche Vertretung in irgendeinem unserer Parlamente besitzen⁹⁾.

Das Parzellenzeitalter des Städtebaus hat bisher nur sehr wenig Städtebauer zu der Überzeugung gebracht, daß sie in einem Zeitalter der Massenwirtschaft nicht mehr mit den kleinstädtischen Maßstäben des individuellen Besitztums arbeiten können, sondern dazu übergehen müssen, mit dem kollektiven Grundbesitz einer „Nachbarschaft“ und „Stadtschaft“, d. h. mit städtischen Gemeinschaften von 1000 bis 5000 Seelen zu rechnen. Und wäre es nicht schon anklagend genug, zu sagen, daß Groß-New York zur Zeit die Erneuerung von jährlich 50 solcher Stadtschaften zu planen, zu finanzieren und zu bauen habe, aber sie nicht baut? Wäre es nicht auch ein höchst unliebsames Menetekel für die Stadt Berlin, wenn

⁹⁾ Wie „neumodisch“ uns doch heute eine Fideikommiß-Gesetzgebung anmutet, die das „Erbgut“ des Adels schützte und vor der Verschuldung bewahrte.

man ihren 3,5 Mill. Einwohnern von heute vor Augen hielte, daß ihr jährlicher Erneuerungsbedarf den Bau von gut 15 Stadtchaften erreicht habe, daß man sich aber nicht einmal den sehr viel größeren Nachholbedarf zur Richtschnur des Handelns nehme?

Das großstädtische Bauproblem erhält sicher einen ganz anderen Aspekt, wenn man die „Parzelle“, die kleinste und teuerste Einheit des Städtebaus, aufgibt und sie durch die größte und billigste Einheit, die Stadtchaftseinheit, ersetzt; denn nichts ist teurer als die Gier der Grundstücksspekulation, und nichts ist beschämender als zu sehen, wie Baumeister von Ruf aus dieser Gier eine Tugend zu machen versuchen! Lieferten Corbusier und Gropius nicht mit ihren Plänen für das Berliner Hansaviertel kürzlich den schlagenden Beweis für einen solchen Kopfstand des gesunden Menschenverstandes? Kamen ihre Entwürfe für den Wohnungsbau nicht auf 102 und (wenn abgerechnet) auf 120 DM je qm Wohnfläche, während der normale Preis sich in ganz Deutschland nur auf 60 bis 65 DM belief? Hochhäuser in den blauen Himmel und in den blauen ökonomischen Dunst hinein zu bauen, kann nicht die Aufgabe eines Wohnbaumeisters sein.

Attraktionen als Bauleitbilder

Und doch, die Höhe lockt! Alles Hohe und Hehre hat Magik! Aber es ist eine sündige Magik, wenn man die Hoheit, die man einem Buddha, einer Maria, einem Mohammed, einem Staat, einer Gemeinschaft und einer Zunft schuldig war, nunmehr für das Linsengericht eines Architektenhonorars an einen Woolworth- oder Hollywoodgeist verkauft. Zwar wollen wir die Letzten sein, die es leugnen, daß das „freie Spiel der Kräfte“ von großem schöpferischem Wert gewesen sei — nur war es kein schöpferischer Formwert! Die Wissenschaft, die Technik und die Wirtschaft erhielten von ihren Pionieren sicher große Impulse des Schaffens, aber selbst diese Impulse wurden in ihrer Schöpferkraft mit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts immer schwächer, während die zu lösenden Probleme immer größer, unpersönlicher und sozialer wurden. Die Spezialisierung in der Wissenschaft und Wirtschaft drängte zur Teamarbeit! Nicht mehr das begabte Individuum, sondern seine Hilfsmittel, die Werkzeuge, Laboratorien und Kapitalien entschieden über den Erfolg seiner Arbeit.

Im Städtebau sehen wir die schöpferische Arbeit den gleichen Kurs verfolgen. Die Attraktionen des Parzellenbaus erschöpfen sich, und die des Stadtchaftbaus konnten noch nicht zum Zuge kommen. Nur die Politik der Sanierung von Quadratkilometern ausgelebter Slums erlaubt es uns, neue, überindividuelle Attraktionen zu schaffen, die in der Lage sind, zusätzliche Kaufkraft für zusätzliche Wirtschaftsumsätze anzulocken. Dem Städtebauer muß es wieder erlaubt werden, Attraktionen zu schaffen, wie sie das Altertum bis ins Mittelalter hinein in der Form von „Basaren“ schuf, die stets von den Gilden der Kaufmannschaft und der Handwerker erbaut und betrieben wurden und in dieser Gildenform im Orient auch heute noch bestehen. Moderne Herzstücke der Großstadt brauchen nun einmal die leistungsfähigsten Kaufkraft-Zubringer, die besten Funktionsgrößen des Geschäfts und der Arbeit, die dienlichste Koordinierung der Geschäftseinheiten und ein Angebot von Ergänzungsdiensten, wie sie der Parzellenbesitz nie zu organisieren und zu finanzieren in der Lage wäre!

Aber solche Attraktionen für großstädtische Kernsanierungen wurden von den deutschen Städtebauern nicht einmal auf dem Papier erprobt, obgleich der Krieg mit seinen Bomben ihnen die Großbaustellen wie auf einem Präsentierteller angeboten hatte. Anstatt das Neue sich mit gesteigerten Attraktionen selbst finanzieren zu lassen, zog man es vor, längst Überlebtes hinter neuen Fassaden mit kostspieligsten Subventionen wieder aufzubauen.

DIE UTOPIE IM URTEIL DER WIRKLICHKEIT

In einer Ansprache, die im vergangenen Jahr vor dem Kongreß des schwedischen sozialdemokratischen Jugendverbandes gehalten wurde, stellte der frühere Finanzminister Ernst Wigforss folgende Frage:

„Gibt es immer noch einen solchen Kreis von Ideen, welche die sozialdemokratische Bewegung zusammenhalten und sie gleichzeitig auf eine irgendwie wesentliche Weise unterscheiden von anderen politischen Richtungen, die die allgemeine Wohlfahrt auf ihrem Programm haben?“

Er fügte hinzu:

„Überall in der westlichen Sozialdemokratie fühlt man das Bedürfnis, die alten Fragen aufs neue zu stellen, und es wäre dumm, zu leugnen, daß die Antworten sowohl zaghaft wie strittig erscheinen können. Es ist darum nicht zu verwundern, daß von den Dächern der Gegner ausgerufen wird, die Sozialdemokratie möge wohl politisch noch stark sein, ideologisch befinde sie sich aber in einer Krise.“¹⁾

Unzweifelhaft steht diese „ideologische Krise“ des Sozialismus in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung, die der Kapitalismus im zwanzigsten Jahrhundert genommen hat.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist dynamisch. Ihre Dynamik beschränkt sich nicht auf die Produktion; auch die Art und Weise der Verteilung muß sich der dynamischen Produktion anpassen. Im Kapitalismus ist die Verteilung und damit die Konsumtion eine Funktion der Akkumulation und der Expansion des Kapitals. Der damit verbundene höhere Lebensstandard auch vieler Arbeitnehmer hat die Gegner und gelegentlich sogar die Freunde des Sozialismus dazu geführt, vom Ende des Kapitalismus als einer schon gegebenen Tatsache zu sprechen. Man weist darauf hin, daß viele Arbeiter ein Motorrad oder Auto, einen Radioapparat, den Kühlschrank und vielleicht ein Eigenheim besitzen und stellt fest, ein Proletariat existiere demzufolge nicht mehr.

Der Sozialismus, sagt man, habe sich selbst aufgehoben. Wir werden untersuchen müssen, ob diese Feststellung zu Recht getroffen wird.

Wohlfahrtsstaat und Sozialismus

Im „Wohlfahrtsstaat“ — der schwedische Ministerpräsident Erlander gebrauchte dafür jüngst die Bezeichnung „Gesellschaft der Sicherheit“ — wird der Mensch mehr oder weniger gesichert gegen Arbeits- und Einkommenslosigkeit, Krankheit, Elend, Altersarmut und dergleichen mehr. Die Sozialpolitik wird immer umfassender und zugleich zu einem Bestandteil der Wirtschaftspolitik als Finanz-, Steuer-, Verteilungs- und Beschäftigungspolitik, oder umgekehrt. Der Wohlfahrtsstaat unterscheidet sich deutlich vom „Wohlfährigkeitsstaat“ sozialliberaler oder auch sozialkonservativer Prägung. Auf die Leistungen des Wohlfahrtsstaates besteht gesetzlicher Anspruch, sie werden nicht als Almosen gegeben.

¹⁾ Aus einem Vortrag, veröffentlicht in „Morgun-Tidningen“ vom 7. September 1934.

Wigforss, der als langjähriger Finanzminister Wesentliches zum Aufbau eines Wohlfahrtsstaates beigetragen hat, meinte dazu:

„Wer es so will, der kann natürlich sagen, daß der Wohlfahrtsstaat keinerlei deutliche Grenzen hat. Der Kapitalismus, der darin steckt, hat ein so großes Stück des Sozialismus aufgenommen, daß er eben auch den Rest nehmen kann. Aber man zieht Grenzen, um zu wissen, von was man spricht, und genau so, wie wir meinen, daß der Wohlfahrtsstaat genügend abweicht vom unregelmäßigen Kapitalismus, um einen besonderen Namen zu verdienen, genau so gibt es Gründe dafür, ihn zu unterscheiden von einer Gesellschaft, in der ein weiteres Stück sozialistischer Ideen in die Wirklichkeit aufgenommen wurde. Um so mehr gibt es dafür Gründe, weil wir voraussetzen, daß der Wohlfahrtsstaat in seinen Grundzügen nicht mehr von irgendeiner bedeutenden Meinungsrichtung abgelehnt wird. Dem Worte darf daher kein anderer Inhalt gegeben werden als der, welcher allgemein anerkannt werden kann.“

Damit wird gesagt, daß die ausgleichende Sozialpolitik — wenn auch unter Kämpfen um das Ausmaß — im Rahmen des Wohlfahrtsstaates weitergetrieben werden kann. Wigforss machte jedoch darauf aufmerksam, daß dieser Ausgleich nicht so weit gehen oder solche Formen annehmen kann, daß eine private Kapitalbildung beträchtlichen Umfangs unmöglich gemacht wird. Derselbe Vorbehalt wurde kürzlich von W. Arthur Lewis, Professor der Nationalökonomie und Mitglied der britischen Labour Party, gemacht:

„Unsere Väter haben sich nie Sorgen um den ökonomischen Fortschritt gemacht. Das schien zu ihrer Zeit eine Sache des Automatismus zu sein. Wir jedoch wissen, daß für diesen ökonomischen Fortschritt unter anderem ein hohes Investierungsniveau erforderlich ist, was seinerseits wieder bedeutet, daß dem Verbrauch gewisse Grenzen gesetzt werden müssen. Noch deutlicher gesagt: In einem privaten Unternehmen wird im ökonomischen Sinne am meisten gespart von dem, was aus dem Gewinn kommt, und die meisten Investitionen geschehen nur dann, wenn der Anreiz des Gewinns vorhanden ist. Wenn wir also große Investitionen wünschen und damit ein schnelleres Ansteigen des Lebensstandards, dann müssen wir größere Gewinnchancen haben. Wenn die Partei zugibt, daß ein privater Bereich im Wirtschaftsleben bestehen bleibt und wenn sie gleichzeitig wünscht, daß der Lebensstandard schnell ansteigen soll, dann müssen wir uns auch freuen, wenn die Gewinne hoch sind. — Es ist in unserer Partei Tradition, daß man Herzklopfen bekommt, wenn das Wort „Gewinn“ fällt. Es ist Heiligenschildung, wenn man fordern würde, die Löhne niedrig zu halten, um größere Gewinne zu ermöglichen. Da wir uns jedoch wirklich in dieser Situation befinden, müssen wir den Tatsachen ins Auge sehen.“^{*)}

Um zu zeigen, was ein „reformierter Kapitalismus“ im Rahmen eines weiter ausgebildeten Wohlfahrtsstaates zu leisten imstande wäre, gebrauchte Wigforss die Formel: „Amerika mit einem Schuß Wohlfahrtspolitik europäischen Musters“. Er warnte davor, den Hinweis der Gegner des Sozialismus auf die Vereinigten Staaten — als einem Beispiel des „reformierten Kapitalismus“ — zu unterschätzen, zumal ein Wohlstand amerikanischen Ausmaßes auf dieser Seite des Ozeans bisher kaum erreicht worden sei. Dies zu beachten sei um so wichtiger, als die gegenwärtigen Pläne der Sozialisten für die Gestaltung des Wohlfahrtsstaates gleichfalls kaum über die Vierzigstundenwoche, die Arbeiterpension und den Volkswagen hinausgingen.

Was in einem solchen Wohlfahrtsstaat das „reformierte Kapitalismus“ für die Arbeitnehmer und für andere bisher benachteiligte Schichten der Gesellschaft erreicht werden kann, scheint nicht des Sozialismus zu bedürfen. Möglicherweise braucht man dazu wie bisher eine sozialdemokratische Partei und starke Gewerkschaften. Jedoch zeigt das amerikanische Beispiel, daß es auch ohne eine Sozialdemokratie geht, und in Schweden sind die Forderungen der oppositionellen sozialliberalen „Folkparti“ oft weitgehender als die der sozialdemokratischen Regierungspartei.

^{*)} W. Arthur Lewis in „Socialist Commentary“, Juni 1955; hier nach einer Übersetzung in „Parasit“, dem Blatt der holländischen Partei van de Arbeid, Nr. 18/1955 vom 1. Oktober 1955, zitiert.

Auf das so für den Sozialismus und seine Parteien entstehende Dilemma hat kürzlich auch der Engländer G. H. D. Cole hingewiesen³⁾. Er hält sozialistische Parteien und Gewerkschaften bei Lage der Dinge für unentbehrlich, um auf „weitere Abschlagszahlungen des Wohlfahrtsstaates“ zu drängen. Zugleich aber sieht er kapitalistische Gruppen und Parteien mit den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien um „die Gunst der Massen konkurrieren“. Wenn es richtig ist, daß sozialer Fortschritt und Wohlfahrtsstaat zugleich eine Funktion der Reproduktion und der Akkumulation des Kapitals sind — immer im Rahmen der für die ökonomische Expansion erforderlichen Investitionsquote —, dann kann die These von der Fortschrittsgegnerschaft des Kapitalismus, soweit der Fortschritt auf den Lebensstandard bezogen wird, nicht aufrechterhalten werden. In der Konkurrenzsituation zwischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteien einerseits und kapitalistischen, fortschrittlichen Gruppen und Parteien andererseits war es nach Cole

„vernünftig, mehr ‚Wohlfahrt‘ zu erwarten; es war jedoch ganz unvernünftig, zu erwarten, daß erhöhte Wohlfahrt das Nahen einer sozialistischen Gesellschaft bedeuten würde. — Es war unvernünftig, dies zu erwarten, weil die Sozialisten den Wählern weniger attraktive Aussichten anbieten konnten als die Befürworter eines fortschrittlichen Kapitalismus — es sei denn, die Sozialisten wollen den Sozialismus aufgeben. Die Sozialisten konnten selbstverständlich weitere Verbesserungen der sozialen Dienste anbieten. Das konnten jedoch die Kapitalisten, unter dem Druck der Sozialisten, auch tun. Die Kapitalisten konnten darüber hinaus ‚Bonbons‘ anbieten in der Form von Aussichten auf sozialen Aufstieg aus dem Proletariat, und für die Zwischenschichten. Wenn also auf diese Weise die Sozialisten und die Arbeiterparteien auch weiterhin den überwiegenden Anteil an ausgesprochen proletarischen Stimmen erhielten, so hatten ihre kapitalistischen Gegner doch alle Aussicht, die Mehrzahl der Stimmen der Randschichten für sich zu gewinnen, denen entweder daran lag, ihre gegenwärtige Stellung sozialer Überlegenheit zu halten oder die daran interessiert waren, aus dem Proletariat in solche Positionen aufzusteigen, deren absolute und relative Zahl im Zunehmen ist.“

Demnach besteht weder Veranlassung, den Sozialismus zugunsten des Wohlfahrtsstaates aufzugeben, noch haben wir Grund, den Wohlfahrtsstaat zu verneinen, um etwa eine „sozialistische Glaubenslehre“ rein zu erhalten. Willi Eichler⁴⁾ schreibt dazu in einem Kommentar zu dem Aufsatz von Cole: „Ein Sozialismus, der sich selber nicht als eine große kulturelle Aufgabe ansieht, zu deren Grundlagen zwar auch der Wohlfahrtsstaat gehört, wird in absehbarer Zeit keine nennenswerten Vorzüge gegenüber einem ‚aufgeklärten‘ kapitalistischen Gesellschaftssystem aufzuweisen haben.“ Man muß dabei die kulturelle Aufgabe des Sozialismus so weit fassen, wie sie in der Formel des jungen Marx von der „Selbstentfremdung des Menschen im Kapitalismus“ gemeint ist. Auch der ausgeprägte Wohlfahrtsstaat hebt diese Selbstentfremdung nicht auf — und darum auch nicht den Sozialismus.

Freiheit und Gleichheit

Es hat immer Sozialisten gegeben, die das Postulat der Gleichheit oder aber das der Freiheit höher bewertet haben. Es steht jedoch außer Frage, daß der Sozialismus beide Forderungen soweit wie möglich zu realisieren bestrebt ist. Da sie vollkommen nicht verwirklicht werden können, bleibt der Sozialismus eine dauernde, niemals ganz erfüllbare Aufgabe.

Für den Engländer Cole ist der Sozialismus „seinem Prinzip nach ein Evangelium der Gleichheit“ (an equalitarian gospel). Sein Landsmann Lewis beginnt zwar mit der Gleichheit, sagt aber dann in einer Betrachtung zu den direkten Wirtschaftskontrollen: „Eigentlich waren diese Kontrollen im Grundsatz anti-

³⁾ G. H. D. Cole: „Gedanken nach der Wahl“ in: „The New Statesman and Nation“ vom 23. Juni 1955; hier nach der Übersetzung in „Geist und Tat“ Nr. 8/1955 (August), S. 228 ff.

⁴⁾ Willi Eichler: „Wohlfahrtsstaat und Sozialismus“ in: „Geist und Tat“, Nr. 8/1955, S. 225 ff.

sozialistisch. Wir sind eine Bewegung, die die Freiheit des Individuums voranstellt. Es gibt in unserer Mitte einige autoritär veranlagte Personen, die auf die ökonomischen Kontrollen versessen sind als ein Ziel an sich." Der Holländer Hofstra polemisiert gegen „das materialistische Kriterium“ der angenäherten Besitzgleichheit bei Lewis vom Standpunkt einer „geistigen Freiheit“ und der menschlichen Solidarität in der Gesellschaft her⁵⁾. Dem Schweden Wigforss ist die Gabe zu eigen, komplizierte Zusammenhänge einfach darstellen zu können: „Wenn eine klassenlose Gesellschaft die Abwesenheit großer und erblicher Ungleichheiten in ökonomischer Hinsicht bedeutet, findet sie keinen Platz im Wohlfahrtsstaat.“ Er meint, daß der Wohlfahrtsstaat ohne den demokratischen Gleichheitsgedanken gar nicht hätte entstehen können, und daß es dieser Gedanke sei, der es unmöglich mache, sich mit der Klassengesellschaft zufriedenzugeben, die auch im Wohlfahrtsstaat weiter bestehe. Der verstorbene Erik Nörling pflegte seinen Hörern zu sagen: „Es gibt keine Berufsklassen, es gibt nur Klassenberufe“. Dies meinte wohl auch Wigforss, als er seine jungen Parteifreunde auf die noch immer bestehenden Schranken der Freiheit in der Ausbildungs- und Berufswahl aufmerksam machte, deren Beseitigung ungeheure produktive Kräfte freimachen könnte.

Der Wunsch nach der Gleichheit der Startchancen für jedermann hat nichts zu tun mit dem Wunsch nach dem gleichen oder höheren Einkommen, nach dem gleichen oder größeren Besitz. Lewis sagt darüber: „Wir glauben nicht, daß alle Menschen denselben Charakter haben, oder daß alle Menschen dasselbe Einkommen haben müssen. Aber wir meinen wohl, daß alle Kinder gleiche Chancen haben müssen bei gleichen Anlagen; mit anderen Worten, wir streben nach einer Gesellschaft, in der kein Klassenunterschied mehr besteht. Wir glauben auch, daß große Unterschiede in Einkommen und Besitz verkehrt sind, und wir wünschen den Unterschied im Einkommen zu begrenzen auf ein Minimum, das notwendig ist, um Initiative, Kraftaufwand und Verantwortlichkeit anzuregen und zu belohnen⁶⁾.“

Den eigentlichen Kern des Sozialismus findet Hofstra jedoch im Gedanken der Solidarität. Die gewünschte Organisation der Gesellschaft ist nichts anderes als ein notwendiges Hilfsmittel, dieser menschlichen Solidarität besser entsprechen zu können. Der wirkliche Gegensatz zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Prinzip besteht für Hofstra in der Frage, ob jeder nur für sich selbst sorgen und den Letzten vom Teufel holen lassen soll, oder ob — bei Verantwortlichkeit des einzelnen für die Entwicklung seiner Individualität — die Solidarität als leitender Grundsatz anerkannt werde.

Sozialismus und Eigentum

Der Wohlfahrtsstaat ändert nichts an der im Kapitalismus institutionell bedingten Tatsache, daß der volkswirtschaftlich notwendige Zuwachs an Kapital sich immer wieder zugunsten der bisherigen Eigentümer des Kapitals vollzieht. Diese Sachlage ist durch hohe Löhne und Gehälter nicht zu ändern.

Es ist weiterhin eine Illusion, anzunehmen, daß ein echtes Sparen von Lohn und Gehalt, ein Verzicht auf Verbrauch, zur Überwindung der klassenbildenden

⁵⁾ H. J. Hofstra: „Eine niederländische Antwort“ in „Parasit“.

⁶⁾ Im Aktionsprogramm der SPD sind diese Gedanken im Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ unter der Rubrik „Einkommensverteilung“ auf S. 31 ausgesprochen: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt die mechanische Angleichung der Einkommen ab. Höhere Leistung soll durch höheres Einkommen anerkannt werden. Die heutige Verteilung des Volkseinkommens und des Volksvermögens ist jedoch nicht in erster Linie das Ergebnis von Fleiß und Tüchtigkeit, sondern sehr weitgehend ein Resultat blinder Zufälle, politischer Gewalt, massenhafter Vermögensvernichtung und ökonomischer Ausbeutung. Daher wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Verteilungspolitik treiben, die sich nach dem Grundsatz „Gleicher Start für alle“ die Beseitigung der Startverhältnisse im volkswirtschaftlichen Wettbewerb zum Ziel setzt... Die Forderung gleicher Startverhältnisse setzt voraus, daß den jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage die Ausbildung ermöglicht wird, für die sie nach Anlage und Leistung geeignet sind.“

Kapitalverhältnisse führen könne. Der Arbeitnehmer spart, falls er sein Einkommen nicht für den täglichen Bedarf auszugeben gezwungen ist, „zweckgebunden“ für den Erwerb mittel- und langfristiger Verbrauchsgüter; er kann in der Regel gar nicht zum Zwecke der Kapitalbildung und des Kapitalerwerbs sparen. Die Feststellung von Lewis, „in einer privaten Unternehmung wird im ökonomischen Sinne am meisten gespart von dem, was aus dem Gewinn kommt, und die meisten Investitionen geschehen nur dann, wenn der Anreiz des Gewinns vorhanden ist“, muß dahingehend ergänzt werden, daß Eigentum und Besitz der privaten Unternehmer oder der privaten Anteilseigner nicht nur aus deren Kapitaleinkommen, sondern zusätzlich aus den zum Zwecke der Investition vorgenommenen Abschreibungen, Rücklagen usw. vermehrt werden.

Das Wissen um diese Konsequenzen der politisch-juristischen Institution „Privateigentum an den Produktionsmitteln“ veranlaßte an Marx geschulte Sozialisten, sich gegen das Eigentum in seiner kapitalistischen Form zu wenden. Manche von ihnen begründeten so die Forderung nach einer „Vollsozialisierung der Produktionsmittel“ in Form der Verstaatlichung. Lewis sagt zu diesen Bestrebungen: „Unsere Vorfäter wünschten diese Maßnahmen aus drei Gründen: In erster Linie, um die ökonomische und politische Kraft des kapitalistischen Monopols zu brechen; in zweiter Linie, um den Reichtum, den dieses Monopol lieferte, zu verringern; und zum dritten, um die Freiheit der Arbeiter zu vergrößern.“

Die Erfahrung, daß die Verstaatlichung zu Bürokratisierung, Ineffektivität und zu einer Einschränkung der Freiheit führen kann, sagt an sich nichts gegen das berechnete Anliegen des Sozialismus, das klassenbildende monopolistische Eigentum an den Produktionsmitteln beseitigen zu wollen. Erforderlich ist nur, andere Mittel und Wege zur Bewältigung dieser Aufgabe ausfindig zu machen. Nicht die Abschaffung, sondern die Konstituierung des allgemeinen privaten Eigentums an den Produktionsmitteln ist — soweit es nicht in Gemeineigentum überführt werden muß —, nach wie vor eine Aufgabe des Sozialismus.

Syndikalisten und Gildesozialisten wollten das Eigentum an den Produktionsmitteln und Produktionsanlagen auf die Arbeiter übertragen, die jeweils mit den Produktionsmitteln und in den Produktionsanlagen arbeiten; es sollte als Gemeinschaftsbesitz verwaltet werden. Die Nachteile einer solchen Regelung liegen auf der Hand. Die Arbeiter wären an die jeweiligen Produktionsstätten gebunden, und große Teile der Bevölkerung blieben von diesem Eigentum ausgeschlossen. Wo man aber — wie in England, Frankreich und anderen Ländern — gewisse Produktionsmittel und Produktionsanlagen verstaatlichte, hat dies zu großen Enttäuschungen geführt. Die Arbeiter blieben in fremdbestimmter Arbeit, sie waren nach wie vor den Anweisungen der Unternehmens- und Arbeitsleitung unterworfen; sie blieben Lohnarbeiter. Wir haben erfahren müssen, daß auch in jenen Unternehmungen, die öffentliches Eigentum sind, die eigentliche Leitung autokratisch oder oligarchisch ist und daß nur die allgemeine Kontrolle — auch darin liegt grundsätzlich kein Unterschied zum kapitalistischen Unternehmen — mehr oder weniger demokratisch gestaltet werden konnte. Aus diesem Grunde sollte man Organe für eine gründliche und umfassende Kontrolle privater wie öffentlicher Unternehmensleitungen ausbilden, die immer und überall das übergeordnete allgemeine Interesse zu wahren haben.

Die Kernfrage bleibt jedoch die nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln. Das Verlangen nach Gleichheit bedeutet hier notwendigerweise individuelles Eigentum. Der Gedanke, das Eigentum den Arbeitern oder vielmehr unzähligen kleinen Arbeitergruppen zu übertragen, ist aufgegeben worden, weil große Unternehmen und Betriebe auf dieser Grundlage nicht arbeiten können. Der freiheitliche Sozialismus geht statt dessen von der Überlegung aus, daß die Produktivkräfte und Produktionsmittel nicht Instrumente privater Macht in den Händen einzelner oder gesellschaftlicher Gruppen sein dürfen, sondern daß sie

dem gesellschaftlichen Ganzen und dem Gemeinwohl zu dienen haben und in diesem Sinne vergesellschaftet werden müssen. Nichtsdestoweniger wird eine „Vollsozialisierung“ abgelehnt. Diese Ablehnung einer allgemeinen Verstaatlichung ergibt sich mit dem Hineinwachsen des Sozialismus in den demokratischen Staat. Dazu paßt weder eine Revolution gegen den Staat noch die Vorstellung von einer — sei es auch zeitlich begrenzten — „Diktatur des Proletariats“. Die parlamentarische Demokratie wird, solange sich alle Spieler an die Spielregeln halten, für das geeignete Mittel gehalten, die Aufgaben des Sozialismus zu propagieren, zu bewältigen. Die Demokratie hat dabei den Vorzug, daß die schrittweise Lösung der gestellten Aufgaben „jetzt und hier“ begonnen werden kann.

Die freiheitlichen Sozialisten treten somit für eine gemischte Wirtschaftsordnung ein. Die Anerkennung eines Wirtschaftsbereiches des privaten Eigentums bedingt dabei nicht den Verzicht auf die Sozialisierung. Art und Ausmaß einer Sozialisierung sind jedoch Fragen der allgemeinen wirtschafts-, beschäftigungs-, produktions- und versorgungspolitischen Erwägung und Planung⁷⁾. Für den Bereich des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln wird in der allmählichen Streuung auf alle Bevölkerungsschichten ein Weg gesehen, auf dem der kapitalistische Charakter dieses Eigentums verändert und schließlich beseitigt werden kann⁸⁾. Diese Politik der breiten Verteilung privaten Eigentums an den Produktionsmitteln soll auf die Bildung neuen Eigentums, auf den Kapitalzuwachs gerichtet sein. Will man die Marktwirtschaft und das Privateigentum erhalten, letzteres aber durch breite Streuung „sozialisieren“, dann wird man auf Mittel und Wege sinnen müssen, die das Neukapital als Wertzuwachs der Betriebe und Unternehmen gesondert erfassen, denn diese neue Politik der Sozialisierung muß mit einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Wertzuwachs der Betriebe und Unternehmungen beginnen. Wahrscheinlich wird man hier zunächst bei einigen zukunftsträchtigen und marktbegünstigten Industrien ansetzen müssen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist — wie bei allen Neuerungen in Wirtschaft und Gesellschaft — mit einer dynamischen Expansion zu rechnen, die endlich alle Arbeitnehmer und Staatsbürger einbeziehen wird. Warum sollten die neue Verteilung des Eigentums, der höhere Wohlstand und die gesteigerte Sicherheit, die größere persönliche Freiheit und nicht zuletzt das wachsende Selbst- und Verantwortungsgefühl von Millionen neuer Eigentümer nicht ebenso neue Tendenzen und Formen der volkswirtschaftlichen Rationalisierung mit sich bringen, wie dies zu anderen Zeiten der Fall war? Auch der Kapitalismus wäre schließlich ohne „Revolutionen“ solcher Art nicht entstanden.

Die vorläufige Begrenzung der neuen Politik der Eigentumsverteilung auf gewisse Industrie- und Wirtschaftszweige und Arbeitnehmergruppen könnte es mit sich bringen, daß dieser Ansatz auf marktbegünstigte Unternehmen und Branchen beschränkt bleibt, zumal die Neuverteilung der zuwachsenden Werte wegen ihrer vorläufigen Beschränkung nur auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen erfolgen dürfte. Das wäre ein Hindernis für eine sozialistische Entwicklung, und dieser Gefahr kann nur begegnet werden durch eine wirksame

⁷⁾ Das Aktionsprogramm der SPD sagt dazu: „Eine dem volkswirtschaftlichen Bedarf entsprechende Versorgung mit Roh- und Grundstoffen, insbesondere mit Kohle, Eisen, Stahl und Energie, ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Diese Versorgung ist nur durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum zu sichern. Allein dadurch werden eine volkswirtschaftlich stumvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen ermöglicht.“ — In ähnlicher Weise begründet das Programm der schwedischen Sozialdemokratie eventuelle Überführungen in Gemeineigentum, die nur in dem Maße vorgenommen werden dürfen, in dem sie für eine planmäßig gestaltete und geführte Volkswirtschaft erforderlich sind.

⁸⁾ Im Aktionsprogramm der SPD wird unter dem Titel „Privateigentum und Gemeineigentum“ gesagt: „Die Sozialdemokratie wird das kleinere und mittlere Privateigentum fördern; diese Eigentumspolitik ermöglicht die wirtschaftliche Existenz einer breiten Schicht von selbständig Schaffenden. Zugleich wird die Sozialdemokratie eine aktive Eigentumspolitik zugunsten der wirtschaftlich Unselbständigen einleiten.“ — Diese Sätze sind als eine Art Obersatz fett gedruckt, erst dann folgt die Aussage über das Gemeineigentum.

Antimonopolgesetzgebung und -politik, die einen möglichst freien Wettbewerb zu sichern hat. Möglicherweise ist dem Problem auch von der Steuerseite her beizukommen. Auch die Freizügigkeit des Arbeitnehmers muß nicht nur seiner individuellen Freiheit wegen gewahrt bleiben, sondern auch im Interesse des Wettbewerbs um die Arbeitskraft, denn es soll ein persönliches und privates Eigentum, nicht ein Lehensbesitz oder ein neues Hörigenverhältnis industrieller Prägung erreicht werden.

Die neue Eigentumbildung darf keinesfalls die volkswirtschaftlich notwendige Investitionsquote gefährden. Ihr Sinn ist nicht die Umwandlung solchen Eigentums in Verbrauch. Dennoch müssen die neuen Eigentümer frei über ihr Eigentum verfügen und ihre Wertpapiere veräußern können, wobei zweckmäßigerweise — um des sozialistischen Prinzips willen — die Abwanderung des neuen Kapitaleigentums in die Hände der bisher eigentumsmäßig privilegierten Schichten verhindert werden sollte. Es ist zu erwägen, das neue breitgestreute Eigentum in Anteilen durch Investmentinstitute verwalten zu lassen, die ihrerseits dafür eigene Anteilspapiere ausgeben. Die Zwischenschaltung von Investmentbanken würde allen Arbeitnehmern den Weg zur Eigentumbeteiligung ebnen. Die Investmentgesellschaften hätten durch die Ausgabe eigener Papiere nicht nur einen Risikoausgleich herbeizuführen, sie müßten auch die Anonymität der ursprünglichen Anteilspapiere gegenüber dem Arbeitnehmer-eigentümer wahren, damit ihm die Unbefangenheit gegenüber Betrieb und Unternehmen erhalten bleibt, in dem er sein Eigentum bildet und seinen Lohn empfängt.

Der Sozialismus und die Mittelschichten

Die Bestrebungen des modernen Sozialismus, ein breitgestreutes Arbeitnehmer-eigentum an den Produktionsmitteln und -anlagen zu schaffen, werden — zusammen mit einer Politik des Ausgleichs der Lohn- und Gehaltseinkommen — den Begriff „unselbständiger Mittelstand“ gegenstandslos werden lassen. Soziologisch und sozial gesehen macht es keinen Unterschied, ob ein Arbeitnehmer-einkommen wöchentlich als Lohn oder monatlich als Gehalt gezahlt wird. Soziologisch ist es ebenso belanglos, ob das Lohn- und Gehaltseinkommen etwas höher oder niedriger ist. Auch Unterschiede in den Verbrauchsgewohnheiten von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die zumeist aus der Unterschiedlichkeit der Arbeitsleistung in physischer, örtlicher und technisch-organisatorischer Hinsicht herrühren, bedingen keine Klassen- oder Standesunterschiede. Tatsächlich gibt es keinen „unselbständigen Mittelstand“. Die „unselbständigen Mittelschichten“ sind lediglich eine „Realität“ gruppenpsychologischer oder ideologischer Art. Gleichgeartetes, wenn auch nicht gleiches Eigentum wird auch in dieser Hinsicht ausgleichend wirken.

Dem Sozialismus wird von seinen Gegnern immer noch angekreidet, daß Marx und die „Marxisten“ den Untergang des Mittelstandes im Kapitalismus vorausgesagt haben. Dabei wird eine aus ökonomischen und gesellschaftlichen Tendenzen gewonnene Hypothese als Ziel und Vernichtungswilla ausgelegt. Leider gibt es Sozialisten, die diesen Vorwurf der „Mittelstandsfeindlichkeit“ ungewollt unterstützen. So meint Cole, der doch hier einer exakteren Analyse fähig sein sollte, daß selbst „treue Marxisten“ die Tatsache akzeptieren müssen — „und sei es nur in der Absicht, sie wegzudeuten“ —, daß „die Zwischenschichten, die zwischen der reichen Bourgeoisie und dem verarmten Proletariat stehen, mit der Entfaltung des Kapitalismus sehr angewachsen sind, sowohl was ihre absolute als auch was ihre relative Zahl betrifft“. Marx habe irrigerweise angenommen, daß diese „Schicht zwischen der kapitalistischen Bourgeoisie und dem Proletariat verschwinden würde, weil er glaubte, sie würde durch die weitere Konzen-

tration des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln ins Proletariat hinabgeschleudert werden⁹⁾.

Wie man gerade aus der Darstellung von Cole entnehmen kann, werden aus dem von Marx dem Untergang „zugesprochen“ Mittelstand bei Cole und anderen Kritikern „Zwischenschichten“, die weder zur Bourgeoisie noch zum Proletariat gehören. Selbstverständlich gibt es solche Zwischenschichten — es hat sie immer und überall gegeben, und Marx selbst schrieb gelegentlich von neu aufkommenden Mittelschichten, die im wesentlichen von der „Revenue“ abhängig sind, nämlich vom Einkommen und nicht von Eigentum und Besitz —, aber diese Mittelschichten sind mit dem tatsächlich untergegangenen und untergehenden Mittelstand nicht identisch¹⁰⁾.

Der Mittelstand, in erster Linie die Handwerker, war in der ausgehenden Ständegesellschaft Teil des Dritten Standes. Er wurde zum „Mittelstand“ erst in der Terminologie des 19. Jahrhunderts, und es ist deutlich, daß der Begriff „Mittelstand“ eine „Mittelklasse“ meint, eben zwischen Kapitalisten und Grundeigentümern einerseits und dem Proletariat andererseits stehend. Der als „Mittelstand“ begriffene ehemalige Dritte Stand hatte, soweit er Handwerk war, in der gesellschaftlichen Produktion die Aufgaben zu erfüllen, die später teils vom Verlagsgewerbe (gewissermaßen eine „Vertriebsorganisation einer Anzahl selbständiger Handwerker“), teils von der Manufaktur (Zusammenfassung selbständiger Handwerker unter einem Dach) übernommen wurden und die heute von der Industrie geleistet werden. Was Marx mit der These vom „Untergang“ dieser Schichten bezeichnen wollte, war doch lediglich der auf die kürzeste Formel gebrachte, sich über Jahrhunderte erstreckende Umwandlungsprozeß in der gesellschaftlichen Produktion. Dieser Umwandlungsprozeß ist — was die Problematik unserer Zeit leider nicht vereinfacht — auch heute noch nicht ganz beendet¹¹⁾. Die im Verteilungs- und Dienstleistungsapparat der modernen Wirtschaft tätigen neuen Mittelschichten unterscheiden sich einkommensmäßig meist kaum von besserbezahlten Arbeitern und Angestellten, ein beträchtlicher Teil liegt einkommensmäßig unter gutbezahlten Arbeitern und Angestellten. Soweit sie Eigentum haben bilden können, ist es in der Regel nicht „Eigentum an den Produktionsmitteln“, mit denen sie arbeiten. Sie sind wohl Unternehmer, aber vielfach abhängige Unternehmer. Sie sind nicht „Mittelstand“ — schon aus dem Grunde nicht, weil unsere moderne dynamische Wirtschaft keine statischen Stände duldet, und auch deshalb nicht, weil der demokratische Staat keine politischen Stände, also Gruppenrechte, zulassen kann; sie sind auch keine „Bourgeoisie“.

⁹⁾ G. H. D. Cole, a. a. O., S. 228.

¹⁰⁾ Karl Marx: „Theorien über den Mehrwert“, herausgegeben von Karl Kautsky, drittes Buch der zweiten, bei Dietz Nachf., Stuttgart 1910, erschienenen Auflage, S. 368: „Was er (Ricardo) vergißt hervorzuheben, ist die beständige Vermehrung der zwischen Arbeitern auf der einen Seite, Kapitalisten und Grundeigentümern auf der anderen Seite, in der Mitte stehenden, großenteils von der Revenue direkt erhaltenen Mittelklassen . . .“.

¹¹⁾ Der „Industriekurier“ schrieb am 30. Januar 1954: „Die Zahl der Handwerksbetriebe im Bundesgebiet ist seit der Währungsreform ständig zurückgegangen; anscheinend kommt in der sinkenden Betriebszahl ein Umbildungsprozeß zum Ausdruck, den das Handwerk zugunsten einer höheren Beschäftigungsdichte und eines steigenden Umsatzes durchläuft. Auffallend und kritisch ist der wirtschaftliche Rückgang mehrerer Handwerkszweige, der durch strukturelle Verschiebungen der Wirtschaft bedingt ist. Bei Schmieden, Stellmachern, Sattlern und Messerschmieden ist dieser Rückgang in den letzten Jahren besonders deutlich in Erscheinung getreten. Aber auch die Herren- und Damenschneider haben durch das immer stärkere Aufkommen der Konfektionskleidung vor allem in den Großstädten schwer zu kämpfen. Auch das Schuhmacherhandwerk hatte vielerorts einen Umsatzrückgang zu verzeichnen, da handwerklich gefertigte Maßschuhe kaum noch verlangt werden und ferner die heute bevorzugten Gummisohlen einen geringeren Verschleiß und weit weniger Reparaturen erfordern“.

Hervorhebungen im Zitat vom Verfasser. Die „strukturellen Verschiebungen in der Wirtschaft“ sind die Folge, nicht die Ursache. Die Ursachen sind: Rationalisierung der gesellschaftlichen Produktion, neue Werkstoffe (siehe Gummisohle), neue Verbrauchsgewohnheiten. Viele Menschen lassen heute weder Kleidung noch Schuhe reparieren. Wer weiß noch, was „verschauen“ heißt?

Es ist nur folgerichtig, wenn der freiheitliche Sozialismus sich im Namen der Freiheit und der Gleichheit an diese Schichten wendet; sie sind ökonomisch ebensowenig frei und gleich — im Sinne des freien und gleichen Starts — wie die Arbeitnehmer.

Sozialismus und Wirtschaftsplanung

Die Tatsachen beweisen, daß der Grundsatz von „Freiheit und Gleichheit für alle“ mit dem Leitsatz des „laissez-faire, laissez aller“ nicht verwirklicht werden kann. Er ist kein ordnender, sondern ein desorganisierender Leitsatz. Die Freiheit der Wenigen führt zur Unfreiheit der Vielen, und mit der Gleichheit steht es ebenso. Die diesem liberalen Bekenntnis zugehörige Vorstellung vom vollkommenen Wettbewerb ist mit der statischen Annahme einer Unzahl kleiner wirtschaftender Einheiten, die am freien Markt auftreten, verbunden. In der dynamischen Wirklichkeit der Wirtschaft kommt es aber auf verschiedene Weise zu Zusammenschlüssen zu größeren Einheiten. Dadurch wird der Markt „organisiert“ und die Gesellschaft, wie Myrdal bemerkt, desorganisiert.

Wenn der Sozialismus für die Realisierung des Grundsatzes „Freiheit und Gleichheit für alle“ eintritt, dann müssen diese Ordnungsprinzipien zunächst und vor allem im wirtschaftlichen Bereich angewandt werden. Ordnetes Denken ist planendes Denken. In diesem Sinne ist die Formulierung „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“ zu verstehen¹²⁾.

Die Idee der sozialistischen Wirtschaftsplanung ist vorbelastet. Was wir an Planung und Lenkung in Produktion und Verteilung seitens des Staates bisher erlebt haben, entstammt weder dem Wirtschaftsdenken von Marx noch dem der utopischen Sozialisten. Die mit der liberalen, kapitalistischen Wirtschaft verbundenen Krisen, die Interessen und die allgemeinen Aufgaben des Staates, insbesondere aber die großen Kriege im zwanzigsten Jahrhundert, haben praktische Aufgaben gestellt, die zu punktuellen Eingriffen in den Wirtschaftsablauf zwangen. Was in unserem Erfahrungsbereich bisher an Planung zu beobachten war, so meint Myrdal wohl mit Recht, wurde nicht von Ideen, Theorien oder politischen Programmen bewirkt¹³⁾. Die Gegner der wirklichen Wirtschaftsplanung in Publizistik, Politik und Verwaltung, in Theorie und Praxis, sind immer zahlreicher gewesen als deren Freunde. Die staatlichen Eingriffe sind der Planung vorausgegangen, und Myrdal nennt es eine „Ironie der Geschichte“, daß die staatliche Planung oft die „liberale Alternative“ zu der Unordnung war, die durch notwendige, aber nicht zugeordnete Staatseingriffe verursacht wurde.

Die Wirtschaftsplanung des freiheitlichen Sozialismus ist demgegenüber, da sie der Freiheit und Gleichheit der Menschen dienen soll, eine lockere und elastische Rahmenplanung ohne intensive und minutiöse Kontrolle ihrer dezentralisierten Durchführung. Diese dezentralisierte Durchführung gestaltet sich, soweit und wo immer möglich, nach den Regeln des Wettbewerbs. Die Kontrollen — insbesondere „physical controls“, Zuteilungen — sind grundsätzlich antisozialistisch¹⁴⁾.

Erst der bewußt angestrebte Ausgleich in Eigentum und Verteilung unterscheidet allerdings andererseits die sozialistische Wirtschaftsplanung von anderen Planungen. Von den Postulaten der Freiheit und Gleichheit her werden auch die Auswahl und die Anwendung der einzelnen „Werkzeuge“ des wirtschaftspolitischen Instrumentariums beeinflußt. W. Arthur Lewis berichtet¹⁵⁾, daß die

¹²⁾ Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 26. Alles wirtschaftliche Planungsdenken geht übrigens von der liberalen Wertmetaphysik, der unbeabsichtigten Erreichung eines allgemeinen Zweckes, auf den die vielen individuellen Absichten und Tätigkeiten durch die „Unsichtbare Hand“ des Preismechanismus am Markt hingelenkt werden, aus.

¹³⁾ Vgl. Gunnar Myrdal: „Utvecklingen till Planhushållning“ (Die Entwicklung zur Planwirtschaft) in: „Tiden“ (Die Zeit) Nr. 2/3, 1951 (Stockholm).

¹⁴⁾ Vgl. W. A. Lewis, a. a. O., S. 280.

¹⁵⁾ W. Arthur Lewis, a. a. O., S. 278 ff.

Labour Party im Rahmen der parlamentarischen Demokratie ihre Politik hauptsächlich auf drei Komplexe von Maßnahmen abgestellt hatte, um die gesellschaftlichen Zustände zu verbessern; die Budgetpolitik (Finanz und Steuer), die wirtschaftliche Kontrolle und das öffentliche Eigentum. Es sei jetzt aber die Zeit gekommen, diese Maßnahmen auf ihre weitere Brauchbarkeit hin zu überprüfen. Die Budgetpolitik sei zur Belastung des Reichtums zugunsten der Armut angewandt worden. Man habe es für notwendig erachtet, die größten Einkommen empfindlich zu belasten und dabei die Steuerprogression so weit getrieben, daß die Grenzen der Wirksamkeit dieser Politik jetzt erkennbar seien. Nach Abzug der hohen Steuern sei das Einkommen der Reichen verhältnismäßig gering geworden, und es stehe zu befürchten, daß dadurch der Anreiz zur Übernahme von Risiken verloren gehe. In einer Gesellschaft mit relativ geringen und annehmbaren Einkommensunterschieden solle man sich statt dessen mit indirekten Steuern begnügen. Die Ursachen großer Einkommensunterschiede seien in der großen Ungleichheit von Startchancen und Eigentum zu finden.

Wie die sozialistische Planung den Zwecken einer sozialistischen Verteilung dienen soll, so wird die sozialistische Verteilung zu einem Teil und zugleich zum Mittel der sozialistischen Planung. Die sozialistische Verteilung ist nicht zuletzt ein Instrument für die bewußt erstrebte Erhöhung der Produktivität. Erst die gleichen Startverhältnisse ermöglichen eine richtige Auslese der Kräfte und eine gerechte Bewertung der Leistungen sowie einen wirklichen Leistungswettbewerb. Wenn man es aber dem Staat nicht allein überlassen will, die soziale Ungleichheit in den Startverhältnissen zu beseitigen, dann ist auch eine gerechte Einkommensverteilung nach dem Leistungsprinzip nicht möglich ohne die Förderung der Eigentumbildung bei den bisher Vermögenslosen¹⁶⁾.

Der Sozialismus ist somit keine irdische Heilslehre, sondern eine praktische Aufgabe. Die Sozialisten können und müssen veraltete Mittel durch neue ersetzen, wenn sie dabei den genannten Prinzipien treu bleiben¹⁷⁾. Um anwendbare Mittel und gangbare Wege zur Verwirklichung dieser Prinzipien zu finden, bedarf es einer ständigen freien Diskussion und Übereinstimmung. Es ist begreiflich, daß manche Sozialisten, die mit den hergebrachten Vorstellungen aufgewachsen sind, angesichts der neuen Umstände unsicher werden. Man kann die junge Generation aber nicht mit alten Formeln für den Sozialismus gewinnen; das ist nur möglich, wenn man neue Formeln für die alten Ziele findet¹⁸⁾. Die sozialistische Politik — insbesondere die Wirtschafts- und Sozialpolitik — muß auf die Probleme der Gegenwart und auf eine bessere Zukunft gerichtet sein, nicht auf Vergangenes.

¹⁶⁾ „Aktionsprogramm der SPD“, S. 21.

¹⁷⁾ Vgl. auch die Rede von Hugh Gaitskell auf der Jahreskonferenz der Labour Party zu Margate am 12. Oktober 1955.

¹⁸⁾ Vgl. Pierre Bonell „Pensées nos principes“ in: „La Revue Socialiste“, Nr. 90, Octobre 1955, S. 297 ff., Paris 1955.

Was heißt einer Situation gewachsen sein? Man muß sich zuerst auf ihre Ebene begeben und sich mit ihr einlassen, sonst begegnet man ihr nicht einmal, sondern geht an ihr vorbei. Aber man muß etwas gegen sie einzusetzen und geltend zu machen haben, was sie nicht ist und hat... Sonst geht man in ihr auf und befindet sich einfach in ihr.

(Entnommen aus: Hans Freyer „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“, Stuttgart 1955.)

Wolfgang Abendroth

WARUM PARTEIPROGRAMM?

Eine politische Partei, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung steht, die bestehenden wirtschaftlichen Machtverhältnisse grundsätzlich akzeptiert und die politische Ordnung, die sich in der Verfassung ihres Staates niedergeschlagen hat, in ihren Grundzügen anerkennt, bedarf keines Parteiprogrammes. Operiert sie auf dem Boden eines demokratisch organisierten Staates, dessen politische Entscheidungen durch Wahlkämpfe vorbereitet werden sollen, so wird sie gleichwohl genötigt sein, jeweils eine Wahlplattform zu entwickeln, um die Wählermassen zur Unterstützung zu gewinnen. Die Wahlplattform, die sie im Wahlkampf präsentiert, braucht sich aber nicht in ein Gesamtbild einzuordnen; denn die Partei will das bestehende System nicht verändern. Sie will sich vielmehr nur darauf beschränken, innerhalb dieses bestehenden Systems von Fall zu Fall Modifikationen durchzuführen, die ihr opportum erscheinen.

Die Lage der „Plattformpartei“

Politische Parteien, die sich in dieser Weise gegenüber der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung konservativ verhalten, sind daher unschwer daran zu erkennen, daß sie praktisch als bloße Plattformparteien in Erscheinung treten. Dies bedeutet nicht, daß sie nicht gleichzeitig versuchen könnten, sich durch ideologische Verbrämung der Öffentlichkeit gegenüber ein anderes Gepräge zu verleihen. Nur wenige politische Parteien sind — besonders im Raume der Bundesrepublik Deutschland — ihrem Inhalt nach wirklich Massenparteien, die ihre Existenz auf die kollektive Mitarbeit breiter Teile der Wählerschaft aufbauen. Die meisten politischen Parteien sind vielmehr ein Konglomerat aus Berufspolitikern, die im Wahlkampf Mandate erringen wollen, und Bürokratien, die für diese Berufspolitiker die ständige Verbindung zu jenen Sozialschichten herstellen, die ihren Wahlkampf finanzieren und gleichzeitig die Bearbeitung der Wähler zugunsten der Partei übernehmen. Für derartige Gebilde geht es im Wahlkampf nicht notwendig darum, die wirklichen Ziele der Partei und ihrer Fraktion im Parlament während der kommenden Legislaturperiode zu enthüllen, sondern vor allem darum, Wahlslogans zu finden, die im Augenblick Popularität versprechen. In diesen Fällen ist die wirkliche Plattform, die die Partei einigt, lediglich der Wille der Partei zur Beteiligung an der politischen Macht, koordiniert mit der Notwendigkeit, sich über die beabsichtigten Formen der Machtausübung mit den

Sozialgruppen zu verständigen, die ihr im Kampf um die Wähler die finanzielle Grundlage bieten. Wirkliche Plattform und Wahlplattform müssen in diesen Fällen auseinanderfallen: für die edle Absicht, bestimmten Politikantengruppen zur Beteiligung an der nächsten Koalitionsregierung zu verhelfen und dabei gleichzeitig deren Kompromiß mit den Trägern der ökonomischen Macht zu honorieren, wird sich die Majorität der Wählerschaft unmöglich gewinnen lassen. Die Wahlplattform muß also in diesen Fällen möglichst inhaltsleer sein, um zu vermeiden, daß allzu deutlich ein klarer Widerspruch zwischen dem generell imperativen Mandat, das die Wählerschaft in der Wahl nach der Verfassung erteilen soll und auch erteilen will, und dem praktischen Handeln der Mandatäre zutage tritt, das sich nach dem Wahlakt ergeben wird. Die Wahlplattform derartiger Parteien wird also möglichst darauf verzichten, konkrete, inhaltlich faßbare politische Maßnahmen anzukündigen und versuchen, dem Schein nach „grundsätzliche“ und ideologische Probleme anzuschneiden. Sie wird stets der Versuchung erliegen, in der Wählerschaft populäre Vorstellungsweisen anzusprechen, die zur konkreten politischen Entscheidung möglichst geringe Beziehungen enthalten, weil sich unter Anrufung der angesprochenen Ideologie eine unendliche Variationsbreite politischer Möglichkeiten ergibt. Politikantengruppen, die in dieser Weise vorgehen wollen, werden ihren Zusammenschluß daher am besten dadurch verhüllen, daß sie als Weltanschauungspartei auftreten. Sie sind dann sowohl der Notwendigkeit enthoben, ein Parteiprogramm zu formulieren, das Ziele und strategische Wege zur Änderung der bestehenden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Machtverhältnisse zum Inhalt hat, als auch von der Pflicht enthoben, ein inhaltlich konkretes Wahlprogramm zu bieten, das über punktuelle Stellungnahmen zu Einzelfragen irgendwelcher Art hinausgeht. Verhalten sich die großen politischen Parteien eines Landes längere Zeit hindurch in dieser Weise, so wird der demokratische Gehalt des politischen Systems seinem Zweck entfremdet, dem Volke wirkliche Teilhabe an der Gestaltung des politischen Lebens zu gewährleisten. Unvermeidlich wird dann gleichzeitig das Volk der demokratischen Verfassung entfremdet und in der nächsten sozialen Krise das potentielle Opfer totalitärer Gruppen, die ihm glaubhaft machen können, daß die formale Demokratie es inhaltlich von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen habe.

Weltanschauungen und politische Interessen

In Deutschland sind die großen bürgerlichen politischen Parteien unvermeidlich als Weltanschauungsparteien entstanden, weil sie im Gefüge des Obrigkeitsstaates nicht das unmittelbare Ziel der Beteiligung an der politischen Macht haben konnten. Dabei war für sie der Weltanschauungscharakter so lange keineswegs nur ein Verhüllungsmittel, wie sie auf dem Boden eines nicht demokratisch geführten Staates operierten. Die katholische Partei war objektiv notwendig, so lange der Katholizismus noch um seine Gleichberechtigung ringen mußte. Bis zum Sieg der Demokratie vermochte hier also die religiöse Bindung konkrete politische Zielsetzungen zu umschreiben. Mindestens bis zu jenem Kompromiß, das um die Wende der Jahre 1878 und 1879 den Übergang zur Schutzzollpolitik einleitete, war auch die zur Weltanschauung erhobene Ideologie der liberalen Parteien wirkliches Ferment möglicher aktuell-politischer Stellungnahmen. So boten diese Weltanschauungsparteien während langer Jahrzehnte zwar keineswegs die Möglichkeit, von ihnen aus den aktiven Kampf für die Umwandlung des Obrigkeitsstaates in eine Demokratie zu führen, aber doch die Chance, auch auf ihrem Boden zu demokratischer Entwicklung vorzubereiten. Der Widerspruch zwischen der Funktion der „Weltanschauung“ als Verhüllungsmittel und Instrument der Entfremdung gegenüber einer demokratischen Verfassung und der heute durch Art. 21 GG gebotenen Notwendigkeit, umfassende und konkreten

Inhalt bietende Plattformen zu entwickeln, hat sich in dieser Form in der deutschen Parteigeschichte erst in der Periode der Weimarer Demokratie entwickeln können. Es wird Aufgabe sozialistischer politischer Wissenschaftler sein, diesen Prozeß im Zusammenhang darzustellen und dabei deutlich zu machen, inwiefern sich dieser Prozeß heute in den einzelnen politischen Parteien des gegenwärtigen Parteiensystems voll durchgespielt hat, inwiefern andererseits noch echte Antriebe aus der vorigen Periode der deutschen Parteienentwicklung weiterwirken, die auch in den bestehenden bürgerlichen Parteien Ansatzpunkte wirklich demokratischer Entwicklung bieten. Grundsätzlich kann sich durch eine — gewiß unbedingt notwendige — politisch-soziologische Untersuchung geschichtlichen Charakters aber nichts an der Fragestellung ändern, auf die hier hingewiesen wurde. Politische Parteien also, die sich sozial konservativ verhalten, werden nur dann als auf dem Boden der formalen bürgerlichen Demokratie operierend anerkannt werden können, wenn sie konkrete politische Plattformen entwickeln wollen. Sie werden umgekehrt stets in Verdacht stehen, den Boden der politischen Demokratie inhaltlich zu gefährden und die Demokratie ihren Zwecken zu entfremden, wenn sie dem Erfordernis klarer Wahlprogrammatik plattformartigen Charakters durch ideologische oder weltanschauliche Formulierungen auszuweichen trachten, die sie konkret zu keinem eindeutigen politischen Verhalten verpflichten können.

Zum Bundestagswahlkampf 1953 ist nur die Sozialdemokratische Partei mit einem umfassenden Wahlprogramm angetreten, das als allseitige politische Plattform im Falle der Regierungübernahme angesprochen werden konnte. Das Dortmunder Aktionsprogramm — dessen Inhalt im einzelnen unzulänglich sein mag und dessen Vorbereitung allzusehr lediglich den Spitzengremien anvertraut war — hat mindestens erkennbar gemacht, daß im bestehenden westdeutschen Parteigefüge die Wahrung demokratischer Legitimität und der echten Funktion der politischen Parteien fast ausschließlich zur Sache derjenigen politischen Partei wurde, deren Zielsetzung über die bürgerliche Demokratie hinausweist. So zeigt gerade dieser politische Zusammenhang, daß die Erhaltung der politischen Demokratie, ihre Verteidigung gegen die akute Gefahr ihrer Umwandlung in einen autoritären Staat, der von konkurrierenden Gruppen hintergründiger Interessen dirigiert wird, zu einer der zentralen Aufgaben der politischen Partei jener Sozialgruppen geworden ist, die inhaltlich die formale Demokratie über sich hinausführen und ihre Umwandlung in eine soziale Demokratie betreiben müssen.

Der geistige Richtpunkt fehlt

Schon diese Lage macht die Labilität der Situation der formalen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland völlig deutlich. Zwar ist, solange die gegenwärtige gute wirtschaftliche Konjunktur dieser strukturell labilen Lage den Schein der Stabilität verleiht, für den oberflächlichen Beobachter der Situation noch nicht ohne weitere Überlegung erkennbar, daß es keineswegs zur Verteidigung auch nur der formal-demokratischen Elemente der sozialen und politischen Situation ausreicht, wenn sich die Sozialdemokratische Partei damit begnügt, auf dem Boden dieser Situation von Tag zu Tag Aktionsprogramme zu formulieren. Im gleichen Augenblick aber, in dem durch eine ökonomische, soziale oder politische Krise das äußere Bild des ungestörten Funktionierens des Gesamtsystems gestört wird, würden sich die enttäuschten Massen — vor allen Dingen die im kleinbürgerlichen Bewußtsein verhärteten Mittelschichten, aber auch große Teile der proletarischen Wähler der Sozialdemokratie — erneut von der formalen Demokratie abwenden, wenn ihnen die Sozialdemokratische Partei nicht rechtzeitig die Konsequenzen der Situation gezeigt hätte. So lange die gegenwärtige Konjunktur anhält, genügt also dem äußeren Anschein nach das Festhalten der Sozialdemokratie an der bloßen Funktion einer demokratischen politischen Partei innerhalb der bestehenden Gesellschaft, um

die Gleichgewichtslage der formalen Demokratie aufrecht zu erhalten, obwohl deren bloße Form inhaltlich — solange die Sozialdemokratie nur Oppositionspartei ist — schon mindestens teilweise der Verhüllung der Beherrschung des Staates durch konkurrierende Politikantengruppen im Interesse von Teilen der wirtschaftlich führenden Klassen dient. Im Augenblick einer schweren Erschütterung würden aber nicht nur die Wählergruppen, die hinter den heute den Staat beherrschenden bürgerlichen Parteien stehen, in noch schnellerem Maße zu totalitären Parteien überwechseln, als sie es in der großen Krise nach 1929 getan haben. Auch die Wählermassen, die gegenwärtig der Sozialdemokratie folgen, könnten sich als wesentlich weniger widerstandsfähig erweisen, als sie es bis zum Siege des Dritten Reiches getan haben. Denn damals war die Sozialdemokratie und war deren Konkurrenzpartei in der Arbeiterbewegung immer noch durch ein Denken gebunden, das mit derartigen Krisen und Erschütterungen rechnete. Die proletarischen Wähler waren also darauf vorbereitet, daß eine Grenzsituation kommen könne, in der sich die Unzulänglichkeit einer formal demokratischen Organisation des Staates innerhalb der Schranken einer kapitalistischen Gesellschaft zeigen werde. Für diesen Fall besaßen sie im Ziel der sozialistischen Gesellschaft einen geistigen Richtpunkt, der sie gegen totalitäre Bestrebungen immun machte. Heute ist diese Substanz zum Teil verbraucht.

Wenn man die gegenwärtige Situation daher nicht lediglich unter Tagesgesichtspunkten, sondern unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung für einen längeren Geschichtsabschnitt analysiert, so tritt hervor, daß die Beschränkung der Sozialdemokratie darauf, jeweils durch ein Aktionsprogramm den Wählern eine umfassende Programmatik im Wahlkampf zur Entscheidung zu stellen (die inhaltlich notwendig gleichzeitig die Beschränkung darauf wäre, lediglich innerhalb der bestehenden Gesellschaft zu operieren), ihr die Erfüllung ihrer konservierenden Funktion gegenüber den Grundsätzen der formalen bürgerlichen Demokratie unmöglich machen müßte. In Phasen relativer Stabilisierung des ökonomischen, sozialen und politischen Gefüges scheint diese bisherige Politik der Sozialdemokratie nach 1945 zwar ausreichend zu sein. Da aber derartige Phasen relativer Stabilisierung nicht ewig währen, müßte die Sozialdemokratie in Situationen der gesellschaftlichen Krise zum Spielball der totalitären Kräfte werden, wenn sie den Massen nicht mehr zu sagen wüßte.

Ein Grundsatzprogramm ist notwendig

Diese Überlegung hat noch eine andere Seite: Die Entwicklung der Bundesrepublik nach 1949 hat deutlich gemacht, daß die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer nachfaschistischen Phase zu rascher Veränderung der Situation in Richtung auf obrigkeitstaatliche Formen und auf einen immer stärker unsozialen Inhalt treiben (auch so lange relative Stabilität zu herrschen scheint), so weit nicht im Einzelfalle die Opposition der Arbeiterklasse diesen Prozeß aufzuhalten in der Lage ist. Die jeweilige Wahlplattform, das jeweilige Aktionsprogramm der sozialistischen Partei muß sich unvermeidlich dieser Veränderung der Situation anpassen, weil ja die Aktionen, deren Verwirklichung die Partei der Wählerschaft verspricht, notwendig von der jeweiligen tatsächlichen Grundlage des politischen Geschehens auszugehen haben. Das Aktionsprogramm muß und soll mit den jeweils vorhandenen gesellschaftlichen und politischen Fakten rechnen. Nur von hier aus gesehen ist es als Richtschnur unmittelbaren, dem Tag angepaßten politischen und sozialen Handelns fruchtbar. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß bei der Vorbereitung des jeweiligen Aktionsprogrammes der Partei die Experten für die einzelnen Teilgebiete des sozialen und politischen Prozesses in der Partei das erste Wort haben. Diese Experten werden aber immer dazu neigen, im Schein der äußeren Faktizität zu verbleiben, weil sie sich in diesen Fakten täglich zu bewegen haben. Aus dieser Lage entsteht auch jene

Schwierigkeit, die sich bei der Formulierung des Dortmunder Aktionsprogrammes 1952 zeigte und bei den Modifikationen, die es auf dem Berliner Parteitag über sich ergehen lassen mußte, wiederholte: Die Koordination der Teilprogramme der verschiedenen Sachverständigenkommissionen war in allen Fällen äußerst problematisch. Das Expertendenken dieser Kommissionen war so lange nur kompromißhaft zu einer einheitlichen Thematik zu verbinden, als ihm nicht die einheitliche Situationsanalyse und die einheitliche Untersuchung des gesamtgesellschaftlichen Prozesses und der Aufgaben der Partei formuliert entgegengesetzt werden konnte, die nur in einem Grundsatzprogramm der Partei vorgenommen werden kann. Fehlt es an einem derartigen Gegengewicht gegen das bürokratisierte Expertendenken, so wird das jeweilige Aktionsprogramm der Partei immer in Gefahr sein, in nur kompromißhaft-oberflächlich verbundene Teilprogramme zu zerflattern. Es wird dann nicht genügen, auch nur die Funktion zu erfüllen, die dem Aktionsprogramm einer demokratischen Partei an sich zukommen müßte: den einheitlich gestalteten Blickpunkt für die Politik der nächsten Wahlperiode darzustellen. Es wird andererseits stets der Gefahr unterliegen, die Faktizität nicht zu gestalten, sondern durch die äußerliche Faktizität — praktisch deshalb durch das Vordringen obrigkeitsstaatlicher und hochkapitalistischer Bestrebungen — gestaltet zu werden und hinter den Ereignissen klagend herzulaufen.

Die Sozialdemokratische Partei kann deshalb nicht darauf verzichten, ein Grundsatzprogramm zu formulieren, das den Aktionsprogrammen, die sie jeweils benötigt, den Ausgangspunkt für deren Forderungen gibt. Ohne ein Grundsatzprogramm dieser Art, das dem jeweils gültigen Aktionsprogramm erst Raum und Ort zuweist, kann die Sozialdemokratie nicht einmal die Funktion voll erfüllen, die ihr durch die — bedauerliche — Tatsache zugefallen ist, daß lebenskräftige Ansatzpunkte bürgerlich-demokratischer Parteien mit echter Massenparteistruktur in der Bundesrepublik fehlen.

Die Sozialdemokratie ist aber nicht nur die Partei, deren besonderes Anliegen die Erhaltung der formalen und bürgerlichen Demokratie sein muß, sondern darüber hinaus ihrem Wesen und ihrer Tradition nach die Partei, die berufen ist, die formale Demokratie in eine soziale umzugestalten und den Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer spätkapitalistischen Phase zur sozialistischen Gesellschaft möglich zu machen. Den Ausgangspunkt ihres praktischen Verhaltens muß zwar jeweils die gegenwärtige Gesellschaft bilden; deshalb muß das Aktionsprogramm der Partei vom Boden der bestehenden Gesellschaft aus formuliert werden. Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei weist jedoch über die bürgerliche Gesellschaft hinaus; deshalb muß ihr theoretisches Denken jenseits der bürgerlichen Gesellschaft stehen und sie als bloßen historischen Durchgangspunkt der menschlichen Entwicklung sehen. Die vielfältigen Einflüsse, die vom herrschenden Denken der kapitalistischen Gesellschaft ausgehen, die Notwendigkeit, das jeweilige Aktionsprogramm stets vom Boden der bestehenden Gesellschaft ausgehend zu gestalten, die unendliche Stärke jener Tendenzen, die aus der stets dem Augenblick verhafteten Quelle der Bürokratisierung fließen, bedrohen unvermeidlich ständig das Ziel und das dem Ziel verhaftete theoretische Denken der Partei. Sie können nur in Schranken gehalten werden, wenn die Partei in ständiger theoretischer Arbeit eine Gesamtanalyse der geschichtlichen und gesellschaftlichen Situation zu ihrem geistigen Eigentum macht und mit ihren Zielvorstellungen verbindet lernt.

Atomenergie und Automation

Es gehört zu den besten Traditionen der sozialistischen Bewegung, daß sie seit den Tagen des Kommunistischen Manifestes und dann wieder seit der Annahme des Erfurter Programmes über eine Analyse dieser Art verfügt hat. Die deutsche

Sozialdemokratie war deshalb bis 1933 durch ein Programm gebunden, das diesen Zusammenhang klarstellte. Dies Programm hat ihr zum Aufschwung aus einer kleinen Gruppe zur stärksten Massenpartei des deutschen Parteigefüges verholfen, weil sie den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft, den Klassenkämpfen, die auf ihrem Boden stattfinden müssen, geschichtlichen Sinn zu geben vermochte. Weil sie den Bedrohungen, denen die Arbeitnehmer in dieser Gesellschaft ständig ausgesetzt sind, das Gegenbild der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Selbstverwirklichung des gesellschaftlichen Menschen in der sozialistischen Gesellschaft entgegenstellen konnte, wurde sie zum Anziehungspunkt breiter Massen. Es ist eine Illusion zu glauben, daß die durch den Zusammenbruch des unmenschlichen faschistischen Regimes ernüchterten arbeitenden Massen von heute dieses Richtpunktes nicht mehr bedürfen. Die stetige Steigerung der Gefahren, die die menschliche Zivilisation und Kultur bedrohen und die durch das Wachsen der Produktiv-Kräfte — die gesellschaftlich-demokratischer Kontrolle nicht unterstellt sind — in den letzten Jahrzehnten ermöglicht wurden, hat sich in zwei gewaltigen Weltkriegen entladen. Die Entwicklung der Atomenergie und Automation hat seitdem neue Gefahrenquellen erschlossen; die Gefahren allerdings nur dann sind, wenn diese beiden Methoden zur Beherrschung der Natur durch den Menschen dem Zufall und der Willkür privatwirtschaftlicher oder bürokratischer Herrschaftsgruppen ausgeliefert bleiben. Der Umfang der Kosten, die zur Entwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen dieser neuen Produktivkräfte notwendig waren, ist dabei in solchem Maße gewachsen, daß kapitalistische Konzerne allein nirgends in der Lage waren, sie aufzubringen. Der Monopolkapitalismus hat sich dadurch selbst ad absurdum geführt, daß er zur Bewältigung der neuen Forschung den Staat einspannen mußte. Aber er hat in den westlichen Ländern seine Macht so weit bewahren können, daß er die Arbeitsergebnisse der Forschung, die er selbst nicht finanzieren konnte, sich auf dem Umwege über Beherrschung des Staates wieder aneignet. So ist der Widerspruch zwischen der Entfaltung der modernen Produktivkräfte und der Rechts- und Eigentumsstruktur der Gesellschaft ins äußerste gesteigert worden. Andererseits sind die Möglichkeiten kultureller Entfaltung der Gesellschaft in eben dem gleichen Maße gewachsen, in dem dieser Widerspruch hervortritt. Die Steigerung der Produktivität hat es ermöglicht, die Arbeitszeit in einem Maße zu senken, das noch vor hundert Jahren unvorstellbar erschienen wäre. Sie war andererseits nur denkbar, weil das Bildungsniveau der Massen ständig erweitert werden konnte. Dieser Zwang zur Hebung des Bildungsniveaus hat inzwischen die Gesellschaften des Ostens und Asiens erfaßt und dort die Liquidierung des Analphabetentums teils durchgesetzt, teils eingeleitet. Mit der Emanzipation dieser Völker hat eine völlig neue Periode der Weltgeschichte begonnen, in der die Fremdbeherrschung von Nationen — die weltpolitische Voraussetzung der imperialistischen Phase der kapitalistischen Entwicklung — immer schwieriger geworden ist. In den alten Industrieländern stößt gleichzeitig die Möglichkeit, diese kulturellen Chancen auszunützen, immer stärker an die Schranken der bestehenden Gesellschaftsordnung und der Interessen der Gruppen, die bisher privilegiert waren.

Die Situation ist günstig

So ist die sozialistische Gestaltung der Gesellschaft zur Tagesaufgabe geworden, die gelöst werden muß, wenn die Gesellschaft mit ihren inneren Widersprüchen, vor allem aber mit der Gefahr äußerer Katastrophen fertig werden will. Zweifellos ist es möglich, den Massen der deutschen Gesellschaft — trotz des Skeptizismus, der durch den totalitären Staat hinterlassen wurde — diese Aufgabenstellung bewußt zu machen und dadurch, daß sie bewußt wird, unendliche Energien zu entfesseln. Die mobilisierende Wirkung, die die deutsche

Sozialdemokratie einst dadurch auslösen konnte, daß sie in viel früheren Stadien der kapitalistischen Entwicklung der Gegenwart den Spiegel der möglichen Zukunft freier Selbstbestimmung des Menschen entgegeng gehalten hat, kann und wird sich wiederholen, wenn die deutsche Sozialdemokratie sich dieser Chance erneut bewußt wird.

Dabei wird die deutsche Sozialdemokratie heute über die nächsten Stadien sozialistischer Entwicklung wesentlich mehr aussagen können, als sie es zur Zeit des Erfurter Programmes konnte. Damals hatte die Entfaltung der Produktivität in der kapitalistischen Gesellschaft noch lange nicht jene Stufe erreicht, die uns heute zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Damals war also die sozialistische Gesellschaft der Zukunft nur in ihren Umrissen erkennbar und mußte im wesentlichen lediglich als negatives Spiegelbild der kapitalistischen Entwicklung umschrieben werden, denn sozialistische Gestaltung setzt inhaltlich eine Fülle des Sozialproduktes voraus, die der gesamten Gesellschaft die volle Teilnahme am Kulturprozeß ermöglicht und es nicht mehr als erforderlich erscheinen läßt, herrschenden Oberschichten ein Monopol zuzuerkennen und sie von produktiver Arbeit freizustellen. In den entwickelten industriellen Gesellschaften ist aber heute jenes Stadium der Entwicklung bereits erreicht, in dem die Privilegien bisheriger Oberschichten zum bloßen Hindernis der Weiterentwicklung werden. In den noch nicht industrialisierten Ländern könnte die Hilfe, die sozialistisch gestaltete industrielle Gesellschaften leisten können, den Übergang zu dieser Entwicklungsstufe beschleunigen und erleichtern.

Die Situation, in der die deutsche Sozialdemokratie nunmehr ihr Programm neu formulieren muß, unterscheidet sich also weitgehend von der des Jahres 1891, die ihr früheres klassisches Programm geboren hat. Konnte damals nur abstrakt gesagt werden, daß der Klassenkampf der Arbeitnehmer den Schlüssel zur Lösung der Probleme biete und das ständige Gewicht zugunsten der Demokratisierung der Gesamtgesellschaft in sich berge, so ist es heute notwendig und denkbar, konkret die einzelnen Stadien der Umformung in die sozialistische Gesellschaft zu umschreiben. Wenn also auch insofern die alte Programmstruktur erhalten bleiben sollte, als die Analyse der geschichtlich-sozialen Situation und der Funktion der Klassenauseinandersetzung innerhalb dieser Situation den Ausgangspunkt des Programmes bildet, der Klassenkampf der arbeitenden Schichten als Motor der Umwandlung beschrieben wird, die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel als das Mittel und die sozialistische Gesellschaft als das Produkt dieses Klassenkampfes erscheint, so muß diesmal das Ziel der sozialistischen Gesellschaft mit reicheren und konkreterem Inhalt dargestellt werden, als es damals möglich war, und andererseits auch die Transformationsperiode eingehender behandelt werden. Für die konkrete Behandlung der Transformationsperiode haben die geschichtlichen Erfahrungen der vergangenen 65 Jahre reiches Material geliefert. Der Zusammenhang zwischen den industrialisierten Gesellschaften und den früher ihnen unterworfenen Völkern (deren Entwicklung zum Selbstbestimmungsrecht nicht nur ein selbstverständliches Ziel der sozialistischen Bewegung darstellt, sondern die Voraussetzung des Funktionierens der künftigen sozialistischen Weltwirtschaft bildet), die Steigerung der Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft über den modernen Imperialismus zum globalen Gegensatz miteinander ringender Weltmächte, die ständige Tendenz in bürgerlichen Demokratien, mit der demokratischen Staatsform auch die Gedankenwelt liberaler Rechtsstaatlichkeit abzustreifen, das alles ist in den letzten Jahrzehnten so deutlich hervorgetreten, daß Engels' Prognosen in dieser Richtung aus individueller wissenschaftlicher Erkenntnis nunmehr in die programmatisch anerkannte Analyse der politischen Massenpartei des arbeitenden Volkes verwandelt werden können. Andererseits hat sich in allen diesen Prozessen viel deutlicher gezeigt, als es damals möglich war zu sehen, daß die sozialistische Partei als Partei der arbeitenden Massen das einzige innenpoli-

tische Gegengewicht zu diesen Entfremdungstendenzen, die in der Entfaltung der kapitalistischen Gesellschaft hervortreten, darstellt.

Möglichkeiten und Gefahren der Entwicklung

Die ständige Erhaltung freier demokratischer Auseinandersetzung in dieser Partei — die selbst unvermeidlich dem Anprall dieser Tendenzen auf sich selbst ausgesetzt ist —, ist dabei deutlicher als Bedingung ihrer Funktionsfähigkeit hervorgetreten, als es zur Zeit des Erfurter Parteiprogramms möglich war zu sehen; denn nur ein Mittel, das das Ziel bereits in sich enthält, kann der Verwirklichung des Zieles dienen. Dies Ziel selbst kann und soll nun inhaltlich klarer, konkreter und daher reicher umschrieben werden, als es vor langen Jahrzehnten denkbar erschien. Dabei muß die Gefahr vermieden werden, bei der gedanklichen und begrifflichen Erfassung des Zieles in unverbindlichen Gemeinplätzen zu reden, die wegen ihrer Unkonkretheit dem Einbruch von Entfremdungstendenzen immer neuen Raum gewähren müssen. Diese Konkretheit wird um so notwendiger sein, als die Form nichtkapitalistischer, aber zunächst noch lediglich bürokratischer Entfaltung der modernen Produktivkräfte, die durch die geschichtliche Entwicklung der Sowjetunion aufgedrängt wurde, ein Gesellschaftsbild erzeugt hat, das von den Interessenten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Massen als Abschreckung gegenüber dem Sozialismus vorgehalten wird. Das Programm der Sozialdemokratie wird diese Entwicklung im Osten Deutschlands nicht außer acht lassen dürfen und darauf hinweisen müssen, daß dort — wegen der Unentwickeltheit der russischen Gesellschaft zu der Zeit, als der neue Weg betreten wurde, unvermeidlich — das Moment demokratischer Selbstbestimmung frei handelnder und intellektuell entwickelter Massen ausgeschaltet und unbetont bleiben mußte, so daß nichtkapitalistische, nur dem äußeren Anschein nach sozialistische Planungs- und Eigentumsformen ihrem eigentlichen Zweck vorerst völlig entfremdet wurden. Das Programm wird andererseits nicht unerwähnt lassen dürfen, daß das Vorbild demokratischer sozialistischer Entwicklung in entfaltetem Industrieländern das beste Mittel darstellt, dieser petrifizierten Gesellschaft im Osten Deutschlands neue Entwicklungstendenzen zu verleihen, die diese Entfremdung wieder aufheben können. Das Programm wird aussprechen müssen, daß gerade dem deutschen Volk, das durch die Fremdenscheidung der Sieger des zweiten Weltkrieges gespalten wurde, hier eine besondere Aufgabe zufällt, deren Lösung im deutschen Raum die beste Chance zur Wiederherstellung der deutschen Einheit bietet.

Diese vielfältige Aufgabenstellung für das Programm der Sozialdemokratischen Partei setzt eine große geistige Leistung der Partei voraus. Das Programm der Partei ist aber nur dann wirklich ihr Programm, wenn es von der Mitgliedschaft in langem geistigem Kampf geschaffen wurde. Ein Programm, das lediglich der Arbeit von Expertenkommissionen entstammen und ohne breite, langwierige Diskussion unter den Parteimitgliedern angenommen würde, könnte die Funktion nicht erfüllen, die dem Programm der Partei zufällt: Mittelpunkt ihrer Massenagitation zu werden, Ausgangspunkt des jeweiligen Aktionsprogramms zu sein, das sich in das Programm als bloße Aktualisierung zum Zwecke des Tageskampfes als Zwischenstufe auf dem Weg zum Ziel einordnet. Es wäre also sicherlich verfehlt, das Programm übereilt zu schaffen. Das Programm soll das geistige Zentrum der Arbeit der Partei nach innen und nach außen bilden. Es muß deshalb der geistigen Reife der Partei entsprechen. Es wäre falsch zu behaupten, diese geistige Reife sei bereits jetzt gegeben. Wie könnte sie es sein, nachdem die Ereignisse der Weimarer Republik, ihres Sturzes, und die des Dritten Reiches weitgehend noch undiskutiert und deshalb unverarbeitet geblieben sind? Wie könnte sie das sein, nachdem nach 1945 vielfältige neue Kräfte zur Partei gestoßen sind, die bisher noch nicht einmal die Zeit gefunden haben, die Tradition und

geistige Vergangenheit der Partei sich voll anzueignen? Aber andererseits benötigt die Partei das Programm, wenn sie nicht schon bei der Gestaltung ihrer Aktionsprogramme weitgehend den Zufallseinflüssen des Tages ausgeliefert sein will. Die Debatte um das Programm der Partei muß deshalb jetzt beginnen. In dieser Debatte wird sich notwendig zeigen, daß die Partei in vielen Fragen noch keine Einheit bildet. Es ist nicht Aufgabe des Parteiprogramms, eine einheitliche Philosophie oder Theologie festzulegen. Die Partei muß jedoch in den Fragen ihres gesellschaftlichen Standorts und ihrer geschichtlichen und gesellschaftlichen Funktion, in der Frage des Kampfes für den Sozialismus eine Einheit werden. Sie braucht keineswegs ihre Mitglieder in den philosophischen oder „weltanschaulichen“ Motiven voll zu einen, die sie zu diesem einheitlichen Denken in sozialen und politischen Fragen führen. Aber die Einheit dieses Denkens muß wieder erzielt werden, wenn die Partei ihrem geschichtlichen Auftrag gerecht werden will. Gelingt es, in der Programmdebatte zu klaren Formulierungen dieser Ziele und dieser Wege vorzudringen, dann wird die Partei in der Lage sein, innerhalb der Widersprüche der restaurativen kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland wieder das Zentrum zu werden, das neben der Arbeiterklasse auch alle übrigen Schichten der Gesellschaft anzieht, denen das Getriebe der bürokratischen und kapitalistischen Herrschaftsgruppen keine geistige Heimat mehr bieten kann. Dann wird vor allem die Partei erneut das werden, was sie vor 1914 war: der Brennpunkt, auf den sich die Hoffnungen der jungen Generation konzentrieren, denen die bestehende Gesellschaft zwar die Ablenkungen ihrer Vergnügungsindustrien, aber keine Hoffnung und keine Aufgabe mehr anzubieten hat.

Richard Freyh

SOZIALISMUS HEUTE

Bruno Pohl hat in seinem Aufsatz „Wie ist eine klassenlose Gesellschaft zu verwirklichen?“¹⁾ auf einen schwachen Punkt meiner These hingewiesen, daß größere Beweglichkeit für den einzelnen auf beruflichem Gebiet ein Schritt zur Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft sei²⁾. Ich weiß nicht, wie das quantitative Ergebnis einer Untersuchung darüber ausfallen würde, in welchen Fällen der Beruf als Last empfunden wird, möchte aber glauben, daß sich die Zahl als relativ groß erweisen würde. Ganz gewiß jedenfalls hat Pohl recht, wenn er die nervöse Labilität einer Gesellschaft, in der alle ihre „Jobs“ wechseln oder sogar wechseln müssen, so wie man die Hemden wechselt, für unvereinbar hält mit dem Leitbild einer klassenlosen Gesellschaft, und ich kann seinen Folgerungen und Bemerkungen nur zustimmen.

Was mir vorschwebte, war auch nichts derartiges, sondern einmal der Gedanke, daß im Verlauf der Entwicklung immer mehr Plackerei von Maschinen übernommen, und andererseits die Vorstellung, daß die menschliche Tätigkeit immer stärker eigentlichen Berufen ohne starre Beschränkung zugeführt werden könne und müsse. Vor allem aber möchte ich an der These festhalten, daß es für die Probleme einer sich rasch wandelnden arbeitsteiligen Massengesellschaft keine andere Lösung geben kann als ein System, das die Sicherung der Gesamtgesell-

¹⁾ DIE NEUE GESELLSCHAFT, Heft 2/1956, S. 142 ff.

²⁾ DIE NEUE GESELLSCHAFT, Heft 6/1955, S. 7 ff.

schaft mit einer ständigen inneren Neuanpassung bei möglichst großer individueller Beweglichkeit verbindet. Ich habe versucht, von diesem Gesichtspunkt aus einige allgemeine Grundsätze zu entwickeln und zu zeigen, daß sie in der heutigen Vorstellungswelt des Sozialismus und der Arbeiterbewegung bereits enthalten sind oder sich doch ohne weiteres aus ihr ergeben. Freilich scheint mir eine wesentliche Voraussetzung für die fortschreitende Verwirklichung des Sozialismus zu sein, daß man die Welt und die Menschen von heute so sieht, wie sie sind, und nicht so, wie man es gerne möchte. Mir war durchaus bewußt, daß ich selbstverständlich nicht überall recht haben könnte und Widerspruch finden würde. Was ich nicht erwartet hatte, war ein so völliges Vorbeigehen an der Problematik, die ich aufzuzeigen und zu klären versucht hatte, wie es sich in den Äußerungen von Wolfgang Abendroth und Werner Thönnessen zeigt. Vom sächlichen Standpunkt aus wäre es vielleicht kein Schaden gewesen, an dieser Kritik einfach vorbeizugehen, aber ihre Starrheit erfordert eine Erwiderung.

„Herrschaftslose“ Gesellschaft und Wertbestimmtheit

Abendroth hat in seinen Bemerkungen¹⁾ zu meinem Artikel kurz und bündig festgestellt, meine Ansicht, daß die hierarchische Struktur der Gesellschaft als Prinzip feststehe, verlasse den Boden sozialistischer und demokratischer Überzeugung und sei unvereinbar mit dem Grundgedanken des Grundgesetzes Art. 20, II, 1. Ich glaube nicht, daß eine Auseinandersetzung über Probleme des Sozialismus mit Hinweisen auf Gesetzesparagrafen und mit apodiktischen Urteilen ohne auch nur den Schatten einer Begründung geführt werden kann. Der Besitz einer allein richtigen Methode und der einzig gültigen Definition des Sozialismus würde nicht nur jede Diskussion von vornherein überflüssig und unmöglich machen, sondern müßte auch notwendig zu einer fortschreitenden Verfälschung der Wirklichkeit führen.

Ich vermag nicht zu sehen, wie eine arbeitsteilige, auf einer industriellen Basis beruhende Massengesellschaft existieren könnte, wenn nicht die einzelnen Tätigkeiten in ihr in einem jeweiligen Verhältnis von Über- und Unter- bzw. Nebenordnung zueinander stehen. Keine Fabrik, kein Ministerium, kein Institut für wissenschaftliche Politik, kein Gewerkschaftsbüro, kein gesellschaftlicher Organismus von nennenswerter Größe vermag ohne ein solches System zu arbeiten, ganz gleichgültig, in wessen Händen sich die Produktionsmittel befinden. Oder glaubt Abendroth, daß in einer sozialistischen Gesellschaft keine Anweisungen mehr etwa für Gestaltung und Umfang der Produktion gegeben werden und daß das Recht zur Erteilung solcher Anweisungen keine Macht mehr bedeutet?

Daß eine solche Stufung der Tätigkeiten tatsächlich Herrschaftscharakter trägt, kann jeder in seiner Umgebung sehen, wenn er nicht einfach die Herrschaft, die er selber ausübt, für keine hält. Ich habe in meinem Artikel ausführlich darzulegen versucht, daß das einzige, was die Verhärtung dieses unausweichlichen Systems hindern und seine Gefahren aufheben kann, der Wechsel der Funktionen und ihre ständige Kontrollé ist. Eben in diesem Wechsel vor allem der leitenden Funktionen zugleich mit der Möglichkeit für das Individuum, einen weiten Erfahrungsbereich zu gewinnen, und in der Kontrolle durch gewählte Organe der Gesellschaft scheint mir die entscheidende institutionelle Sicherung der Demokratie zu bestehen. Wie Abendroth darin die Gefahr sehen kann, „eine gemeinsame obrigkeitsstaatliche Ideologie aller Bürokratien gegen die Gesellschaft zu begründen“, ist mir unverständlich.

Etwas mehr Mühe als Abendroth hat sich, wenigstens quantitativ, Werner Thönnessen mit seiner Erwiderung²⁾ gegeben. Er sagt einleitend, was an den

¹⁾ „Ethischer Sozialismus, Marxismus und Demokratie“ im „VORWARTS“ vom 30. Dezember 1953.

²⁾ „Ist das der Sozialismus von heute?“, DIE NEUE GESELLSCHAFT, Heft 2/1956, S. 136 ff.

ersten Abschnitten meiner Ausführungen eingängig und stichhaltig sei, stamme von Marx oder etwa Sering; der Rest bestehe aus sachlichen Unrichtigkeiten, Widersprüchen, leeren Formeln und bloßen Behauptungen.

Zunächst hatte ich selbstverständlich nicht die Absicht, einen „neuen“ Sozialismus zu erfinden, sondern unter einem einheitlichen Gesichtspunkt eine Zusammenfassung zu versuchen, woraus sich notwendig eine teilweise sehr knappe und nur andeutungsweise Darstellung sehr vieler Gesichtspunkte ergab. Thönnessen findet, von mangelnder Zielklarheit könne man höchstens für den Sozialismus sprechen, dagegen seien die Ziele um so klarer, je eindeutiger eine politische Partei Klassencharakter trage und je mehr man statt der Parteien die hinter ihnen stehenden Verbände und Gruppen ins Auge fasse. Letzteres ist völlig richtig und gilt um so mehr, je begrenzter die Ziele sind. Aber im Gegensatz zu Thönnessen bin ich der Überzeugung, daß der Sozialismus über grundlegende Prinzipien für eine künftige Gestaltung der Gesellschaft verfügt, denen es freilich in einem gewissen Umfang an einer Konkretisierung für die politische Praxis mangelt, während außerhalb unserer Reihen keinerlei Klarheit besteht, wie die realen Probleme, die sich für die Gesamtgesellschaft stellen, gelöst werden könnten. Ob die Gesellschaft bewußt gestaltet werden soll oder nicht, wie sie gestaltet werden soll, was mit Demokratie oder Freiheit für alle gemeint ist, sind völlig offene Fragen. Das mögen für Thönnessen „letzte Werte“ sein; mir jedenfalls geht es um sie und ihren konkreten Inhalt.

Thönnessen findet dann, der von mir gebrauchte Terminus „das Böse“ sei vorzüglich geeignet zur Verschleierung der heutigen Herrschaftsverhältnisse und gehöre zunächst nicht in eine gesellschaftliche Analyse. Einmal versuche ich an der betreffenden Stelle keine Analyse, sondern eine Beschreibung zu geben. Zweitens kann ich nicht finden, daß es eine „Verschleierung“ ist, das, was unsere Zeit an Anwendungen und Anwendungsmöglichkeiten der Wissenschaft und der Technik erlebt hat und erlebt, als „böse“ zu bezeichnen. Muß man wirklich die wissenschaftliche Objektivität so weit treiben, um sich hier einer Wertung zu enthalten?

Formale und tatsächliche Lösungen

Der nächste Vorwurf lautet, daß ich mich der Schelskyschen These von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft anschleüße, dies aber aus irgendeinem Grund nicht ausspreche und die Unterscheidung zwischen Produktionsmittelbesitzern und -nichtbesitzern sowie die objektiven und subjektiven Unterschiede in der Klassenlage vernachlässige. In Wirklichkeit habe ich lediglich festgestellt, daß aus verschiedenen Gründen die Klassenstruktur der modernen Gesellschaft im ganzen genommen eine fortschreitende Differenzierung zeigt, bei der weniger das Eigentum entscheidet, als vielmehr die Verfügung über wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtpositionen. Nicht die Existenz gesellschaftlicher Klassen leugne ich, sondern ihre Stabilität und Einfachheit, die Vorstellung, als ließe sich mit dem Dualismus von Bourgeoisie und Proletariat die heutige Gesellschaft hinreichend analysieren oder auch nur beschreiben. Scherze helfen in diesem Zusammenhang nichts, selbst wenn sie von Kant stammen.

Thönnessen glaubt, es sei Unsinn zu sagen, daß die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln weder ein effektives Eigentum der Gesamtgesellschaft noch ein Verschwinden der Herrschaft der Ökonomie mit sich brächten, und plädiert indirekt für die Diktatur des Proletariats, worunter er offenbar die Herrschaft all derer versteht, die keine Produktionsmittel besitzen — ohne zu sagen, wie er sich so etwas vorstellt. Demgegenüber kann ich nur wiederholen, daß der Nichtbesitz von Produktionsmitteln heute keine Klasse mehr mit einheit-

lichen historischen und sozialen Interessen schafft. Gehören etwa Direktoren und Aufsichtsräte einer AG ohne Aktienbesitz oder hohe Bürokraten zum Proletariat? Nirgends habe ich gesagt, der Sozialismus könne auf etwas anderem als der vergesellschafteten Produktion beruhen. Es fragt sich nur, wie diese Vergesellschaftung aussehen soll.

Daß ich nichts anderes getan habe, als nach konkreten Formen der Umgestaltung zu fragen, macht Thönnessen gar nichts aus, denn er weiß ganz genau, was hinter dem allen steht: polemischer Antikommunismus. Freilich glaube ich, daß der Sozialismus ebenso sehr ein Gegner des Bolschewismus wie des Kapitalismus ist. Ich wüßte auch nicht, welchen Wert eine theoretische Auseinandersetzung mit Leuten haben könnte, die einer seit Lenin zugegebenermaßen ununterbrochenen Kette von Schurken und Unfähigen nachlaufen und heute ebenso einstimmig die Richtigkeit einer kollektiven Führung anerkennen, wie sie über zwanzig Jahre vor Stalin auf den Knien gerutscht sind.

Trotzdem bin ich der Meinung, daß sich aus den Erfahrungen des Bolschewismus sehr viel lernen läßt und habe in meinem Artikel versucht, bis zu einem gewissen Grade eine Synthese seiner Erfahrungen mit denen des sozialistischen Experiments in Großbritannien z. B. auf dem Gebiet der Dezentralisierung zu finden, weil mir scheint, daß sich diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs in weitem Ausmaße grundlegend gleiche Probleme stellen. Wer aber einfach glaubt, daß die Diktatur der jeweiligen Führung der Bolschewistischen Partei nur auf Grund der Rückständigkeit Rußlands nicht zum Sozialismus geführt habe, muß erst einmal wahrscheinlich machen, daß das Ergebnis einer Parteidiktatur in einer entwickelten Industriegesellschaft ein anderes gewesen wäre. Ich habe das Gegenteil zu zeigen versucht.

Thönnessens letzte Vorwürfe beziehen sich auf das, was er für Widersprüche hält. Er kann nicht begreifen, daß man eine unmittelbare Gestaltung des öffentlichen Lebens durch die Gesamtgesellschaft für unmöglich, aber eine Mitgestaltung für möglich und notwendig halten, daß man für eine Änderung und Neuschaffung von Institutionen eintreten kann, obwohl man glaubt, daß sich mit Institutionen nicht alles erreichen läßt. Es ist eben erfahrungsgemäß nicht einfach, mehr als einen Gesichtspunkt gleichzeitig im Kopf zu behalten.

Wenn Marx' Überzeugung richtig ist, daß die Entwicklung der Produktivkräfte sowohl für das gesellschaftliche Sein wie für das Bewußtsein konstituierend ist, wie kann es dann möglich sein, daß trotz der ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte im letzten Jahrhundert das Bild der „orthodoxen“ Marxisten bei allem Bestehen nur auf dem Methodischen sich so gut wie überhaupt nicht geändert hat? Werden sie auf etwas hingewiesen, was mit ihrem vereinfachenden Denkschematismus nicht übereinstimmt, so sagen sie sofort, Marx und Engels hätten das längst in gentiler Weise gesehen, und vermeiden es beharrlich, irgendwelche Folgerungen daraus zu ziehen. Alles, was zu ihrem Bild von Bourgeoisie und Proletariat nicht paßt, halten sie für Zwischenklassen, ohne sich darum zu kümmern, daß die Entwicklung neuer Produktivkräfte, des Zirkulationsprozesses und des Verteilungsapparates allmählich die Schwerpunkte der Gesellschaft verschiebt. Sie sagen beharrlich, daß unsere Gesellschaft durch Klassenunterschiede und Klassenkämpfe charakterisiert ist. Fragt man sie, wie dieser Zustand überwunden werden soll, so antworten sie: durch die Aufhebung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln und die Diktatur des Proletariats. Erinnert man sie daran, daß es für die Arbeiter und Angestellten einer Fabrik keinen großen Unterschied macht, ob ihr Chef ein Privatkapitalist oder ein Staatsfunktionär ist, so sagen sie, bisher bestehe ja eben die Klassengesellschaft noch.

Es wäre interessant zu wissen, was nun eigentlich in der sozialistischen Gesellschaft an die Stelle dessen treten soll, was ich nach dem Vorgang Paul Serings und anderer als „hierarchische“ Struktur bezeichnet habe. Gibt es in der moder-

nen Industriegesellschaft ein Proletariat mit einheitlicher Struktur und einheitlichen, auf die Umgestaltung der Gesellschaft gerichteten Interessen, das die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung darstellt und die Tendenz zeigt, sich selbst als Proletariat zu empfinden? Wie könnte eine „Diktatur des Proletariats“ in der Praxis etwas anderes sein als die politische Diktatur eines oder auch mehrerer Parteiapparats, die sich nur in einer Katastrophe wirklich rückgängig machen ließe? Welche Bedeutung haben die gewaltige Erweiterung der Produktivkräfte und die Veränderung der Struktur der Wirtschaft für die Möglichkeiten des Weges zum Sozialismus? Das sind die Fragen, auf die eine Antwort der „Marxisten“ aussteht.

Hermann Karl

MODERNE GESUNDHEITSPOLITIK

Wer sich noch vor einem Jahr zu diesem Thema äußerte, hatte es angesichts des Kanzlerwortes aus der Regierungserklärung von 1953 über die notwendige „Große Sozialreform“ und der Verlautbarungen des Bundesarbeitsministers wesentlich einfacher in der Darstellung einer Gesamtschau der sozialen Sicherung und der Stellung der Gesundheitspolitik in ihr. Nachdem aber das Sozialkabinett im Januar 1956 endgültig alle Illusionen auf eine umfassende Neuordnung der sozialen Leistungen zerstört hat, steht fest:

Im 2. Bundestag gibt es nur noch eine Rentenreform. Dabei ist im Laufe der Diskussionen der letzten Jahre die sogenannte Sozialreform — als eine grundsätzliche Neuordnung der gesellschaftlichen Tatbestände — stillschweigend zu einer „Neuordnung der sozialen Leistungen“ eingengt worden. Alle grundsätzlichen sozialreformerischen Ziele, die allein die Voraussetzungen und Bedingungen für eine umfassende gesundheitspolitische Konzeption in einer Sozialreform schaffen könnten, fallen bei der ernüchternden Beschränkung der Sozialreform auf eine Rentenreform nunmehr fort. Übrig bleiben für den Gesundheitspolitiker günstigstenfalls Überlegungen zu der Tatsache, daß die Lebenserwartung in den letzten 50 Jahren nahezu verdoppelt wurde, während die nicht im gleichen Umfang erweiterte Leistungsphase im Arbeitsleben zu der stark angestiegenen Frühinvalidität geführt hat, zur Frage der Altersgrenze in der Rentenversicherung, zur Begutachtung der Erwerbsbehinderung und zu den Möglichkeiten der Rehabilitation.

Weitgehend unberücksichtigt bleiben alle grundsätzlichen Fragen der Neuordnung des Krankenversicherungswesens — selbst wenn die gewerkschaftliche Forderung nach sechswöchiger Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle noch in diesem Bundestag Wirklichkeit werden sollte —, das gesundheitspolitische Problem des Personenkreises der Versicherten besonders im Falle langfristiger und chronischer Erkrankungen (die in jedem Fall die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch des Selbständigen übersteigen), die Stellung des Arztes in den verschiedenen sozialen Versicherungs- und Versorgungsinstitutionen, seine angemessene Honorierung und sein gesetzlicher Anspruch auf Altersversorgung. Weiter bleibt unerledigt die Erarbeitung einer Grundkonzeption zur Neuordnung des Krankenhauswesens und die Verbesserung

der Lage der Pflegepersonen. Und schließlich muß die Neuordnung der Gesundheitsfürsorge (besonders ihre finanzielle Fundierung) zurückgestellt werden.

Damit ist die Hoffnung wohl aller Ärzteguppen zunichte, im Rahmen der 1949 bereits angekündigten „Großen Sozialreform“ einmal alle Leistungen des Staates und der Sozialleistungsträger für die Volksgesundheit dem neuesten Stand medizinischer Erkenntnisse anpassen zu können, die soziale Stellung des Arztes endgültig seiner hohen Aufgabe entsprechend im Gesellschaftsgefüge zu verankern und allen Maßnahmen und Leistungen zur Sicherung der Gesundheit des einzelnen wie der Gesamtheit die gleichberechtigte Stellung innerhalb des Sozialgefüges zu geben. Wie stellen sich nun die verbleibenden konkreten Anliegen der Gesundheitspolitik dar?

Rehabilitation vor Prävention?

Das medizinische Kernstück der Rentenreform ist für die Bundesregierung die „Rehabilitation“, die in der Unfallversicherung und Versorgung der Kriegsbeschädigten bereits durchgeführt wird. Bei den chronischen Schäden, wie sie meist im Arbeitsleben auftreten, wird ihr Erfolg jedoch begrenzt sein, insbesondere bei einer unbefriedigenden Regelung der Arbeitszeit und bei einer starren Bindung an eine seinerzeit willkürlich festgesetzte Altersgrenze. Die Festlegung dieser Altersgrenze auf 65 Jahre war ein rein soziologisch-ökonomischer Akt. Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von etwa 40 Jahren zur Zeit der Festlegung dieser Grenze konnte — und sollte — es kaum eine Frühinvalidität geben. Heute deckt sich aber die mittlere Lebenserwartung mit der Altersgrenze. Frühinvalidität ist demzufolge schon aus diesen Gründen in steigendem Maße vorhanden, vermehrt durch die zahlreichen unverarbeiteten Einflüsse der Zivilisation und des Arbeitslebens. Entscheidend bei diesem Sachverhalt ist aber die Tatsache, daß bei gesteigerter Lebenserwartung die Leistungsphase des Menschen nicht im gleichen Umfang ausgeweitet wurde. Durch „präventive Maßnahmen“ diese Leistungsphase an die Altersentwicklung anzupassen, bleibt deshalb für den Gesundheitspolitiker ein wichtigeres Anliegen als Rehabilitationsmaßnahmen im Falle des eingetretenen — häufig nur schwer zu behandelnden, weil im Arbeitsleben meist chronisch erworbenen — gesundheitlichen Schadens. Gegenüber der Rehabilitation ist die Prävention nach wie vor zweckvoller:

Prävention als allgemeine persönliche Hygiene des täglichen Lebens; als sozialhygienische Vorbeugung; als aktive Gesundheitsentfaltung schon bei der Mutterschaft; im Säuglings-, Schul- und Jugendalter; Prävention im Sinne geordneter Arbeitsplatzverhältnisse, sowohl in arbeitsphysiologischer als auch arbeitspsychologischer Hinsicht; Prävention im Sinne vorbeugender Maßnahmen gegen Verschlimmerung eingetretener oder sich bemerkbar machender Leistungsminde rung mit Übergängen zur Rehabilitation, Prävention zur Verhinderung endgültiger Invalidität bei eingetretenem Schaden, wo sich die methodischen Maßnahmen der Rehabilitation mit der präventiven Zielsetzung decken.

Diese verschiedenen Phasen der Gesundheitspflege, Leistungsentfaltung, Krankheitsvorbeugung und letztlich die eigentliche Krankheitsbehandlung lassen sich nur dann im Rahmen des sozialen Lebensbereichs (als Ordnungsfunktion das Arbeitsleben umfassend, d. h. funktionell einheitlich) einordnen, wenn die Sozialpolitik diese Bedürfnisse und Aufgaben der Gesundheitspflege in einer einheitlichen Konzeption für alle Arbeits- und Lebensphasen anerkennt. Bisher hat nur der „Sozialplan der SPD“ eine solche einheitliche Konzeption gefunden und darin dem Gesundheitswesen einen weitgehend eigenständigen Standort zugewiesen. Der Beginn einer Sozialreform bei der Rentenreform — ohne vorherige Festlegung einer Gesamtkonzeption — ist für den Gesundheitspolitiker gleichbedeutend mit dem Beginn des Baues eines Hauses vom Dachstuhl her.

Auch eine Gesundheitssicherung des Alters beginnt immer bei der Gesundheitssicherung der Jugend und nicht erst beim Rentenfall. Die allgemeine wirtschaftliche Sicherung des Alters (allerdings schon mit Ausnahme des sogenannten „Frühinvaliden“) mag unabhängiger von sozialen Sicherungsmaßnahmen vorausgegangener Lebensphasen möglich sein. Die Gesundheitssicherung verlangt den Beginn einer Neuordnung in frühesten Lebensabschnitten: bei der werdenden Mutter, im Säuglings- und Kleinkindesalter, in der Schule und beim Eintritt ins Arbeitsleben; darauf aufbauend (unter gesundheitlichen Gesichtspunkten) die Neuordnung der Arbeitsbedingungen in der gesamten Arbeitswelt auf der Grundlage der 40-Stunden-Woche, angemessene Arbeits-, Pausen- und Urlaubsregelung; Neuordnung des Krankenversicherungswesens; Bestimmung des Personenkreises der Versicherten; Abschaffung der „Aussteuerung“; Pflichtbeteiligung der Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen an Aufwendungen für die Vorbeugung, Ausbau der Gesundheitsfürsorge für chronisch Kranke und Reform des Krankenhauswesens und des Arzneimittelrechts.

Gesundheit — nur eine Kategorie der „Arbeitswelt“?

Wenn die Absicht realisiert werden sollte, heute und isoliert eine Rentenreform durchzuführen, dann muß geprüft werden, ob die Gesundheitspolitik nicht doch unabhängiger von den bisherigen sozialen und wirtschaftlichen Sicherungsmaßnahmen der „klassischen“ Sozialpolitik betrieben werden sollte, als dies bisher der Fall war. Man wird daran erinnert, daß in der deutschen Sozialpolitik die Gesundheitspflege und die eigentliche Krankheitsbehandlung oder Invaliditätsabwehr immer nur Funktionsformen der in erster Linie auf sozial wirtschaftliche Ziele abgestellten Sozialpolitik waren. Bei einer isolierten Rentenreform würde die Gesundheitspolitik zwangsläufig diesen Funktionscharakter beibehalten müssen. Hinzu kommt, daß auch die finanziellen Auswirkungen einer isolierten Rentenreform die Möglichkeiten der sozialen Neugestaltung anderer Lebensabschnitte wesentlich beeinflussen.

Für die Ärzte besteht bei Lage der Dinge Veranlassung, die bisherige Bereitschaft zu überprüfen, ihre Anliegen innerhalb der Sozialpolitik wahrnehmen zu lassen. Das gilt vor allem dann, wenn die Sozialpolitik weiterhin in erster Linie als System für die Maßnahmen, die allein den „arbeitenden Menschen in seinen ökonomischen, physischen, psychischen und ethischen Erlebnissen in der und durch die Arbeitswelt umfassen“, angesehen wird. An den Bindungen des Menschen außerhalb der Arbeitswelt, den ethischen, religiösen, kulturellen, ja sogar kosmischen Beziehungen, geht diese Betrachtungsweise vorbei. Gerade aber die kulturellen Bezogenheiten der Gesundheit sollten nicht unberücksichtigt bleiben.

Die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Medizin ist heute weitgehend ein kulturelles Anliegen (schon die Ausweitung der ärztlichen Forschung von den Naturwissenschaften auf die Geisteswissenschaften ist ein deutliches Symptom). Die Einbeziehung der psychischen Gesundheit führt weit in die geistigen und kulturellen Lebensbereiche hinein. Die Beschränkung der auch von den Sozialpolitikern anerkannten seelischen Gesundheit auf ihre Gefährdung aus dem Arbeitsleben berücksichtigt jene Einflußmöglichkeiten nur ungenügend, die sich für die Gesundheit aus den religiösen Beziehungen, der inneren Situation der Familie und aus den kulturellen Bedürfnissen ergeben können. Die Alternative zu einer „kleinen Sozialreform“ bleibt für den Gesundheitspolitiker deshalb eine umfassende Neuordnung des Gesundheitswesens durch einen Gesundheitsplan, der in allen Lebensbereichen des Menschen wirksam wird, mit dem Ziel der Herstellung einer geistigen und funktionalen Einheit von Gesundheitspflege und Krankenbehandlung.

Ein Letztes sollte bei der Überlegung zur Stellung der Gesundheitspolitik in der Sozialreform vom Arzt nicht vergessen werden: Die Wandlung des gesamten sozialen Gefüges mit den zwangsläufigen gesundheitlichen Auswirkungen, die das beginnende Atomzeitalter ankündigt. Gesetzliche Festlegungen, die sich aus Maßnahmen zur Sozialreform ergeben, dürfen die Befriedigung jener Bedürfnisse nicht hindern, die sich aus der zu erwartenden strukturellen wie auch physischen und psychischen Anpassung des Menschen und der Gesellschaft an das Atomzeitalter ergeben werden.

August Freudenthal

ZUR SITUATION DER MODERNEN MUSIK

Um den Zusammenhang zwischen der geistigen Produktion und der materiellen zu betrachten, ist vor allem nötig, die letztere selbst nicht als allgemeine Kategorie, sondern in bestimmter historischer Form zu fassen¹⁾.

Der interessante Beitrag Theodor Warners²⁾ veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen, obwohl ich nicht Fachmann auf dem Gebiet der Musik bin. Aber die Situation ist auch in anderen Bereichen der Kunst eine ähnliche.

Der Verfasser beginnt mit einem Zitat aus den Jugendschriften von Karl Marx³⁾. Abgesehen davon, daß es nicht ganz richtig wiedergegeben ist, bezieht sich Marx auf einen Zustand, der heute nicht gegeben ist. Im vorhergehenden Absatz heißt es nämlich wörtlich: .

„Die positive Aufhebung des Privateigentums als die Aneignung des menschlichen Lebens, ist daher die positive Aufhebung aller Entfremdung, also die Rückkehr des Menschen... in sein menschliches, d. h. gesellschaftliches Dasein.“

Auf einen solchen Zustand allein also bezieht sich das vom Verfasser gebrauchte Zitat, das vollständig so lautet:

„Also ist dieser gesellschaftliche Charakter der allgemeine Charakter der ganzen Bewegung, wie die Gesellschaft selbst den Menschen als Menschen produziert, so ist sie durch ihn produziert. Die Tätigkeit und der Geist, wie ihrem Inhalt, sind auch der Existenzweise (nicht Entstehungsweise) nach Gesellschaftlichkeit (nicht gesellschaftlich); gesellschaftliche Tätigkeit und gesellschaftlicher Geist.“

Marx unterscheidet also sehr scharf zwischen dem Zustand des Menschen unter der Herrschaft des Geldes (der Entfremdung) und dem von ihm vorgestellten Zustand, wobei es hier nicht darauf ankommt, ob die Möglichkeit besteht, diesen Zustand zu verwirklichen.

Aber der Verfasser hätte sehr gut Karl Marx als Kronzeugen anrufen können, wenn er nicht so fest davon überzeugt wäre, daß die heutige Musiksituation

¹⁾ Karl Marx „Theorien über den Mehrwert“ I, Seite 381.

²⁾ Vgl. Theodor Warner: „Chaos und Ordnung in der Musik“, DIE NEUE GESELLSCHAFT, Heft 6/1955.

³⁾ Karl Marx „Die Frühschriften“, Kröners Taschenausgabe Band 200, Seite 237, Stuttgart 1953.

kein Symptom der heutigen gesellschaftlichen Lage sei. Karl Marx schreibt schon in seiner Schrift „Der 18. Brumaire des Napoleon Bonaparte“: „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden“ (S. 7). Und in der Einleitung seines Buches „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (S. XXIV/XXV) betont er tröstend: „Der Kunstgegenstand — ebenso jedes andere Produkt — schafft ein kunstsinniges und schönheitsgenußfähiges Publikum.“ Und umgekehrt: „Die Konsumtion reproduziert das Bedürfnis.“ In den „Theorien über den Mehrwert“ sagt er ausdrücklich: „Die kapitalistische Produktion ist gewissen geistigen Produktionszweigen, wie der Kunst und Poesie, feindlich.“ Nun ist der „historische Materialismus“ sicher kein Dogma, hat doch Marx selbst ihn als einen Leitfaden für seine Studien bezeichnet. Paul Lafarge, sein Schwiegersohn, nennt ihn ein Forschungsmittel und ein neues Werkzeug, während Prof. Labriola von einem Forschungsprinzip und einer Untersuchungsmethode spricht.

Es besteht kaum ein Zweifel daran, welche Kreise sich gegen alles Neue in der Kunst wenden, handele es sich nun um die Musik oder um die Malerei und Plastik. Es sind doch im wesentlichen alle die restaurativ eingestellten Gruppen, die mit den gleichen Mitteln gegen eine sozialere Ordnung der Gesellschaft und gegen die Ausgestaltung der Demokratie angehen. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel.

Man braucht durchaus nicht alles zu unterschreiben, was die neue Kunst bringt, auch nicht in der Musik. Mode und wirtschaftliche Abhängigkeit, die Wandlungen des Weltbildes durch den Relativismus, die stürmische Entwicklung in Technik und Verkehr und die Unsicherheit der Weltlage bringen alle Begriffe in Bewegung und lösen täglich irgendwelche überkommenen Bindungen. Es ist durchaus keine Besonderheit, wenn dieses Tempo auch die kunstschaftenden Kreise erfaßt.

Aber es ist doch verdächtig, wenn sogar in populär gehaltenen Schriften wie in Hans Sedlmayrs „Die Revolution der modernen Kunst“⁴⁾ schweres Geschütz gegen die moderne Kunst aufgeföhren wird. Wir lesen dort: „Wie der Gedanke der absoluten Malerei, spukt der Gedanke der absoluten Musik schon seit den Tagen der Romantik.“ Von der Zwölftonmusik Schönbergs schreibt Sedlmayr: „Durch die Vorherrschaft atomistischer Elemente zergeht der Begriff des musikalischen Zusammenhangs... Verblendet erhebt man ein vom Menschen Gemachtes zum Urphänomen und betet es an, der authentische Fall von Fetischismus.“ Und: „Die Kunst löst ihre Verbindung zur Seinsordnung und Wertordnung... unter Absehen von allen ethischen und religiösen Rücksichten.“ Sedlmayr bemüht dann noch den Erzreaktionär Schelling, der behauptet, daß die wahre Zukunft nur von den starken, an der Vergangenheit festhaltenden Geistern geschaffen werde! Und zum Schluß prophezeit dann Herr Sedlmayr, daß „dieser neue Geist“ Natur und Kultur zersetzen werde, aber auch jedes menschenwürdige Dasein überhaupt, „daß er es geistig und seelisch zerstören würde, bevor sein stolzestes Produkt, die Atombombe, es auch physisch vernichtet“. Nun wissen wir Bescheid.

⁴⁾ Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Band 1.

Aufbruch ins Ungewisse

Gedanken zum Parteitag der Sozialdemokratie in München

Vor fast hundert Jahren haben sich die deutschen Sozialdemokraten zu einer politischen Partei formiert. Dieses hinter uns liegende Jahrhundert brachte das Ende des Kaiserreiches, die erste Republik, ihren Zusammenbruch und das unheilvolle Intermezzo des Dritten Reiches. Heute haben wir wiederum eine Demokratie, wenigstens in einem Teil unseres Landes; und immer noch gibt es eine starke Sozialdemokratie. Das allein wäre ein Grund, darüber nachzudenken, wie diese Partei das Programm und die Politik der Zukunft zu formulieren gedenkt.

Sozialismus als Idee und Experiment

Man hat oft gesagt, die Sozialdemokratie sei nicht imstande, über den Schatten ihrer Tradition hinaus zu gelangen und eine Gestalt zu gewinnen, die in unsere Zeit paßt. Sie sei befangen in Streitigkeiten zwischen ihrem „rechten“ und „linken“ Flügel und lasse sich in eine Vorstellungswelt abdrängen, die eigentlich der Realität nicht mehr entspreche und einer gespensterhaften Ideologie näher komme als dem Profil einer modernen politischen Bewegung. So sehr man eben dies an der Sozialdemokratie bemängelte, so wenig erwartete man im Grunde etwas anderes von ihr. Die Freien Demokraten beklagten, denn auch, daß die Münchener Beratungen der Sozialdemokraten kaum etwas Eigenständiges an sozialistischer Programmatik hätten erkennen lassen. Sie konnten zu diesem Schluß nur kommen, weil sie sich an historisch gewordenen Fragestellungen der sozialistischen Bewegung orientierten, nicht aber an den Problemen der Gegenwart, die zu bewältigen ihnen und den Sozialdemokraten gleichermaßen aufgegeben ist. Die Veränderungen der Welt und die neuen Bedingungen der industriellen Gesellschaft haben sich in den letzten Jahren so atemberaubend schnell ergeben, daß politische Parteien demgegenüber nur zwei Möglichkeiten behalten haben: Die ständige Besinnung auf ihre eigentliche Zielsetzung und die Frage danach, welche konkreten Chancen der Gestaltung die jeweils gegebene Situation bietet. Man kann die für die Politik interessantesten Tatsachen nicht mehr über einen Leisten schlagen, sie lassen sich nicht in das Schema einer einzigen Lehre pressen. Für die Sozialisten ist eines beständig geblieben: Sie wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen frei und in einer gerechten Ordnung leben können.

Von diesen beiden Ideen her können sie die Tatbestände der gesellschaftlichen Wirklichkeit anvisieren und nach gangbaren Wegen Ausschau halten. Praktisch ist Sozialismus also heute nichts anderes als die Summe der Sachlösungen, die von den Menschen, die sich in der Sozialdemokratie zusammengefunden haben, für richtig gehalten werden. Das mag den Verfechtern des Absoluten zu wenig sein, aber darin besteht gegenwärtig die einzige Möglichkeit der Verdeutlichung dessen, was der Sozialismus praktisch meint und wollen kann.

Tendenzen und Gegebenheiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu beachten, ist dabei von außerordentlicher Bedeutung. Dies zu tun reicht jedoch nicht aus, wenn man die Frage nach einer sozialistischen Gestaltung der Gesellschaft stellt. Die politischen Parteien unterscheiden sich heute sichtbar in den vorgeschlagenen Sachlösungen und in den Personen, die sie der Bevölkerung für eine Übernahme der Regierungsverantwortung empfehlen. Akzentuierung des Programms auf wenige wesentliche Forderungen ist deshalb ein Gebot der Stunde. Die Fähigkeit zur Integration von Einzelinteressen macht die politische Potenz einer Partei aus, und sie läßt sich konkret nicht besser erweisen als durch eine Konzentration auf die Vorschläge, die etwa für eine Legislaturperiode vordringlich und zugleich realisierbar sind. Ergänzt werden sollte eine solche Programmgestaltung durch die Auswahl einer politischen Führungsgruppe, die die Sozialdemokratie mit der Regierungsverantwortung zu betrauen gedenkt. Das braucht nicht in dem engen Sinne eines Schattenkabinetts zu geschehen, aber die Menschen in unserem Lande müssen wissen, welchen Personen sie die Durchführung einer sozialistischen Politik anvertrauen sollen. Erich Ollenhauer hat in München eine Rede gehalten, die zu Recht eher als staatsmännisch denn als parteitaktisch gewertet worden ist. Trotzdem sind wir der Meinung, daß es falsch wäre, wenn die Sozialdemokraten darauf verzichten würden, ein politisches Führungsteam aufzustellen und diese ihre Mannschaft der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Die Funktionsfähigkeit einer Demokratie ist um so weitgehender gewährleistet, je breiter ihre Grundlage in einer solchen Führungsgruppe ist.

Wehrfrage zwischen Emotion und Realität

Einigen Raum in den Beratungen des Parteitages nahm die Diskussion der Wehrfrage ein. Delegierte und Parteiführung fanden sich in dem gemeinsamen Willen, das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben, sofern die Sozialdemokratie die politischen Möglichkeiten dazu gewinnen sollte. Offen blieb die Frage, welche Form eines militärischen Beitrages der Bundesrepublik die SPD für akzeptabel halten würde, wenn sie im kommenden Jahr die Regierungsverantwortung mit übernehmen will. Ihr Vorsitzender lehnte eine „Politik der Zerreißung internationaler Verträge“ ab. Damit ist klar, daß die Sozialdemokraten die Hypothek einer Wiederbewaffnung des westlichen Deutschland zunächst einmal übernehmen müssen. Die Partei kann dabei von der wohl sicheren Erwartung ausgehen, daß es einen dritten Weltkrieg nicht geben wird. Sollte er dennoch ausbrechen, bestände für die Bevölkerung der Bundesrepublik ohnehin keine nennenswerte Chance des Überlebens, ob man nun ein Freiwilligenheer oder eine Streitmacht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aufbaut. Wenn die Bundesregierung unserem Volk hier weiterhin eine Chance der Sicherheit vorgaukeln sollte, dann wäre es Sache der Opposition, diesen Schleier der Illusionen zu durchstoßen. Soweit ein mit atomaren Waffen geführter Weltkrieg zur Debatte steht, gibt es keine aussichtsreiche Politik der militärischen Sicherheit, sondern nur die Hoffnung auf ein befriedigendes Ergebnis internationaler Verhandlungen mit dem Ziel einer kontrollierten Abrüstung.

Für militärpolitische Überlegungen der Sozialdemokratie bleibt dagegen die nicht zu übersehende Tatsache interessant, daß in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands die „Kasernierte Volkspolizei“ besteht. Der Kampfwert dieser Truppe ist sicher nicht allzu hoch zu veranschlagen, denn ein großer Teil junger Menschen dürfte der KVP kaum aus Überzeugung beigetreten sein. Trotzdem ist es vernünftig, Überlegungen darüber anzustellen, wie eine mögliche, auf den deutschen Raum beschränkte militärische Auseinandersetzung vermieden werden kann. Man könnte erwägen, in der Bundesrepublik eine Streitmacht zu schaffen, die in der Lage wäre, die KVP der Ostzone militärisch zu neutralisieren. Vielleicht findet die Sozialdemokratie hier eine diskutabile Basis für Verhandlungen um die Revision der Pariser Verträge, und sie könnte dabei zugleich dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung der Bundesrepublik in dem Maße gerecht werden, in dem es heute noch Sinn hat, von einer militärischen Sicherheit zu sprechen.

Offen ist weiter die Frage, wie sich die Sozialdemokraten zu den Menschen stellen

werden, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst mit der Waffe verweigern wollen, ohne durch die nun verabschiedete Fassung der entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes eine hinreichend weite Auslegung vorzufinden, und zu den anderen, die aus Überzeugung am Aufbau einer Art von „demokratischer Schutztruppe“ der Bundesrepublik mitwirken. Wir meinen, daß die SPD beiden Gruppen gegenüber eine ernste Verpflichtung hat. Sie wird sich überlegen müssen, wie die Wehrdienstverweigerer trotz der unzureichenden Bestimmungen des Gesetzes ihr Recht finden können, und sie sollte gleichzeitig denen eine politische Hilfe geben, die den Schritt in die deutschen Streitkräfte auf sich genommen haben. Alle Sozialisten fühlen sich — ungeachtet der Bewertung der gegenwärtigen Situation — einer Politik verpflichtet, deren leidenschaftliches Bestreben es ist, den Frieden in der Welt und in unserem Volk zu sichern. Solange diese gemeinsame Grundlage besteht, gibt es keinen Grund, sich bei der Diskussion über diesen oder jenen Weg zu entzweien.

Der „neue Kurs“ in Ost und West

Ollenhauer bekannte sich in München mit Nachdruck zu der Auffassung, daß freiheitlicher Sozialismus nur im Rahmen der parlamentarischen Demokratie verwirklicht werden kann. Damit werden viele Fragen hinsichtlich der Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft beantwortet. Diese Gesellschaft wird nicht von der Fiktion ausgehen können, als ob etwa der formale Wechsel des Eigentums an den Produktionsmitteln zwangsläufig „den Sozialismus“ bringen könne. Eine Gliederung der Gesellschaft wird auch unter sozialistischer Führung bestehen bleiben. Der Unterschied zu den Gegebenheiten der Gegenwart liegt darin, daß es in einer sozialistisch bestimmten Ordnung keine Privilegien geben darf. Leistung, Fähigkeit und Neigung werden die Stellung des einzelnen Menschen im Gefüge der Gesellschaft bestimmen.

Nur in dieser Sicht einer sozialistischen Politik liegt die Gewähr dafür, den Wandlungen des Kommunismus in geeigneter Weise zu begegnen. Nicht das Ziel der Kommunisten hat sich verändert, sondern ihre Methoden; das brachte der Oppositionsführer eindeutig zum Ausdruck. Die Interdependenz nationaler und internationaler Politik wird nirgendwo so anschaulich sichtbar wie an der strategischen und taktischen Anpassung der KPdSU an die Bedingungen der Weltlage. Auf die Karte eines atomaren Krieges zu setzen, ist heute für jeden unsinnig geworden. Die Entscheidung über das politische Gesicht unserer Welt wird fallen im Bereich der Wirtschaft, der Technik und der Psychologie. Die Demokratien des Westens haben das noch nicht hinreichend begriffen. Sie

reagieren auf die Schachzüge ihrer totalitären Gegenspieler mit den überholten Parolen des kalten Krieges, der Politik der militärischen Stärke, oder aber sie weichen aus in die naive Bereitschaft, einen „moralischen“ Wandel des Bolschewismus als möglich zu unterstellen. Beides ist gefährlich für die westliche Politik. Wir müssen den Mut haben, den scheinbar schlüssigen ideologischen Formeln der Kommunisten die These entgegenzusetzen, daß die Demokratie ihre Stärke nicht in einer umgekehrten Formel findet, sondern in der Vielfalt ihrer Lebensmöglichkeiten und Denkweisen. Diese differenzierte Problematik klar herausgearbeitet zu haben, wird ein bleibendes Verdienst der Rede Ollenhauers sein.

Roboter oder Mensch?

Von beklemmender Aktualität werden alle diese Fragen, wenn man die beiden entscheidenden Faktoren der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung in die Überlegung einbezieht; Atomenergie und Automation. Sie werden zu einer veränderten Produktionsverfassung führen, und die zu erwartenden Konsequenzen dieser Tatsache haben Leo Brandt und Carlo Schmid ihren Zuhörern in München deutlich zu machen gewußt. Der Atomplan der SPD und der Beschluß des Parteitagcs zur zweiten industriellen Revolution haben sich diese Folgerungen zu eigen gemacht. Die erste industrielle Revolution wurde, darauf wies Carlo Schmid hin, von vielen mit einem ungebrochenen Optimismus begrüßt. Heute dagegen zeichnen die Betrachter der Zeit düstere Bilder, die uns davor warnen, den Menschen zum Roboter werden zu lassen. Der Kulturpessimismus greift um sich, er findet Anhänger vor allem unter den Intellektuellen. Sicher geht es darum, die Gefahren zu erkennen, die unseren Weg in die Zukunft unwittem werden. Aber die Entscheidung darüber, wie diese Zukunft aussehen wird, ergibt sich nicht aus den Zwangsläufigkeiten irgendwelcher gesellschaftlicher Mechanismen, sondern aus der Willensentscheidung der Menschen. Wir müssen von der Frage ausgehen, wie die Ideen der Freiheit und der Gerechtigkeit in einer sich verändernden gesellschaftlichen Ordnung wirksam erhalten werden können. Damit ist auch die Funktionsfähigkeit der politischen Demokratie zur Diskussion gestellt. Geeignete Institutionen für eine intensivere politische Bildung zu schaffen wird neben der Bewältigung der wissenschaftlichen und technischen Probleme zu einer entscheidenden Aufgabe. Die Demokratie wird in Zukunft mehr noch als heute davon abhängt sein, ob eine genügend große Zahl von Menschen willens und in der Lage ist, politische Mitverantwortung zu übernehmen. Angesichts unserer Situation ist es deshalb einfach naiv zu fragen, ob wir eine Planung brauchen oder nicht. Eine ver-

nünftige Planung für die Freiheit wird heute zu einem unverzichtbaren Element jeder Politik, die die nächsten Jahrzehnte der gesellschaftlichen Entwicklung ins Auge faßt.

Verantwortung und Wille zur Macht

Die nichtsozialistische Presse zeigte sich außerordentlich überrascht, als der Parteitag der Sozialdemokraten seine Entscheidungen zu den wichtigsten Fragen der zukünftigen Politik einmütig traf. Man hatte einen zünftigen Hauskrach erwartet und war enttäuscht, daß der Streit zwischen den „Linken“ und den „Rechten“ ausblieb. Das ist nur zu begreifen, wenn man sich der grotesken Verkenning sozialdemokratischer Politik erinnert, die die publizistische Behandlung der SPD in den letzten Jahren immer wieder erkennen ließ. Die Sozialdemokraten galten als passionierte Nein-Sager. Wie differenziert ihre Politik seit langem ist, entging ihren Freunden und Gegnern vielfach. So hat z. B. die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in den beiden letzten Jahren 119 Gesetzesvorlagen ihre Zustimmung gegeben und nur 18 Entwürfe abgelehnt. In der Überraschung vieler Publizisten über den Verlauf des Münchener Parteitages wird zudem eine bemerkenswerte Ahnungslosigkeit dem tatsächlichen Gang der Meinungsbildung in großen politischen Parteien gegenüber deutlich. Viele Streitfragen werden vorher in den Führungsgremien, in Fachausschüssen und informellen Diskussionen bis zur Entscheidungseife abgeklärt und dann im Ergebnis gemeinsam vertreten. Eine staatstragende Partei wie die Sozialdemokratie kann es der deutschen Öffentlichkeit nicht zumuten, unbedachte Vorschläge entgegenzunehmen. Sie kann ihre Politik nicht allein aus der Opposition heraus formulieren, sie muß immer die Übernahme der Regierungsverantwortung im Auge behalten. Das hat die SPD in München erfaßt, und sie tat das in einem Stil, der selbst ihren Gegnern den Eindruck vermittelte, daß die Sozialdemokraten ein Gefühl der Ohnmacht endgültig überwunden haben. Das neue Selbstbewußtsein der SPD dürfte zu einem entscheidenden Faktor in der innenpolitischen Diskussion werden, und die Partei hat dieses Selbstbewußtsein einmündig lassen in einen klar formulierten Willen zur Übernahme der Verantwortung in unserem Staat, in den Willen zur Macht. Die Legitimität dieser Haltung ergibt sich daraus, daß die Sozialdemokraten nach ihrem Parteitag mit Recht sagen können, eine politische Gruppe zu sein, die in ihren Vorschlägen die Anforderungen des Tages ebenso berücksichtigt hat wie die wahrscheinlichen Gegebenheiten künftiger Entwicklungen. Daß ihr Weg von vielen heute noch unwägbarer Faktoren bestimmt sein wird, nimmt dieser Tatsache nichts von ihrer Bedeutung.

Amerikanische Gewerkschaften vor der Wahl

Von Dr. Heinz Pächter, New York

Die vereinigte amerikanische Gewerkschaftsbewegung geht in den bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf mit gefüllten Kassen, aber politisch nicht so kräftig wie sie wünschte. Ein großer Teil ihrer 15 Millionen Mitglieder ist „unpolitisch“ oder gar reaktionär eingestellt, und das gilt sogar für ehemalige Angehörige der Industrieverbände (CIO). Dennoch findet wohl eine Mehrheit unter diesen, entsprechend ihrer radikaleren Vergangenheit, Interesse für den linken Flügel der Demokratischen Partei; sie sind mit der Zughaftigkeit Stevensons unzufrieden und halten Kompromisse mit den Konservativen für schädlich. Die ehemaligen Fachgewerkschaften der „American Federation of Labor“ (AFL) haben im allgemeinen politische Verbindungen nur von Fall zu Fall gesucht und im einzelnen nicht nur Demokraten, sondern auch Republikaner, zu denen sie zufällige persönliche Verbindungen besaßen, unterstützt und als Mittelsleute zur Regierung benutzt. Der sehr einflußreiche Vorsitzende der 800 000 Zimmerleute, Hutchison, und der geschäftstüchtige David Beck, der Führer der anderthalb Millionen Fuhrleute mit ihrem Unterweltsanhang, waren 1952 für Eisenhower und werden auch für die kommende Wahl im republikanischen Lager tätig sein. Andererseits ist auch die linke Führerschaft nicht einig über die Taktik des politischen Kampfes. Die alten AFL-Führer halten es für klug, im Denunzieren von Kommunisten von keinem übertröffen zu werden, und der Vorsitzende George Meany hält gelegentlich Kanzelreden gegen auswärtige Kollegen oder ihre neutralistischen Staatshäupter.

Immerhin hat im Jahre 1952 zum ersten Male die Spitze der AFL sich für einen Präsidentschaftskandidaten, nämlich Stevenson, erklärt. Es war das Werk ihres Vorsitzenden George Meany, der jetzt Vorsitzender des Einheitsverbandes ist. Er und der Automobilarbeiterführer Reuther waren die treibenden Kräfte der Einigung; sie haben das gleiche politische Ziel im Auge und suchen Stevenson nach links zu drängen, ohne ihm jedoch mit dem Übergang zu einem radikaleren Kandidaten zu drohen, denn sie wünschen einen Kandidaten aufzustellen, der gewinnen kann. Sie wünschen auch eine Kongreßmehrheit, die zur Abschaffung oder Modifizierung des gewerkschaftsfeindlichen Arbeitsgesetzes bereit ist. Zwar ist die Bestimmung, aus der auf lange Sicht den Gewerkschaften die

meiste Gefahr droht, erst einmal angewandt worden — in dem blutigen Streik bei der Perfect Circle Corporation, wo Streikbrecher über den Abbruch des Streiks mit abstimmen durften —, aber gerade bei diesem Kampf, der sich in McCarthys Gebiet abspielte, zeigte sich die Bedeutung der Staatsmacht. Auch im rückständigen Süden, wo die neuen Arbeiterschichten keine organisatorische Tradition besitzen, haben die Gewerkschaften mit feindlichen Gouverneuren oder Polizeipräsidenten schwer zu schaffen. Andere Staaten wieder haben Sondergesetze gegen den gewerkschaftlichen Organisationszwang. Beträchtliche Mittel sollen auch in diesem Jahr wieder dazu verwendet werden, die Widerstände des Südens gegen gewerkschaftliche Organisation zu brechen.

Vor neuen Situationen

Der „Closed Shop“ mit seinen Abarten bleibt der Hauptgegenstand des gewerkschaftlichen Kampfes; er ist Grundlage aller Organisationsversuche in einem Lande, dessen arbeitende Klasse sich nicht als Proletariat betrachtet. Die ständige Fluktuation zwischen ländlicher Handwerker selbständigkeit und den Aufstiegsmöglichkeiten in der industriellen Gesellschaft läßt keine Klassenerziehung zu. Der Organisationszwang aber — und das ist der Closed Shop — gibt der Gewerkschaft ein inoffizielles Mitbestimmungsrecht, das in der Praxis oft viel weiter geht als im deutschen Gesetz. Auch in den weitergehenden Plänen Walter Reuthers liefert die gewerkschaftliche Kontrolle des Zuzugs ein Instrument konjunkturpolitischer und sozialpolitischer Planung.

Die technische Entwicklung, die namentlich in den letzten Jahren unter dem Namen Automatisierung riesenhafte Fortschritte gemacht hat, zwingt die Gewerkschaftspolitiker, in einem ganz anderen Rahmen zu denken, als sie es bisher gewohnt waren. Die Produktivitätssteigerung im einzelnen Gewerbe, die bisher zum Ausgangspunkt immer gesteigerter Lohnforderungen wurde, ja die oft im Interesse der Lohnerhöhung den Unternehmern von den Gewerkschaften aufgezwungen wurde, droht in nicht zu ferner Zukunft die Kampffähigkeit der Gewerkschaften zu untergraben und technologische Massenarbeitslosigkeit hervorzu bringen. Dies war der unmittelbare Anlaß für die Forderung nach dem garantierten

Jahreslohn, nach Pensionsrechten und anderen Einrichtungen, die eine Massenentlassung für den Betrieb kostspielig machen sollen. Viele Arbeiter jedoch wollen statt dieser Sicherungen lieber einen höheren Wochenlohn ausgezahlt bekommen und verstehen oft nicht die auf lange Sicht berechnete Politik ihrer Führer. Es liegt im Wesen dieser Sicherungen, daß sie auf alle Arbeiterschichten in gleicher Weise angewendet werden müssen und daher die höchstqualifizierten Arbeiter des Betriebes scheinbar benachteiligen. Gleichzeitig hat die Regierung, dem politischen Drängen nachgebend, den Mindeststundenlohn auf einen Dollar erhöht und damit eine weitere Welle von „Gleichmacherei“ innerhalb der Arbeiterschaft hervorgerufen. Die Unterschiede zwischen der Entlohnung der schlechtstbezahlten und der bestbezahlten Kategorien sind jetzt (bei Ausschaltung von Saisonberufen) in Amerika geringer als in irgendeinem andern Lande. Im Baugewerbe beträgt der Stundenlohn der Qualifizierten 3,50 Dollar, der der Handlanger 2 Dollar. Die Streuung zwischen dem Mindestwochenlohn und den höchsten Spitzenlöhnen mit Sonderrzulagen geht von 40 bis 200 Dollar. Der durchschnittliche Wochenlohn in der Industrie beträgt etwa 80 Dollar.

In der Prosperitätsperiode ist dieses hohe Lohnniveau im wesentlichen durch Verhandlungen und überlegene Strategie erreicht worden, wobei nur selten durch Streiks und öffentliche Propaganda nachgeholfen wurde. Die sogenannten Schrittmacherbetriebe, d. h. die großen Konzerne mit ihren Millionen- oder gar Milliardenverdiensten und ihren oft sehr fortschrittlich eingestellten Managern, konnten die Lohnforderungen bewilligen; Kleinbetriebe mußten wohl oder übel nachfolgen. Aus der wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und konjunkturpolitischen Zusammenarbeit zwischen Managern und Gewerkschaftsführern entstand dabei ein neues Klima der Arbeitsbeziehungen, auf das Ausdrücke wie „reformistisch“ und „wirtschaftsfriedlich“, die an die Praxis europäischer Gewerkschaften erinnern, nicht mehr passen. Das reaktionäre Kleinunternehmertum fürchtet nicht ganz mit Unrecht eine Verständigung der Gewerkschaftsbürokratie mit der Konzernbürokratie und der Staatsbürokratie — Big Business, Big Labor und Big Government — auf dem Rücken der Mittelschicht. Bei ihren hohen Gehältern können die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften den Managern der Unternehmen als gesellschaftlich Gleichstehende gegenüber treten und mit ihnen in der gleichen Schärfe verhandeln wie jeder andere Geschäftsmann; sie verkaufen Arbeitskraft so teuer wie möglich, denn ihre gutbezahlten Jobs können sie nur behalten, wenn ständigen Erfolge den Mitgliedern beweisen, daß sie dieses Gehalt auch wert sind. Infolge

dieses Umstandes wächst eine Führerschicht heran, die ihre Geschicklichkeit im Verkauf der Ware Arbeitskraft nach den gleichen Gesichtspunkten des Erfolges mißt wie der Verkäufer jeder anderen Ware. Diese Führerschicht ist zwar nicht ganz einheitlich in ihrer Herkunft und Gesinnung. Besonders bei ehemaligen CIO-Lauten findet sich oft noch die Erinnerung an die syndikalistischen Anfänge der Bewegung, und bei manchen Führern wirkt noch die Ideologie der gesellschaftlichen Umwälzungen unter dem New Deal, während einige AFL-Gewerkschaften auf eine zünftlerische Tradition und andere auf gewalttätige Organisationsmethoden zurückblicken. Trotzdem eint sie alle nun die sozialreformistische Ideologie einer Interessenvertretung, die teilweise sehr gegen ihren Willen und fast in allen Fällen gegen die Vorstellungswelt ihrer Mitglieder, zu planwirtschaftlichen Gedankengängen und zum Eingreifen in die Politik gedrängt wird.

Um die Einheit der Gewerkschaften

Doch ist diese allgemeine Feststellung in vielen einzelnen Fällen durchbrochen. Zunächst bleiben große Organisationen der Einheitsgewerkschaft fern; die Eisenbahner, weil sie einem besonderen Gesetz unterstehen; die Kohlenbergleute, weil ihr Führer John Lewis zwar die CIO gründete, aber mit dem New Deal und der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts in Streit geriet; ein Teil der Hafenarbeiter, weil sie sich nicht von der organisatorischen und finanziellen Herrschaft der Gangster in ihrem Gewerbe befreien konnten; ein Teil der Elektriker, weil sie unter kommunistischer Führung stehen; und die Zinn- und Kupferhüttenarbeiter im Südwesten, die ein wirkliches Proletariat in Amerika darstellen und als Kommunisten gelten. Selbst innerhalb der neuen Organisation gibt es Dissidenten. Wir haben bereits von den beiden republikanischen Gewerkschaftsführern Beck und Hutcheson gesprochen. David Beck bestrebt sich — mit Hilfe der Machtstellung, die ein gutorganisiertes Fuhrwesen in vielen abhängigen Gewerbezweigen verschaffen kann — auch Angestellte des Einzelhandels, Handlanger in anderen Betrieben und kurz jeden, der irgendetwas „bewegt“, in seine Gewerkschaft hineinzuziehen; er gerät dabei oft mit anderen Gewerkschaften in Konflikt. Sein Ziel ist offenbar nicht die Stärkung der Gewerkschaft, sondern der Bau eines „Empire“. Seine Gewerkschaft besitzt auch schon Banken und gewerbliche Unternehmen, man beruft ihn in den Aufsichtsrat öffentlicher Betriebe oder in das Kuratorium einer Universität. Auch andere Gewerkschaften versuchen einander gegenseitig Mitglieder wegzufangen oder sich die Zuständigkeit für bestimmte Gewerbegruppen oder Betriebe streitig zu machen. Trotz aller gegenseitigen Versicherungs-

pakte geschehen sogar noch gelegentlich Streiks oder Boykotts einer Gewerkschaft gegen die andere. Die Einheit ist bei weitem noch nicht so organisch, daß der Vorsitzende die Macht hätte, solche Streitigkeiten zu schlichten.

Andererseits hoffen auch die fortschrittlicheren Gewerkschaften — und das sind nicht nur die ehemals revolutionären CIO-Führer, sondern auch alte „wirtschaftsfriedliche“ Gewerkschaften wie die Drucker oder die Textil- und Bekleidungsarbeiter — über die Einheitsorganisation ihre eigenen Ideen durchzusetzen. Die größeren unter diesen Gewerkschaften führen einen Kampf um die Angliederung von kleinen Gruppen, deren selbständiges Überleben nur zünftlerische Sonderinteressen verewigen würde, oder sie suchen eine Fachgewerkschaft mit teilweise sehr hochbezahlten Qualifizierungen weiteren Arbeiterschichten zu öffnen bzw. ihnen eine modernere Sozial- und Handelspolitik aufzuzwingen. Dabei kommen interessante Fragenkomplexe auf, die eigentlich nicht mehr in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gehören. Während z. B. die Einheitsgewerkschaft den Kongress um Senkung der Zolltarife ersucht, können solche Sondergruppen ein Gegengutachten zugunsten höherer Zölle einreichen. Das soll unterbunden werden, wenn die zunächst äußerliche Einheit zu einer wirklich organischen Verschmelzung geführt hat.

Oder es handelt sich um eine großzügigere Einwanderungspolitik, gegen die auch wieder Sondergruppen nach dem alten Prinzip des Zuzugfernhaltens Stellung zu nehmen suchen. Das Überwiegen von neuen Bevölkerungsschichten in den Massengewerkschaften wird auch zur Bereinigung dieser Frage führen. Die heikelste Frage betrifft schließlich die Neger; im Süden benutzt manche Gewerkschaft — wie etwa die Autobusfahrer — bestehende Rassenvorurteile, um den Closed Shop noch fester gegen Außenstehende abzuschließen. Sie werden von der Zentrale ständig zur Großzügigkeit ermahnt, aber am Ort erklären die Funktionäre, sie könnten unter den weißen Arbeitern keine Mitglieder gewinnen, wenn sie sich gleichzeitig auch an die Neger wenden oder sich gar für sie einsetzen. Jedem Kenner der Verhältnisse ist klar, daß dieser Einwand auf Tatsachen beruht und nur durch geduldige, sehr langwierige Erziehungsarbeit zu überwinden ist. Ähnliches gilt für die chauvinistischen Sympathien der polnischen und deutschstämmigen Arbeiter in McCharty's Wahlgebiet und für gewisse irisch-katholische Arbeiterkreise. In all diesen Fällen sucht die Zentrale aufklärend einzugreifen, und als Ganzes steht die Gewerkschaftsbewegung in der vordersten Front aller Bewegungen für Gleichberechtigung und Toleranz.

Ideologien und Probleme Israels

Von Hans Waldmann, Berlin

Die zufällige und einmalige Ko-operation der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Rahmen der Vereinten Nationen vom November 1947 schuf die völkerrechtlichen Grundlagen des neuen Staates Israel. Vorangegangen war eine lange Periode des Kampfes der Juden um Selbstbestimmung und Selbstverwaltung im Gebiet der Mandatsmacht Palästinas. Eine große Welle terroristischer Akte hatte Jahre hindurch das Land und die Weltöffentlichkeit in Spannung gehalten. Die Araber, von der Mandatsmacht ermutigt, drohten mit Aufruhr und Krieg für den Fall einer für die Juden günstigen Entscheidung.

Der starke Einfluß jüdischer Bevölkerungsteile in den USA jedoch bestimmte schließlich die Entscheidung des State Department. Damals wie heute war die amerikanische Außenpolitik ständigen Schwankungen unterworfen. Nicht minder überraschend wirkte die Entscheidung der Sowjetunion und der Ostblockstaaten, die auf ihre starken jüdischen Minderheiten, die in den Staaten an fünf Millionen beträgt, keinerlei Rücksicht zu nehmen hatte.

Stalins Antizionismus und die bisherige Haltung der Ostblockstaaten schienen dem von antisemitischen Vorurteilen nicht ganz freien englischen Außenminister Ernest Bevin ein so sicherer Bremsklotz gegen die Zustimmung der Union zu einem Judenstaat, daß er getrost die Lösung dieses Problems nach der Tagung einer Kommission der Vereinten Nationen in Palästina der UN-Hauptversammlung zuschob. Er verspekulierte sich — die Vollversammlung nahm die Empfehlung der Kommission zur Gründung eines jüdischen Staates an. Der ursprüngliche Teilungsplan, der die Zusammenarbeit beider Bevölkerungsteile vorsah, ging durch die weiteren Ereignisse unter. Das gleiche gilt für die anfänglich vorgesehenen Landesgrenzen.

Im Chaos der Übergangszeit vom Dezember 1947 bis Mai 1948 entstand der neue Staat Israel. Während dieser kurzen Periode gab die englische Mandatsregierung sich nicht einmal den Anschein zur Aufrechterhaltung staatlicher Funktionen, geschweige denn der Sicherheit im Lande. Die blutigen Unruhen gingen in offenen Krieg über. Die sieben arabischen Länder

verbündeten sich zum gemeinsamen Endangriff. In diesen Stunden, während denen das englische Militär das Land verließ, wurde der Staat Israel ausgerufen. Nur wenige gestanden ihm eine längere Lebensdauer zu. Über größere Erfahrungen in der Verwaltung verfügten die Juden nicht. Auch während der Mandatszeit waren sie von höheren Verwaltungspositionen ferngehalten worden. Verteidigungswaffen existierten nicht, mit Ausnahme geringerer Mengen Kleinwaffen, im Besitze der Polizei befindlicher Panzerwagen und einiger weniger Beutestücke, wie Maschinengewehre, die zum Teil aus den Überfällen der Terroristen auf Militärlager stammten. Der Ring der gut bewaffneten und unter einheitlichem Kommando stehenden arabischen Armeen hatte sich geschlossen. Die jüdische Armee war eine Legende. So jedenfalls urteilten viele gute Kenner der Verhältnisse. Und das Waffenembargo — das sich in der Praxis gegen die Juden richtete — sollte ein übriges tun. Daß sich dieser Staat dennoch behauptete, seine Grenze über das von den Vereinten Nationen zugesprochene Gebiet hinaus sogar erweiterte, erschien vielen ein Wunder. Doch worauf beruhte dies?

Wie konnte der neue Staat bestehen?

Eine objektive Beurteilung dieser Entwicklung setzt eine gewisse Kenntnis der zugunsten der Juden wirkenden Triebkräfte materieller und ideeller Art voraus.

Nachdem vor 2000 Jahren bereits die Vorgänger des heutigen Staats, die damaligen Staaten Juda und Israel, von den babylonischen und assyrischen Eroberern zerschlagen worden waren, erlebte der südliche Staat Juda mit seiner Hauptstadt Jerusalem noch eine kurze Scheinblüte. In den makkabäischen Kriegen zerschlugen die römischen Eroberer — wie es schien für immer — die Reste eines jüdischen Staatswesens. Das jüdische Volk zerstreute in alle Himmelsrichtungen, ertrug Verfolgungen, assimilierte und vermischte sich — und hielt dennoch in erstaunlichem Maße seinen Willen zur staatlichen Unabhängigkeit wach.

Es ist kein Zufall, daß einer der frühesten jüdischen Assimilanten — Flavius Josephus — zum bedeutendsten Geschichtsschreiber seines Volkes in dieser Epoche wurde. Mit einer Griechin verheiratet, von seinen römischen Gastherren mit allen Ehren überhäuft, von seinem Mischlingssohn und nicht zuletzt von seiner Frau aufs beste gehaßt, gab er das bequeme Leben in Rom auf, um schließlich in Judäa unterzugehen. Durch ihn blieben der Nachwelt die wesentlichen Zusammenhänge der jüdischen Geschichte des Altertums erhalten. Ein anderer „Assimilant“, Lion Feuchtwanger, nahm 2000 Jahre später den geschichtlichen Stoff wieder auf und formte hieraus einen seiner besten Romane, „Der jüdische Krieg“.

Die Kenntnis der jüdischen Geschichte, die sich nach dem Zusammenbruch in verschiedene nationale Geschichten aufspaltete, kann das Phänomen der Erhaltung nationaler Triebkräfte über Jahrtausende je doch allein nicht erklären. Sie hätte sich Jahrhunderte überdauern und jüdische Nationalbewußtsein wachhalten können.

Der jüdische Staat des Altertums war ein Theokratie gewesen, und lange noch nach seinem Untergang setzten die Priester die Pflege des Staatsgedankens als Teil der Religion fort. Das Synhedrion, das höchste jüdische Gericht, war ein religiöses Gericht, das weitgehend in die Interessen der einzelnen eingriff. Die Priester entwickelten die Religionsphilosophie noch lang nach dem Untergang des Staates und hielten das Verbundenheitsgefühl mit den Lands wach. Jüdische Gebete und Psalmen enthielten die Sehnsucht zur alten Heimat. Der in Israel zu anderen als in den Ländern der Emigration übliche Wechsel der Jahreszeiten blieb in den Gebeten erhalten.

Als Begleiterscheinung blieb ein in religiöser Form gekleideter Glaube an einen Messias, der die Erlösung bringen würde. Das Erscheinen falscher „Erlöser“ im Mittelalter brachte wiederholt neuen Auftrieb in dieser Richtung. In gewissen jüdisch-orthodoxen Kreisen lebt dieser Glaube auch heute noch fort. Das geht soweit, daß diese Gruppen, obwohl sie teilweise in Israel ihr Domizil haben, zur Verneinung des heutigen „weltlichen“ Staates treibt.

Eine wenn auch zahlenmäßig geringe Gruppe Juden war über die Jahrtausende hindurch immer im Lande geblieben, und man kann heute noch in dem in Galiläa gelegenen Ort Pekiin mit ihren Nachkommen ihre Höhlenwohnungen und Synagogen betrachten. Zu größeren Aus- und Rückwanderungen nach Palästina kam es um die Wende des vorigen Jahrhunderts im Anschluß an die russischen Judenpogrome. Die Erfahrungen des Dreyfusprozesses in Frankreich bewogen den ungarischen Juden Theodor Herzl zur Aufgabe seiner assimilatatorischen Tendenzen. Er wurde zum Führer einer sich zunächst mehr auf die Ostjuden stützenden Nationalbewegung, der Zionisten. Zu diesem Zweck verband er sich sogar mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II., den er gern zum Schutzherrn Palästinas erkoren hätte. Auf dem „Kreuzzug“ des Kaisers nach Jerusalem begrüßte Herzl ihn auf dem heute noch existierenden Mustergut des Barons Rothschild in Mikveh Israel bei Jaffa/Tel-Aviv.

Weiteren Auftrieb erfuhr die jüdisch-nationale Idee durch das Versprechen einer „jüdisch-nationalen Heimstätte“, das der als Wissenschaftler wie als Politiker bekannte jüdische Chemieprofessor und spätere erste Staatspräsident Chaim Weizmann für seine im ersten Weltkrieg den Engländern geleisteten Dienste erhielt. Es bildete die Basis für neue Massenimmigra-

tionen nach dem Krieg. Um den Begriff des Wortes „Heimstätte“ entbrannten später nicht nur ideologische Kämpfe. Aber erst nach Hitlers Machtergreifung kam es zu einer Masseneinwanderung auch aus Westeuropa, wenn auch durch englische Gesetze eingeschränkt. Als während des zweiten Weltkrieges die britischen Mandatsbehörden gewaltsam das Land „illegaler“ Schiffe mit Einwanderern aus Europa verhinderten, was viele Todesopfer zur Folge hatte, entstand die jüdische Terrorbewegung. Höhepunkte terroristischer Aktivität bildeten die im Jahre 1944 erfolgte Ermordung des britischen Sonderministers für den Mittleren Osten, Lord Moyne, bekannt wegen seiner Gegnerschaft zur jüdischen Einwanderung; das Bombenattentat auf das Regierungsstellen beherbergende Hotel „King David“ in Jerusalem 1946; schließlich der gescheiterte Versuch, während des Unabhängigkeitskrieges 1948 ein von „Cheruth“ ausgerüstetes Munitionsschiff, die „Atalena“, bei Tel-Aviv zu landen, um hierdurch das Waffenstillstands-Abkommen zu Fall zu bringen. In Erinnerung ist auch noch die Ermordung des Grafen Bernadotte. An der Gefährlichkeit dieser Gruppe für den Frieden und darüber hinaus für den Bestand des demokratischen Staatsgefüges ist nicht zu zweifeln.

Zur gleichen Zeit mit dem Auftreten Herzls entstand in Palästina und unter den russischen und polnischen Juden das zu neuem Leben erwachte Hebräisch als Umgangssprache. Es wurde modernisiert und hörte damit auf, lediglich religiöses Ausdrucks- und Bindemittel zu sein. Zu ihren bedeutendsten Schöpfern gehörten Ben-Yehuda und der Poet Bialik.

Hauptträger der zionistischen Idee in den Ländern der Diaspora und des geistigen und organisatorischen Zusammenhalts der in Palästina lebenden Juden wurde die zionistische Dachorganisation, die Jewish Agency. Ihr gehörten die einzelnen jüdischen Parteien und Organisationen im Verhältnis ihrer Stärke an. In regelmäßigen, im In- und Ausland stattfindenden Wahlen wurden die Vertreter dieser Organisation gewählt. Die Jewish Agency war eine von der englischen Mandatsmacht rechtlich anerkannte Körperschaft und sollte unter anderem die Verbindungen zur Mandatsverwaltung herstellen. Ihre höchste Instanz war der in bestimmten Abständen tagende Kongress. In der Praxis verfügte die Jewish Agency über den gleichen Verwaltungsapparat in Miniatur wie die Mandatsmacht — mit dem Unterschied, daß sie die direkte Tatkraft mit den jüdischen Massen hatte.

Gewerkschaften als Träger Israels

Die Massen aber entstammten soziologisch vorwiegend der Arbeiterklasse, Handwerkern und dem Mittelstand. Kapitaleinwanderung hatte es auch vor 1933 schon

gegeben, weniger aber Einwanderung von Kapitalisten; denn wer wollte unter Preisgabe persönlicher Vorteile oder Bequemlichkeit sich in ein Land begeben, das industriell nicht entwickelt war und in der Landwirtschaft wenig Aussichten außer Malaria besaß? Es bedurfte schon großen Idealismus, um Sümpfe auszutrocknen, feindlich gesinnten Arabern gegenüberzustehen und sich in einer Gemeinschaft freiwillig zusammenschließen, die keinerlei Entgelt bot. Hingegen gab es als einzige Entschädigung eine nur zu spärliche Kost und ein Zelt oder bestenfalls eine Holzbaracke als Behausung. Diese landwirtschaftlichen Gemeinschaften, Kibbuzim genannt, könnte man mit den russischen Kolchosen vergleichen, würden letztere auf freiwilligem Zusammenschluß beruhen. Allmählich entwickelte sich neben den landwirtschaftlichen Siedlungen der Kibbuzim, den genossenschaftlichen Bauernhöfen und selbständigen Bauern ein städtisches Proletariat. Die Forderung nach gewerkschaftlicher Interessenvertretung wurde laut. So entstand die Histadruth als eine allumfassende Land- und Industriearbeitergewerkschaft, der auch Angestellte und selbständige Handwerker angehörten, sofern sie nicht Dritte beschäftigten. Laute Kritik rufen daher heute u. a. die den Gewerkschaften angehörenden Chauffeure der Autobuskooperativen wegen ihrer Einkommen und der Beschäftigung Dritter — auch von Lohnchauffeuren — hervor.

Unter dem Mandatssystem existierten keinerlei staatliche soziale Institutionen, wie Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung, Alters- und Invalidenversicherung. Die Histadruth nahm einen Teil dieser Sorgen ab und schuf ein Krankenkassensystem, das einerseits auf freiwilligen Beiträgen der Histadruthmitglieder, andererseits auf Ambulatorien und fest angestellten Ärzten, Krankenschwestern und Pflegepersonal beruhte. An diesem Aufbau hat sich bisher nichts geändert. Der Gewerkschaftsbeitrag schließt daher die Beiträge zur Krankenkasse mit ein. Gewerkschaftliche Tarifverträge bedingen aber zum Teil anteilmäßige Zuwendungen der Unternehmer zu den Krankenkassenbeiträgen. Neuerdings sind Bestrebungen im Gange, die Krankenkasse der Histadruth zu einer staatlichen Einrichtung zu machen und hierbei kleinere Konkurrenzunternehmen mit einzuschließen sowie Krankenhauspflege allen Einwohnern unbeschadet ihrer sozialen Lage angedeihen zu lassen.

Die Histadruth wurde durch diese Doppelfunktion zu einem unentbehrlichen Faktor für den der Sprache und Landesgewohnheiten zumeist unkundigen Neueinwanderer. Bereits in den Jahren vor Gründung des Staates war sie eine Massenorganisation. Mit dem Einstromen von Hunderttausenden neuer Einwanderer aus Europa, Afrika und Asien befestigte sie ihre Position. Sie dürfte heute über 500 000 Mitglie-

der zählen (1947: 200 000). Da auch Familienangehörige mit versichert sind, betreut sie mehr als eine Million; das ist die große Mehrheit des Volkes ($1\frac{1}{2}$ Millionen Juden).

Da die Histadruth zu ihrer Gründungszeit vor etwa 40 Jahren hauptsächlich Interessenvertreterin der landwirtschaftlichen Arbeiter war, erklärt sich hieraus ihre bis auf den heutigen Tag erhaltene Machtposition auf dem Lande. Neben der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Landarbeiter erwuchs immer wieder die Frage der persönlichen Sicherheit, da die arabischen Nachbarn oft genug eine Gefahrenquelle bildeten. Aus den Reihen der Histadruth bildete sich eine Feldhüter-Organisation, die sich dann im Laufe der Jahre zu der mehr oder weniger „illegal“ arbeitenden Wehrorganisation der „Haganah“ entwickelte. Illegal, weil sie neben den Arabern auch mit der Mandatsmacht zu rechnen hatte.

Die Haganah setzte sich aus allen Volkskreisen zusammen, insbesondere aus der Arbeiterklasse. Anfangs unterstützten sie alle Parteien. Ebenso wie die Histadruth und die sozialistischen Arbeiterparteien war sie auf demokratischen Prinzipien aufgebaut. Nur in Fällen aktueller Strategie und Taktik mußten diese dem Führungsprinzip weichen. Ihre Entstehung einer Zwangsaufigkeit verdankend, bildet sie ein Beispiel wehrhafter — und manchmal allzu wehrhafter — Demokratie. Diese Prinzipien und die Frage des Umfangs des zu bildenden Staates und der anzuwendenden Mittel spielten eine entscheidende Rolle bei der Spaltung der Haganah lange vor 1947. Aus diesen Gegensätzen heraus entstanden die revisionistische (chauvinistische) Organisation und im Anschluß terroristische Minderheitsgruppen. Eine Reihe der Führer dieser Gruppen, wie der revisionistische Jabotinsky, gehörten ursprünglich zur sozialistischen Bewegung, die sie dann schärfstens bekämpften.

Während des zweiten Weltkrieges dienten mehr als 30 000 junge Juden in den verschiedenen Einheiten der englischen Armee, der Luftwaffe und der Marine. Zusammen mit den im Lande verbliebenen aktiven Mitgliedern der Haganah und den nach Kriegsende eingewanderten Widerstandskämpfern bildeten sie trotz ihrer Waffenarmut den Kern der künftigen jüdischen Armee. In Anlehnung an die frühere Bezeichnung trägt diese nunmehr den Namen „Z'vat Haganah“, d. h. Verteidigungs-Armee. Die palästinensischen Araber waren dem von der Mandatsmacht auch an sie ergangenen Ruf zu den Waffen nicht oder nur ungenügend gefolgt. Sie befanden sich daher den Juden gegenüber sowohl in organisatorischer wie auch waffentechnischer Hinsicht im Nachteil. Daran änderte auch nichts die von dem englischen General Glubb Pasha mit Hilfe von anderen englischen Offizieren geleitete

Arabische Legion des Königreich Jordanien, das ursprünglich einen Teil Palästinas bildete. Die Entlassung Glubbs und der Mangel an europäischen Ausbildungsoffizieren wird ihre Schlagkraft eher schwächen.

Bis ins Jahr 1947 dauerten die Entlassungen der jüdischen Soldaten aus britischen Militärdienst, lange genug, um sie de Waffentüchtigen nicht zu entfremden. Viele hatten ihre Militärzeit und die Periode danach benutzt, sich allgemein-strategische Kenntnisse anzueignen. Andere, wie der spätere Generalstabschef Yadin, stellten ihre archäologischen und topographischen Kenntnisse dem neuen Militär zur Verfügung. Weiter hatte der während des Krieges in Indien gefallene Oberst Orde Wingate seinen Freunden in der Haganah während der arabischen Unruhen 1936/7 wertvolle militärische Ausbildung zukommen lassen. Die Unterlegenheit an Waffen wurde durch militärische Kenntnisse und Idealismus mehr als ausgeglichen.

Die Bedeutung der Genossenschaften

Gleichfalls zwangsläufig und nicht alle wirtschaftlicher Erkenntnis entsprungen entstanden überall im Lande landwirtschaftliche Produktiv- und Konsumgenossenschaften, die zugleich ihre eigenen Einkäufe zentral tätigten. Sie wurden von der Gewerkschaft gefördert und unterstützt. Ihre bedeutendsten Unternehmen sind gewerkschaftliches Eigentum. Das Vorhandensein einer heute zu einem Großstift herangewachsenen Arbeiterbank erleichterte die Aufgabe. Übrigens stand die Arbeiterbank unter der Leitung des aus hier sehr bekannten Wirtschaftstheoretikers Fritz Naphthali, einem der Minister Israels. Seiner Feder entstammt ein sehr aufschlußreiche Geschichte der israelischen Genossenschaftsbewegung. Eine der bedeutendsten landwirtschaftlichen Vertikalerorganisationen ist die Tnuvah. Sie verfügt über ein weitverbreitetes Verteilernetz von in privater Hand befindlichen Läden, durch die sie die Milch- und Mehlereiprodukte hauptsächlich der Kibbuz umsetzt. Daneben entwickelten sich besonders nach 1947 in den Städten und Gemeinden Konsumgenossenschaften. An hier waren wirtschaftliche Schwierigkeiten der Vater des Gedankens. Diese Genossenschaften sind in einer zentralen Dachorganisation, dem Hamashbir Hamerkazi, zusammengeschlossen, der ihre Einkäufe in- und Ausland zentralisiert und ebenfalls einige Warenhäuser unterhält. Die Deviseschwierigkeiten des Staates brachten mit sich, daß der private Import mehr und mehr von genossenschaftlichem und staatlichem Import abgelöst wurde. Die genossenschaftliche Organisation in der Hand der nun zu Staatsmännern aufgerückt Gewerkschafter und Sozialisten wurde einem Machtinstrument, zugleich auch einem Streitobjekt. Unter dem Motto C

meinerwirtschaft oder Privatwirtschaft standen sich auf einmal jüdische Arbeiter und Unternehmer oft recht feindselig gegenüber. Der Staat hatte nicht nur die Juden politisch freigemacht — er verstärkte auch die Klassengegensätze. Das private Unternehmertum war weder als Einwandererschicht noch als aktiver Wirtschaftsfaktor besonders hervorgetreten. Allerdings war es dazu weder durch Maßnahmen noch auf andere Weise von den leitenden Funktionären des Staates ermuntert worden. Seine Chancen dürfte das Privatkapital in Israel verspielt haben. Dafür gibt es ein sich fast in Monopolstellung befindliches Genossenschaftskapital, das gerade wegen der Zweiterstellung des Besitzes als Unternehmer und Wahrer der Gewerkschaftsinteressen Arbeitern und Arbeitervertretern ernste Probleme aufgibt, die keineswegs gelöst sind. Hier muß eingefügt werden, daß der zweite Weltkrieg wesentlich zur Förderung der Arbeitergenossenschaften beigetragen hat. Eine kurze Schilderung soll das Verständnis für die Rolle, die diese im heutigen Staatswesen spielen, erleichtern.

Während des Krieges sahen sich die Engländer unversehens vor viele Schwierigkeiten gestellt. Dazu gehörten der Mangel an statischen und mobilen Reparatur- und Fabrikationsstätten, die bestimmte militärische Einrichtungen ersetzen oder vervollständigen sollten. In der Stadt wie auf dem Lande, insbesondere in den Kibbuzim, entstanden Anfänge einer industriellen Produktion, die in diesem Umfang nicht existiert hatte. Das Vorhandensein europäischer Techniker erleichterte die gestellte Aufgabe. Im Ergebnis führten militärische Notwendigkeiten zur Schaffung von Industrien, die normalerweise nicht entstanden und zum Teil sogar als unwirtschaftlich abgelehnt worden wären. Das bestehende, an sich gute Straßennetz mußte aus strategischen Gründen verbessert und erweitert werden. Die besten Voraussetzungen zur Übernahme derartiger Arbeiten und zugleich die günstigsten Angebote konnte die in gewerkschaftlicher Hand befindliche Baugenossenschaft „Solel Boneh“ bieten. Sie wurde von den Engländern im gesamten Vorderen Orient beim Straßen- und Brückenbau eingesetzt und hat bis jetzt alle privaten Konkurrenten geschlagen. Inzwischen hat sie ihren Rahmen als Bauhütte längst gesprengt und ist einer der bedeutendsten Zementproduzenten im Mittleren Osten geworden. Zugleich mit dem Staat gehört sie zu den aktiven Partnern der im Entstehen begriffenen Ölindustrie des Landes, zu der sich in geringerem Umfang auch Privatkapitalisten als Partner gesellten. Solel Boneh produziert auch wichtige Baumaterialien, Badewannen und sanitäre Einrichtungen.

Städtische und ländliche Baugenossenschaften stehen ihr zur Seite. Wie in keinem anderen Lande besteht in Israel wegen unrentabler Hausbaukosten für den Privat-

besitz ein umfassendes System genossenschaftlicher Baugesellschaften. Diese stellen den Arbeitern und Angestellten — zum Teil auch mit staatlicher Unterstützung — verbilligte Kredite zum Haus- und Wohnungsbau zur Verfügung. Voraussetzung allerdings ist, daß der Boden in Händen des jüdischen Nationalfonds verbleibt, der ihn aus Spenden erworben hat. Oft bilden diese Hausbauten Teile eines landwirtschaftlichen Siedlungsprojektes zu dann noch günstigeren Bedingungen. Ihre Wurzel haben diese Genossenschaften in dem Streben, die zionistische Idee durch die mit Haus- und Siedlungsprojekten verbundene „Seshaftigkeit“ zu untermauern.

Der Staat bzw. die Gewerkschaften besitzen Grundindustrien, wie die Haifaer Ol Raffinerie, ferner die Eisenbahn, Schiffahrtslinien und Flugzeugunternehmen. Bis zum Entstehen des Staates war die im Besitz der Mandatsregierung befindliche Eisenbahn ein veraltetes Unternehmen. Genossenschaftliche Autobusgesellschaften stellten den Verkehr zwischen den Städten und im Stadtgebiet sicher. Die Eisenbahn war ihrem Ursprung nach als Verbindungsglied der Bagdadbahn gedacht. Sie wurde von den Juden nicht frequentiert. Die Engländer hatten während des Krieges das letzte Verbindungsglied über den Suezkanal bis nach Kairo hergestellt und eine Brücke über den Kanal eigens zu diesem Zweck gebaut. Aber erst jetzt wurde die Eisenbahn (nach dem Erwerb von deutschen Dieselmotoren) modernisiert. Überwiegend sind noch die Autobuskooperativen, an denen die einzelnen Fahrer mit Kapital anteilmäßig beteiligt sind. Obwohl der Form nach der Gewerkschaft angehörend, sind sie de facto Kleinkapitalisten geworden. Neuerdings stehen sie und die Einkommensverteilung wiederum zur öffentlichen Diskussion, nachdem Histadruth-Arzte und staatliche Richter wegen ihrer schlechten Bezahlung in Streik getreten sind. Trotz Kritik innerhalb der Gewerkschaften haben diese es nicht vermocht, das Problem der Entlohnung nach Leistung zu lösen. Die dadurch entstehende Mißstimmung unter den sogenannten geistigen Arbeitern wie auch in anderen Arbeiterkategorien und dem Mittelstand ist eine ernste Gefahrenquelle für den Staat selbst. Sie schafft Momente der Unruhe, dem einzelne durch Auswanderung begegnen. Sie treibt weite Kreise — und nicht nur der Intelligenz — in die Arme des jüdischen Faschismus.

Entwicklungsprobleme Israels

Die Mandatsmacht kümmerte sich nicht allzu sehr um den Ausbau des Schulwesens. Nach Möglichkeit suchte sie zwar den Schulapparat zu kontrollieren, aber finanziell unterstützte sie ausschließlich die arabischen Schulen. Der Staat Israel übernahm das jüdische Schulwesen, wie es sich ihm bot. Es bestanden Histadruthschulen, die man mit den hiesigen weltlichen Schulen

vergleichen könnte, wenn nicht Religion, ihres religiösen Gewandes gewissermaßen entkleidet, in Form von Geschichte gelehrt würde. Daneben existierten orthodoxe (starr-religiöse) und städtische Schulen. Letztere bildeten ein Mittelglied zwischen religiösen und Histadruthschulen. Um sie entbrannte und entbrennt noch heute ein Kulturkampf, der hier aber nicht geschildert werden soll. Erwähnt sei nur, daß der jüdische Lehrer zugleich ein Apostel des jüdischen Nationalbewußtseins und sogar des Nationalismus war und ist.

Anfang 1948 lag das Mandatssystem in seinen letzten Zügen. Es drohte ein großes Vakuum in Verwaltung und Gesetzgebung. Die Versorgung der Bevölkerung war ungesichert, das Verkehrswesen vor dem Zusammenbruch. Der englische Hochkommissar hielt eine Abschiedsrede, die einer Trauerrede gleichkam. Das englische Militär zog sich nach Haifa zum Abtransport zurück. Die Araber flüchteten zu Tausenden, nachdem der Oberste Arabische Rat und auch Engländer ihnen versprochen hatten, sie in wenigen Tagen im Gefolge der stegreichen arabischen Armeen zu ihren Heimen zurückzuführen. In der Not formten alle in der Jewish Agency zusammengefaßten Parteien, mit Ausnahme der jüdischen Kommunisten und Rechtsradikalen, eine Große Koalition. Sie etablierten sich als konstituierende Nationalversammlung und einigten sich über die ersten Regierungshandlungen: Schaffung des Militärs, Notstandsgesetze usw. Sie überwandten die ersten Krisen, stützten sich auf den Opferwillen der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, und bereiteten mitten im Kriege die ersten Wahlen vor. Die von der Mandatsregierung hinterlassenen Gesetze und Verordnungen wurden zunächst fast unverändert übernommen. Post und Telegraph, schon unter dem Mandat trotz schlechter Bezahlung von jüdischen Ingenieuren und Technikern geleitet, funktionierten wenige Tage nach dem Ende des Mandatssystems wie zuvor; nicht so in dem in arabischer Hand verbliebenen Teil Palästinas.

Bis heute hat der Staat Israel keinerlei geschriebene Verfassung. Wohl aber verfügt er über eine sogenannte „Kleine Verfassung“, die die Funktionen der Regierung, des Präsidenten und des Parlaments, der Knesseth, umschreibt. Die aus der Mandatszeit übernommenen Gesetze stammen aus englischem und ottomanischem Recht. Darauf baut sich das israelische Rechtswesen auf und wird entsprechend weiterentwickelt. Wichtige Staatsfunktionen, wie die der Justiz und des Finanz- und Steuerwesens, sowie der gesamte Apparat der Auslandsvertretungen mußten besetzt werden. Das Außenministerium stützte sich nicht nur auf die früheren Auslandsvertreter der Jewish Agency, Moshe Sharett, der als Vertreter der Agency beim englischen Militär im Interesse der jüdischen Soldaten fungierte, verstand es, sich ge-

rade aus diesen Kreisen eine Reihe seiner wertvollsten Mitarbeiter heranzuziehen.

Das Vorhandensein der Jewish Agency in der Form, wie sie bestand, bildete einen weiteren Grund für das Gelingen der Staatsgründung. Sie war oft genug von der Mandatsregierung als jüdische Nebenregierung bezeichnet worden — nicht ganz zu Unrecht. In der Tat bestand und besteht auch heute noch eine Identität der Minister Israels mit den damaligen Leitern der Agency. Hinzu kam die Verwurzelung eines großen Teiles der Bevölkerung auf dem Lande und dadurch mit dem Lande. Trotz arabischer Angriffe und einer oft aussichtslos erscheinenden Lage harrten sie auf ihren Dörfern aus, bis das jüdische Heer aus seiner illegalen Position heraus in offene Formation treten konnte.

Anfang 1949, noch mitten im Krieg oder während zweier Waffenstillstandsabkommen, wurden die ersten freien Wahlen durchgeführt. Sie beruhten auf allgemeiner, gleicher und geheimer Verhältniswahl. Ein dem deutschen Wahlsystem ähnliches Verfahren schließt Splitterparteien von einer parlamentarischen Vertretung aus, wenn sie nicht eine Mindeststimmzahl erlangen.

Die letzten Wahlen zum Parlament (Knesseth) im Sommer 1955 brachten die bisherige Koalition der rechtssozialistischen Mapai mit den bürgerlichen Allgemeinen Zionisten und den religiösen Parteien sowie der linksbürgerlichen Progressiven Partei zu einem Ende. Die Niederlage der bürgerlichen Mitte hatte das Anwachsen der rechtsradikalen Cheruth-Bewegung im Gefolge. Diese, wie auch andere unbedeutendere rechtsradikale Strömungen, sind ihrer Ideologie nach Geistesverwandte des deutschen Nationalsozialismus, wenn sie es auch abstreiten. Eine arbeitsfähige Regierung war nur möglich, nachdem die Mapai ein Bündnis mit den linkssozialistischen Parteien der Achduth Avodah (Arbeiter-Einheit) und der bisher außenpolitisch im Moskauer Fahrwasser schwimmenden Mapam einging. Ihr schloß sich auch die meist von deutschen Juden gewählte Progressive Partei als Partner an. Mapam scheint von ihrer freiwilligen Unterwerfung unter das Moskauer Diktat geheilt zu sein. Die Kommunistische Partei verfügt in Israel über keinen großen Anhang. Ihr Nationalismus ist arabisch orientiert, und ein Teil der in Israel verbliebenen Araber bildet ihre Hauptstütze. Der bis vor kurzem als Außenminister wirkende, der Mapai angehörende Moshe Sharett ist ein ehrlicher Befürworter der Annäherung an den Westen. Das Verhalten der Westmächte hat aber die Begeisterung für den Westen abgekühlt, ohne eine Annäherung an den Osten herbeizuführen. Sharett's Ausscheiden aus dem Kabinett nach Auseinandersetzungen mit dem jetzigen Ministerpräsidenten Ben Gurion scheint eine Verstärkung nationalistischer Tendenzen im Arbeiterlager anzukündigen.

Die Arbeiterparteien selbst sind mit keiner der europäischen sozialistischen Parteien zu vergleichen, obwohl Mapam sich marxistischen Gedankengutes rühmt. Eher kann man die russische und polnische jüdische Arbeiterbewegung (Poale Zion) als Väter auch der israelischen betrachten. Alle Arbeiterparteien sind, wie es in einem neu gegründeten Staatswesen verständlich erscheinen mag, nicht frei von nationalbesten Ideologien. Die mangelnde Verständigungsbereitschaft der Araber und die Erlebnisse des Hitlermordens trugen zu dieser Entwicklung bei. Als nationaler Motor wirkt ferner der Chauvinismus der Cheruth-Bewegung. Oft greift die Arbeiterbewegung, wenn auch widerstrebend, zu Mitteln, die nur aus Konkurrenzgründen gegenüber Cheruth zu erklären sind. Ohne Massenunterstützung jedoch könnte sie auch dies nicht tun. Wohl wirken viele westeuropäische Sozialisten in diesen Arbeiterparteien; an dem ursprünglichen Charakter der jüdischen Arbeiterpartei hat sich jedoch nichts geändert. Mapai gehört der Sozialistischen Internationale und die Histadruth der Gewerkschafts-Internationale an.

In letzter Zeit kommt die Haupteinwanderung aus arabischen Ländern, wie dem Yemen, Syrien, Ägypten, Irak und Nordafrika. Damit verändert sich das soziologische und ideologische Bild Israels. An Stelle des jüdischen Intellektuellen, des geschulten Handwerkers und Arbeiters sowie des Mittelstandes tritt eine zum großen Teil verelendete und weitgehend ungeschulte Bevölkerung. Obendrein vermehrt sich diese Einwandererschicht im umgekehrten Verhältnis zu der europäischen, die meist an der Zwei-Kinder-Ehe festhält. Es bedarf großer Anstrengungen der Arbeiterschaft, ihren Einfluß auf die Massen zu behalten und diese neuen Einwanderer zu gewinnen. Wie unter Hitler bilden auch dort die ungeschulten Elemente die hauptsächlichlichen Ansatzmöglichkeiten für den Nationalismus. Es ist kein Zufall, daß auch in Israel diese Elemente den Lockungen des jüdischen Chauvinismus oft erliegen. Die organisatorische Zusammenarbeit der Arbeiterparteien, die der jetzige Ministerpräsident betreibt, würde den besten Schutz gegen eine nationalstische Entwicklung bieten.

Obwohl Teile der nationalen Minderheiten, wie die Drusen, mit dem jüdischen Staat

kooperieren, bildet die arabische Minderheit dennoch ein wesentliches Problem. Die Gefahr einer zukünftigen „Fünften Kolonne“ ist nicht von der Hand zu weisen. Gleicher Lohn bei gleicher Leistung für den arabischen Arbeiter, wie es praktiziert wird, und gewerkschaftlicher Zusammenschluß allein sind keine Gewähr für friedliche Zusammenarbeit. Freizügigkeit im Lande müßte hinzukommen. Allerdings sind die Grenzen überall zu nahe, und Gelegenheit schafft Verräter oder beschwört die Angst, daß jemand es werden könnte.

Im Vergleich zu den Arabern in den Nachbarländern lebt der israelische Araber unter wesentlich besseren sozialen Bedingungen. Dies aber bildet eher einen Stein des Anstoßes für die meist noch unter dem Feudalsystem lebenden Araber in den Nachbarländern. Der neuen Ideen zuneigende ägyptische Präsident Nasser müßte eigentlich zu einem natürlichen Verbündeten der jüdischen Arbeiterbewegung werden. Wirtschaftlich könnten beide Länder voneinander profitieren, aber gerade wirtschaftliche Momente machen auf Araber nicht immer Eindruck. Und selbst wenn das so wäre, bilden die sechs anderen arabischen Länder und die sie noch beherrschenden Familienfehden — einschließlich der Blutrache — in sich ein Hindernis zu einer Einigung. Da keiner will, daß der andere etwas tut, geschieht nichts. Der von Anhängern des Mufti ermordete jordanische König Abdullah bleibt ein abschreckendes Beispiel. Sein Schicksal will niemand teilen.

Dies sind die Probleme, die sich dem Staate Israel stellen. Die Waffenruhe bei gleichzeitiger Aufrüstung wird genutzt, das Land ökonomisch zu entwickeln. Die Hilfe, die die deutsche Wiedergutmachung bietet, war nicht nur willkommen, sondern bildet einen der Faktoren für den Auf- und Ausbau der wirtschaftlichen Kräfte. Ökonomisch unabhängiger zu werden, ist eine der nicht ganz leichten Zielsetzungen. Die außenpolitischen Gegensätze zwischen Ost und West jedoch finden ihren entscheidenden Niederschlag gerade in diesem kleinen, jedoch strategisch bedeutenden und gefährdeten Raum. Und noch lange dürften Israel und seine Nachbarn Schlagzeilen für die Welt liefern, wenn es nicht gelingt, eine Verständigung zunächst der Großmächte zu erzielen.

Zur Geschichte der Weimarer Republik / Ein Literaturbericht

Von Dr. Erich Matthias, Bad Godesberg

Obleich die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik noch am Anfang steht, ist in den letzten Jahren eine Fülle von beachtenswerten Einzeluntersuchungen erschienen, deren Richtung fast ausnahmslos durch die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs bestimmt wird. Dabei läßt sich nicht übersehen, daß trotz aller tiefgreifenden Unterschiede zwischen der Situation des gespaltenen Deutschlands von heute und der des Weimarer Staates die Kontinuität der Grundprobleme unserer staatlichen Existenz in mancher Hinsicht verblüffend ist. Und wenn Karl Dietrich Erdmann in seinem Aufsatz „Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft“¹⁾ feststellt, „daß jedes Urteil über Verhältnisse und Geschehnisse aus der Zeit der Weimarer Republik zugleich ein politisches Faktum ist“, liegt darin eine nur allzu gerechtfertigte Mahnung an den Zeithistoriker. Nicht weniger beherzigenswert erscheint seine Warnung vor „einer fatalistischen Interpretation der Zeitgeschichte“, die für den unbefangenen historischen Blick gerade durch die „Offenheit der Situation in Entscheidungsstunden“ gekennzeichnet werde. Er hat dabei „den schwankenden Boden historischer Prognosen“ im Auge, „die ja immer von der schweigenden Voraussetzung ausgehen, daß in der jeweiligen Gegenwart unausweichlich eine bestimmte Zukunft eindeutig vorgezeichnet sei und also die anders Willenden sich historisch ins Unrecht begeben...“ Man sollte jedoch nicht übersehen, daß nicht nur diese Art vorwärtsgerichteter Geschichtsbetrachtung auf ideologischer Grundlage dazu neigt, die Geschichte zu einer Einbahnstraße zu machen, sondern daß auch das rückwärts gewandte geschichtliche Verstehen im Sinne der deutschen historischen Schule ganz ähnliche Gefahren birgt.

Nichts könnte diese Gefahren deutlicher machen als Erdmanns eigene Polemik gegen Arthur Rosenberg, den er übrigens gründlich mißversteht, wenn er ihm unterstellt, „seine einfache Deutung des Endes der Republik von ihrem Anfang her“ laute, „daß dieser Staat zugrunde gehen mußte“, weil die soziale Revolution unterblieb...“ Stellt man nämlich die Äußerungen Erdmanns und Rosenbergs,

dessen „Geschichte“²⁾ und „Entstehung“³⁾ der deutschen Republik, in einem handlichen Doppelband vereinigt⁴⁾, endlich die seit langem fällige Neuauflage erlebt haben, so ergibt sich paradoxerweise, daß in der Sicht Rosenbergs die revolutionäre Situation der Jahre 1918/19 weit offener erscheint als in der Erdmanns, für den sich in dieser „echten geschichtlichen Entscheidungssituation“ der Bereich der „Freiheit“ auf ein „konkretes Entweder-Oder“ reduziert: „die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps“. Das heißt doch mit anderen Worten: Die Verantwortlichen mußten handeln, wie sie es eben taten, wenn sie Deutschland nicht dem Schreckgespenst des „Bolschewismus“⁵⁾ überlassen wollten. Damit aber wird in der Tat eine ungemein komplizierte Situation durch eine viel zu einfache Alternative entwirrt, die auch dadurch dem von Erdmann geforderten unbefangenen historischen Blick nicht glaubwürdiger wird, daß sie sowohl von Fachhistorikern als auch von bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Schriftstellern und Memoirenschreibern bis in die jüngste Vergangenheit hinein immer wieder bemüht worden ist. Die volle Tragweite von Erdmanns Argumentation wird jedoch erst im folgenden Abschnitt deutlich, in dem es heißt, Rosenbergs These sei „falsch, weil im Gegenteil der Fehlschlag der sozialen Revolution überhaupt die Vorbedingung dafür war, daß sie (die Weimarer Republik) als das bestimmte historische Phänomen, als das sie vor uns steht, ins Leben trat“. Durch diese wiederum verblüffend einfache Formel wird die Bedeutung der inneren Kräfteverschiebungen, die die Zwischenperiode von der „Entscheidungs-

1) „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, 3. Jg. 1955, S. 1—19.

2) „Entstehung der deutschen Republik“, 263 S., Ernst Rowohlt Verlag, Berlin 1928.

3) „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik“, hrsg. von Kurt Kersten, 586 S., Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1956. Die vom Hsg. vorgenommenen Kürzungen sind zu bedauern. Raum ist dadurch kaum eingespart worden. Dafür sind verschiedene Partien weggefallen, die für Rosenbergs Sicht nicht unwesentlich sind.

4) Dieser Ausdruck fällt zwar nicht; dafür werden jedoch die „Räte“ ganz selbstverständlich als „So-wjetrystem“ bezeichnet.

5) „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, 3. Jg. 1955, S. 1—19.

6) Von mir gesperrt.

situation" des November 1918 über die Wahlen zur Nationalversammlung bis zur Fixierung der Kompromißstruktur des neuen Staates in der Verfassung von Weimar kennzeichnen, einfach ausgelöscht.

Es ist gerade eines der wesentlichen Verdienste Arthur Rosenbergs, daß er die Aufmerksamkeit so eindringlich auf die Ergebnisse dieser Zwischenperiode gelenkt und die in ihr wirksamen politischen Kräfte sorgfältig analysiert hat. Dabei geht es ihm in erster Linie um die Frage, warum es nicht gelang, die große Mehrheit der deutschen Arbeiterbewegung, „die mit der bürgerlichen Demokratie und der vorsichtigen Sozialisierung zufrieden war“, zu gemeinsamem Handeln zusammenzuhalten, obgleich die Parteigrenzen, die die Massen trennten, mehr oder minder zufälligen Charakter hatten, der Drang nach Einigkeit bei den Anhängern der beiden großen sozialistischen Parteien zunächst dominierend war und auch die im Rat der Volksbeauftragten vertretenen Führer von SPD und USPD in den politischen Grundsatzfragen durchaus übereinstimmten. Der Gedanke, daß die breite Mitte der gemäßigt sozialistisch-demokratischen deutschen Arbeiterschaft zugleich zum Kristallisationskern und zum sozialen Träger eines nationalen demokratischen Integrationsprozesses hätte werden können, läßt sich nicht ohne weiteres als utopische Phantasie beiseite schieben. Rosenbergs Darstellung zeigt, daß sich im unmittelbaren Anschluß an die Revolution nicht zu übersehende Ansätze zu einer „volkstümlichen aktiven Demokratie“ zu regen begannen und daß die rückläufige Bewegung, die bereits um die Jahreswende 1918/19 — hier liegt die entscheidende Zäsur — einsetzte und die Kräfte der Arbeiterschaft innerhalb ganz kurzer Zeit hoffnungslos zersplitterte, nicht ohne die Versäumnisse der Regierung der Volksbeauftragten und das politische Versagen der sozialistischen Führer aller Richtungen zu erklären ist. Dabei geht er ausführlich auf das Schicksal der deutschen Rätebewegung ein, deren spezifischen Charakter er ohne Rücksicht auf die konventionellen, leider auch weithin von der Geschichtswissenschaft übernommenen Klischees und ohne dogmatische Voreingenommenheit nach der einen oder anderen Seite hin herausarbeitet.

Die Tradition belastete den Neubeginn

Daß sich Rosenbergs Analyse der Revolutionsmonate in den Grundzügen als zuverlässig erwiesen hat, bestätigt auch die jüngst veröffentlichte Spezialuntersuchung Walter Tormins zur Geschichte der Rätebewegung¹⁾. Tormin stellt nachdrück-

lich fest, daß die Entstehung der Räte in der deutschen Revolution und die Art ihrer Tätigkeit aus den deutschen Verhältnissen begriffen werden müssen, daß sie trotz des russischen Beispiels kaum durch Einflüsse von außen bestimmt waren und erst das unbefriedigende Ergebnis der Revolution die Rätebewegung in radikalere Bahnen führte. Wie die Arbeit deutlich zeigt, kann die Frage nach den realen Chancen eines „dritten Weges“ keineswegs durch eine von vornherein negative Antwort, wie Erdmann sie gibt, aus der Welt geschafft werden. Trotzdem läßt sich der Studie kein abschließender Wert zuerkennen. Sie bleibt ein — allerdings verdienstvolles — Provisorium; einmal, weil der Autor die Literatur nicht immer kritisch genug verarbeitet und manchmal auch der Gefahr des Psychologierens erliegt, zum anderen, weil die Quellenbasis sich auf das gedruckte Material beschränkt. Dabei ist die Quellenlage für eine unbefangene Neudurchforschung der revolutionären Entstehungsphase der deutschen Republik recht günstig. Für diese wichtige Aufgabe der deutschen Zeitgeschichte sind neben den bisher nur von Rosenberg ausgewerteten Protokollen des Rats der Volksbeauftragten auch die Protokolle des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik, die umfangreiche Registratur des Zentralrats, die wichtiges Material über die Rätebewegung in allen Teilen des Reiches enthält, und die Protokolle der mehrheitssozialdemokratischen Nationalversammlungsfraktion heranzuziehen²⁾, ferner die zugänglichen Nachlässe mehrheitssozialdemokratischer Revolutionspolitiker, die lokalen Rätearchive und nicht zuletzt die militärischen Nachlässe.

Die vorliegenden, noch unausgeschöpften Primärquellen, die erst die Voraussetzungen für eine detaillierte Überprüfung und Modifizierung der Rosenbergschen Thesen geben, lassen u. a. auch eine Korrektur des Eberbildes als unvermeidlich erscheinen. Es heißt keinesfalls, den Menschen und Politiker Ebert herunterzureißen, wenn man ihn und seine Leistung in ihrer historischen Begrenzung zeigt. Erdmanns Begriff der „echten geschichtlichen Entscheidungssituation“ verfehlt den Kern der Problematik Eberts und der mit ihm wirkenden mehrheitssozialdemokratischen Führer³⁾. In dem Bereich der Freiheit, den ihnen der verlorene Krieg, die revolutionäre Erregung der Massen, die außenpolitische Misere und die trostlose Wirtschaftslage ließen, handelten sie durchaus nicht so bewußt und tatkräftig, wie es diese Deutung glauben macht. Manche Maßnahme, die zur festeren Fundierung der neuen Demokratie hätte dienen können, unterblieb nicht so sehr deswegen, weil keine Verwirklichungs-

¹⁾ „Zwischen Rätefiktur und sozialer Demokratie“, hg. von der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ in Bonn, 148 S. und Kartenanhang, Droste-Verlag, Düsseldorf 1964.

²⁾ Sämtlich im Besitz des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam.

³⁾ S. hierzu Matthias: „Sozialdemokratie und Nation“, Stuttgart 1952, S. 55—61.

chance bestanden hätte, sondern weil die Volksbeauftragten vor jeder aktivistischen, vorwärtsgerichteten Politik zurückschreckten¹⁰⁾. Mit den elementaren demokratischen Kräften, die sich ihnen entgegenrängten und bereit schienen, sich ihrer Führung anzuvertrauen, wußten sie einfach nichts anzufangen. Entscheidend für das historische Urteil ist die — bereits von Rosenberg und neuerdings auch von Tormin unterstrichene — Tatsache, daß sie auch in der neuen Situation den beschränkten Horizont der traditionalistisch erstarrten Vorkriegssozialdemokratie nicht zu überwinden vermochten. Ihr fehlender Wille zur Macht und ihre mangelnde Elastizität, ihre Unentschlossenheit, Instinktlosigkeit und Passivität, ihr konservatives Ordnungsgedanken und ihre Scheu vor der Alleinverantwortung für tiefere Eingriffe in die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur resultieren weitgehend aus dem So-und-nicht-anders-Sein der Partei. Alles jedoch ist damit nicht erklärt. Man wird auch das harte Urteil des gewiß nicht voreingenommenen und der deutschen Arbeiterbewegung durch seine Forschungen und sein politisches Lebensgefühl nahestehenden Historikers Gustav Mayer nicht einfach übergehen dürfen, daß es den Männern, denen im November 1918 die Führung des Reiches zufiel, an dem persönlichen Format gebrach, das die Stunde heischte¹¹⁾.

Die aus den Wirren der Revolutionszeit erwachsene labile demokratische Kompromißordnung, die bei Rosenberg weit weniger historisch zwangsläufig erscheint als bei Erdmann, war auch nach Rosenbergs Auffassung nicht von vornherein nach den Gesetzen eines blinden historischen Mechanismus zum Scheitern verurteilt. Schon sein Urteil über die große Koalition von 1928 läßt sich beispielweise mit der Interpretation seiner Gedankengänge durch Erdmann nicht vereinigen: „Würde sich das Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und Stresemann für eine längere Zeit behauptet haben, so hätte sich das deutsche Volk allmählich an die bürgerliche Republik gewöhnen können, und die deutsche Republik hätte eine Stabilität etwa wie die Republik Frankreich gewonnen¹²⁾.“ Wenn er immer wieder pointiert auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen der strukturellen Schwäche des Weimarer Staates und seiner steten Krisenanfälligkeit, die schließlich in den Prozeß der Selbstauflösung der demokratischen Ordnung einmündete, hinweist, so hat das mit der monokausalen Methode einer vulgärmarxi-

stischen Geschichtsauffassung nichts zu tun. Die hier sichtbar werdende unheilvolle Verknüpfung des Endes der Republik mit ihrem Anfang, die von keiner Seite ernsthaft bestritten werden dürfte, wird durch einige neue Studien von verschiedenen Seiten her beleuchtet.

Theodor Eschenburg untersucht in seiner kleinen Schrift „Die improvisierte Demokratie“ der Weimarer Republik¹³⁾, wie sich die Konservierung der obrigkeitstaatlichen und feudalen Machtfaktoren des Kaiserreiches — Heer, Bürokratie, Großindustrie und Großgrundbesitz — und des obrigkeitstaatlichen Denkens in der parlamentarisch-demokratischen Staatsordnung auf das Schicksal der Republik ausgewirkt hat. Die „improvisierte Einführung einer genossenschaftlichen Staatsorganisation zu einer Zeit, als als Volk weithin der herrschaftlichen Tradition verhaftet war“, erscheint ihm als wesentlichste Ursache für das Scheitern dieser „Demokratie mit einer demokratischen Minderheit“. Eschenburgs Fragestellung, die einen befruchtenden Einfluß auf die Forschung ausgeübt hat, wird von Thomas Ellwein in seiner staatsrechtlich-historischen Studie „Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise“¹⁴⁾ aufgenommen, die mit einer Analyse der Anfänge des deutschen Verfassungsstaates im 19. Jahrhundert einsetzt und vor allem eine instruktive kritische Darstellung des deutschen liberalen Staatsdenkens bietet. Nun vertritt Erdmann die Auffassung, daß „auch die These, die Weimarer Republik sei an den in ihrer Verfassung enthaltenen und in der Endphase voll in Erscheinung getretenen obrigkeitstaatlichen Elementen zugrunde gegangen“, sich nicht halten lasse; „denn“, so argumentiert er, „die Präsidialdiktatur konnte sich nur in dem gesetzgeberischen Vakuum entwickeln, das durch einen Vorgang entstanden war, den man geradezu als die Selbstausschaltung des Parlamentes, und zwar nicht der republikfeindlichen, sondern der republikanischen Potenz selber, also des genossenschaftlichen Elements der Verfassung, bezeichnen kann¹⁵⁾.“ Ganz abgesehen davon, daß es m. E. Eschenburg so wenig wie Ellwein, dessen Buch Erdmann noch nicht berücksichtigen konnte, um eine monokausale Erklärung zu tun ist, erscheint mir diese Argumentation nicht stichhaltig. Sigmund Neumann hat bereits 1932 eindringlich betont, daß die politischen Parteien im halb absolutistischen Bismarckschen Staat „notwendig... ihre echte Funktion nicht erfüllen“ konnten und daß der Bismarcksche Pseudoparlamentarismus bis in die Weimarer Zeit entscheidend nach-

¹⁰⁾ S. z. B. das Urteil von nichtsozialistischer, linksdemokratischer Seite bei Hallmüt von Gerlach: „Von rechts nach links“, Zürich 1937, S. 243 f.

¹¹⁾ Gustav Mayer: „Erinnerungen“, München o. J., S. 307 ff.

¹²⁾ a. a. O. (s. Anm. 5), S. 461; „Können“ von mir gesperrt.

¹³⁾ Heft 10 der Schriftenreihe „Geschichte und Politik“, 48 S., Ulrich Steiner Verlag, Leupheim/Würt. o. J.

¹⁴⁾ 396 S., Iser Verlag, München 1954.

¹⁵⁾ a. a. O. (s. Anm. 1), S. 16 f.

gewirkt hat¹⁶⁾. Auch Eschenburg und Ellwein kommen zu ähnlichen Feststellungen, die eine antithetische Gegenüberstellung der obrigkeitstaatlichen und der genossenschaftsstaatlich - demokratischen Elemente als historisch irrelevant erscheinen lassen. Das ganze Weimarer Parteiensystem, einschließlich der demokratischen Parteien, vermochte sich nicht von den Schlacken der obrigkeitstaatlichen Tradition zu befreien, der es seine spezifische Ausprägung verdankte. In diesem Sinne ist „die Selbstausschaltung... des genossenschaftsstaatlichen Elements“ der eindrucksvollste Beleg für Eschenburgs These, den man sich vorstellen kann. Auch die SPD hatte trotz ihres „offiziellen Radikalismus“ in der Vorkriegszeit politisch resigniert und war trotz ihrer „Unversöhnlichkeit“ zu einer typischen Partei des kaiserlichen Deutschlands geworden, wie Rosenberg in seiner „Entstehung“ überzeugend darlegt. So bedeutet es auch keinen Widerspruch zu Eschenburgs These von der Improvisierung der Demokratie, daß die sozialdemokratischen Führer in der kurzen revolutionären Zwischenperiode nach dem 9. November 1918 einen eklatanten Mangel an Talent zu schöpferischer politischer Improvisation bewiesen, und das in einer Situation — die Parlamentarisierung der Reichsverfassung im Oktober 1918 war gar nicht ins Bewußtsein des Volkes gedrungen —, in der die Forderung nach Ablösung der alte Ordnung symbolisierenden diskreditierten „Geheimratsbürokratie“ weit über die sozialistischen Parteien hinaus Popularität genoß und überall im Lande sich der plötzlich erwachende Drang nach aktiver demokratischer Selbstverwaltung in den Räten manifestierte, der, von der Führung mißverstanden und erstickt oder von radikalen Elementen fehlgeleitet, innerhalb weniger Monate dem Gefühl Platz machte, daß ja alles beim alten geblieben sei. Die Rebellion der Massen gegen den diskreditierten Obrigkeitsstaat, die ein wesentliches Kennzeichen der Zwischenperiode ist, verlief im Sande. Das Verhalten manches sozialdemokratischen Spitzenfunktionärs, der damals in ein hohes Staatsamt hinüberwechselte, legt den Gedanken nahe, daß zwischen dem Geist der in mancher Hinsicht vorbildlichen obrigkeitstaatlichen Verwaltung und dem der sachlich-nüchternen, doch politisch kurzfristigen sozialdemokratischen Parteibürokratie, für die politische Imponderabilien nicht existent waren, eine innere Verwandtschaft bestand, die vorurteils- und leidenschaftslos zu untersuchen eine verdienstvolle Aufgabe sein würde.

Heer und Republik

Zur rechten Zeit ist die von Otto-Ernst Schüddekopf herausgegebene und kommentierte Quellensammlung „Das Heer und

die Republik“¹⁷⁾ erschienen, die es durch eine vorzügliche Dokumentenauswahl dem Leser ermöglicht, in dieser durch die Bundeswehrdebatte so aktuellen Materie zu einem begründeten eigenen Urteil zu kommen. Noch ist die leidenschaftliche Auseinandersetzung um Wheeler-Bennetts Buch „Die Nemeses der Macht“¹⁸⁾ nicht vererbt, dessen Hauptwert für den deutschen Leser in den kritischen Urteilen des Autors liegt, die selbst da, wo sie ungerecht sind, nicht übersehen werden sollten. Dürfte sich doch in ihnen die Haltung weiter Kreise des englischen Volkes gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung spiegeln. Diese Haltung ist aber eine politische Realität, mit der die deutsche Politik zu rechnen hat. Schon aus diesem Grunde sollte man sich davor hüten, das Buch, wie Gerhard Ritter¹⁹⁾, einfach als ein „politisches Unglück“ abzutun. Es bietet auch einen denkbar schlechten Anlaß, um laut der Welt zu verkünden: „Die Zeit der ‚re-education‘ ist endgültig vorbei.“ Dafür steht schließlich die Selbsterziehung der bundesrepublikanischen Demokratie ganz groß auf der Tagesordnung; und kein naiver Nationalstolz sollte uns davon zurückhalten, auch einmal mutig in einen Zerrspiegel zu blicken, der manche Schönheitsfehler enthüllt, die man sonst nur allzu leicht übersieht. So ist es nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch zu bedauern, daß Ritter bei seiner Polemik gegen Wheeler-Bennett die deutsche Reichswehr an verschiedenen Punkten erstaunlich unkritisch behandelt:

„Die Reichswehr der Weimarer Republik war verfassungsmäßig einem zivilen, dem Parlament verantwortlichen Kriegsminister als Dienstvorgesetztem und dem Reichspräsidenten als Oberbefehlshaber untergeordnet. Dadurch“, setzt Ritter dem Zeitpublikum auseinander, „war der Zustand der kaiserlichen Zeit beseitigt, daß die Armee gleichsam einen Staat im Staate bildete...“

Man lese dagegen beispielsweise einmal, wie sauber Hermann Foerisch, General a. D., das Verhältnis der Reichswehr zur Republik analysiert²⁰⁾.

„... ohne die Stütze der Armee“, heißt es weiter bei Ritter, „hätten die republikanischen Regierungen in diesen revolutionären Zeiten überhaupt keine Macht besessen. Aber“, fragt er, „ist

¹⁷⁾ „Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933“, 399 S., Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, Hannover und Frankfurt a. M. 1955. Leider ist das Buch sehr unübersichtlich gedruckt. Die Benennung wird auch dadurch erschwert, daß sowohl ein auf den Inhalt der einzelnen Dokumente hinweisendes Dokumentenverzeichnis als auch ein Index fehlen.

¹⁸⁾ „Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945“, 831 S., Droste-Verlag, Düsseldorf 1964.

¹⁹⁾ „Nemeses der Macht?“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 20. 4. 1955, S. 6 und 7.

²⁰⁾ „Schuld und Verhängnis“, Stuttgart 1931, S. 15

¹⁶⁾ „Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege“, Berlin 1932, S. 16 f.

das in irgendeinem Staate anders? Gibt es in solchen Zeiten irgendeine Regierung, die sich allein auf moralische Faktoren verlassen kann?"

Ganz gewiß nicht! beileben wir uns zu versichern. Aber läßt sich auf diese Weise das komplizierte, schillernde Problem der Reichswehr in der Republik aus der Weltgeschichte schmuggeln?

„Der ... ‚Kapp-Putsch‘ wurde von einem Freikorps-General veranstaltet, der aber gar keine eigenen politischen Ziele hatte und von der Reichswehr nicht unterstützt wurde.“

War denn der General Lüttwitz nicht Führer des Reichswehrgruppenkommandos I in Berlin? Hatte er nicht am 10. März Ebert und Noske ein politisches Ultimatum gestellt und war daraufhin am 11. abgesetzt worden? Und ging dann nicht am 12. schon der unverantwortliche Rummel los? War die Haltung „der Reichswehr“ tatsächlich so einheitlich? Hier resigniere ich und verzichte auf weitere Kostproben. Es ist wohlthuend, nach diesem leider notwendigen Exkurs wieder zu Schüddekopfs Arbeit greifen zu können, die abseits von Apologetik oder Anklage eines ganz deutlich zeigt: wie differenziert sich Licht und Schatten in der Reichswehrfrage verteilen. Die Ausgangsposition wird durch die Tatsache bestimmt, daß die OHL im November 1918, wie Schüddekopf feststellt, „von Anfang an mit den neuen Macht-habern auf gleicher Ebene verhandelte“ und damit „zum zweiten und gleichberechtigten Träger der Regierungsgewalt“ wurde. Dabei ist die Frage, ob es „in der damaligen Bürgerkriegssituation realiter eine dritte Möglichkeit zwischen Roter Armee und einer Reichswehr, für deren Führung man auf das Offizierskorps des kaiserlichen Heeres zurückgriff“, gab²¹⁾, deren Verneinung für Erdmanns Urteil ausschlaggebend ist, nach Schüddekopf keineswegs mit apodiktischer Eindeutigkeit zu beantworten. Jedenfalls scheint auch hier der fehlende Machtwille der neuen Führer nicht minder bedeutsam gewesen zu sein als der reale Druck der äußeren Verhältnisse, so daß sich vom Problem des Heeres her wiederum die vordringliche Forschungsaufgabe einer minutiösen Untersuchung der revolutionären Zwischenperiode aufdrängt. „Die Wurzel alles dessen, was nach 1918 von seiten des Heeres geschah und was in mancher Hinsicht so unerklärlich erscheint“, betont Schüddekopf resumierend, liege in dem „umwälzenden Erlebnis des Zusammenbruchs der Revolution und des Bürgerkrieges begründet.“ Beide Extreme: „rigorose Exklusivität (Ara Seect, 1920 bis 1926)“ und „Sich-tragen-lassen von einer breiten nationalen Volksströmung (Ara Schleicher, 1929 bis 1933“, zwischen denen die Entwicklung der Reichswehr geschwankt habe, seien

„Folgerungen des Offizierskorps“ aus diesen Erlebnissen gewesen; „aber beide Wege haben sich nicht als fruchtbar für das deutsche Staatswesen und als zerstörerisch für Volk wie Armee erwiesen.“

Der Niedergang und seine Ursachen

Die Spannungen zwischen den einheitsstaatlichen und den föderalistischen Kräften, die während der ganzen Zeit der Republik einer strukturellen Festigung des Weimarer Staates entgegenwirkten, stehen im Mittelpunkt des umfangreichen Buches von Karl Schwend „Bayern zwischen Monarchie und Diktatur“²²⁾, das ebenfalls von der Frage ausgeht, wie es dazu kam, daß die Demokratie in Deutschland scheiterte. Schwends Werk erschließt eine Fülle unbekannter Quellenmaterials, darunter die Akten des ehemaligen Bayerischen Staatsministeriums des Äußeren und die bayerischen Ministerratsprotokolle, und analysiert sorgfältig die Politik der Bayerischen Volkspartei und der bayerischen Staatsregierungen der Weimarer Zeit. Man braucht den betont föderalistischen Standpunkt des Autors keineswegs zu teilen, um seiner Leistung gerecht werden zu können; handelt es sich doch bei ihr um eine bahnbrechende selbstkritische Darstellung des bayerischen Föderalismus der Periode 1918 bis 1933 und damit zugleich um einen gewichtigen Beitrag zum Verständnis der Probleme der Republik. Die BVP hatte nach Auffassung Schwends von Anfang an — als „föderalistische Opposition gegen den unitaristischen Zeitgeist“ — eine notwendige Funktion in der Reichspolitik zu erfüllen; er verkennt jedoch nicht, wie sehr der bayerische Föderalismus durch die Vermengung mit nationalistischen Elementen, die nach dem Kapp-Putsch auf bayerischem Boden eine Freistadt fanden, diskreditiert wurde. Die entscheidende Schwäche der föderalistischen Verfassungsreformer sieht er darin, daß sie viel zu wenig dem „demokratischen Grundgehalt“ föderalistischen Staatsdenkens in das Bewußtsein der Zeit gerückt hätten. Das Denken der BVP und ihrer Führer in der Regierung blieb, wie Schwend zeigt, rückwärts gewandt; weil sie kein echtes Verhältnis zum Weimarer Staat zu finden vermochten und nicht über die „Staatsweisheit Bismarcks“ hinausgelangten, beschränkten sie sich im wesentlichen auf die restaurative Zielsetzung. „Bayern die staatliche Stellung wieder zu verschaffen, die es in den glücklichen Jahrzehnten des zweiten Reiches innegehabt hatte“. Noch während der Katastrophe von 1933 behauptete sich der „beharrende Zug“ der Fraktionspolitik der BVP. Von hier aus gesehen, hat auch die These Schwends, „daß die so oft als Reichschwäche verlästerten föderativen Elemente des Reichs-

²¹⁾ Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918—1933, 590 S., Richard Pflaum Verlag, München 1954.

²²⁾ Erdmanns. Anm. 1) a. a. O., S. 7.

organismus eigentlich die letzten demokratischen Schutzkräfte der Verfassung darstellten", einen durchaus zweischneidigen Charakter; waren doch die bayerischen Föderalisten keineswegs schuldlos daran, daß das „Bündnis zwischen demokratischem und föderalistischem Denken nicht zustande“ kam. Rückblickend wird man sagen dürfen, daß das immer wieder verschleppte Problem der Reichsreform weder vom Standpunkt des konservativen Föderalismus bayerischer Prägung noch vom Standpunkt der Verfechter des extremen Einheitsstaatsgedankens zu lösen war. Auch hier steht die Forschung noch vor dringlichen Aufgaben; vor allem wäre eine Untersuchung des Einflusses, den Preußen in der Weimarer Zeit auf die Reichspolitik geübt hat, vonnöten, die allerdings leider auf eine weniger günstige Quellenlage treffen dürfte als die schöne Arbeit Schwends.

Der Prozeß der Selbstauflösung der demokratischen Ordnung von Weimar setzt sichtbar mit dem Auseinanderbrechen der Regierung Hermann Müller ein, dessen relativ geringfügiger Anlaß die eigentlichen Gründe des Bruches nur verschleiert. Das geht deutlich aus Helga Timms Untersuchung „Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930“²³⁾ hervor, die allerdings, obwohl sie der sozialen Kampfsituation das rechte Gewicht für die innenpolitische Entwicklung beimißt, nicht tief genug in die Strukturprobleme der Republik eindringt. Wie Werner Conze in seinem Aufsatz „Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30“²⁴⁾ zeigt, stand damals hinter allen vordergründigen Streitfragen „das Zentralproblem des Strukturwandels der Demokratie vom liberalen Repräsentativsystem zum massendemokratisch begründeten, in seiner Wirkungskraft jedoch gefährdeten und gelähmten Parteienstaat.“ Schon die Weimarer Reichsverfassung entsprach nicht mehr den sozialen Verhältnissen der industriellen Gesellschaft. Sie hatte den Gegensatz zwischen den Vertretern der parlamentarisch-parteienstaatlichen Demokratie und den Anhängern eines „Staates über den Parteien“ in einem Kompromiß aufgehoben, indem sie neben dem Parlament die starke Stellung des Reichspräsidenten schuf. Bereits hier zeichnete sich der Tendenz nach die spätere Funktion Hindenburgs als eines „Ersatzmonarchen“ ab²⁵⁾. Durch die Wirtschaftskrise wurde nur eine „längst potentiell vorhandene, strukturbedingte Dauerkrise“ der Weimarer Ordnung, die es nie verstanden hatte, ihre eigene büro-

kratische und militärische Basis zu integrieren, aktualisiert. Dabei verschärfte die Depression wie in den Anfangsjahren der Republik die zentrifugalen rechts- und linksradikalen Tendenzen; und der mit Schärfe geführte Klassenkampf wirkte sich unmittelbar in der politischen Ebene des Parlaments und der Regierung aus. Nur auf diesem Hintergrunde ist es, wie Conzes Analyse überzeugend klarmacht, zu verstehen, warum das parlamentarische Vielparteiensystem in Deutschland scheiterte, obwohl sich die Republik weder wirtschaftlich noch politisch Anfang 1930 im Zustand akuter Gefährdung befand. Das Ende des parteienstaatlichen Systems ging dem Aufstieg Hitlers voraus. Conze möchte seine Studie als verfassungs- und parteigeschichtlichen Beitrag zu einer umfassenden historischen Strukturanalyse der Republik in den 20er Jahren aufgefaßt wissen. Dieser Forderung kommt der erste Teil von Karl Dietrich Brachers großzügig angelegtem Werk „Die Auflösung der Weimarer Republik“²⁶⁾ entgegen, den der Autor „Probleme der Machtstruktur“ überschreibt. Auf fast 300 Seiten wird hier das Ensemble der wirkenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte und der bestimmenden Faktoren der politischen Bewußtseins- und Willensbildung ausgebreitet und analysiert. Nachdem, ausgehend von der Genese der Kompromißstruktur der Weimarer Verfassung, der Blick auf das beherrschende verfassungspolitische Problem — die Wandlung von der vorwiegend parlamentarischen Ordnung der 20er Jahre zum Präsidentschaftsstaat — gerichtet worden ist, wendet sich Bracher den demokratischen und den totalitären Parteien, den militanten Bewegungen im politischen Raum, den Beziehungen zwischen Ideologie und Sozialstruktur, dem Problem der Bürokratie, der wirtschaftspolitischen Machtstruktur und der Reichswehr zu. Diese materialreiche Strukturanalyse bildet die Grundlage für den zweiten Teil des Buches: „Stufen der Auflösung“, der die Phasen des „Machtverlusts“ (Ära Brüning) und des „Machtvakuum“ (Ära Papen-Schleicher) behandelt: „... auf die Phase des Machtverlusts aller demokratischen Instanzen folgte das düstere Schauspiel eines Kampfes um die Macht, der sich abseits der verfassungsmäßigen Entscheidungsbereiche in einem vom unversöhnlichen Widerstreit der Gruppen neutralisierten Machtvakuum vollzog.“ Den Prozeß der „Machtergreifung“ will Bracher in den Mittelpunkt einer besonderen Untersuchung über die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34 stellen, deren Grundkonzeption er bereits in seiner Berliner Antrittsvorlesung der

²³⁾ Hsgn. von der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“. 215 S., Droste-Verlag, Düsseldorf 1952.

²⁴⁾ „Historische Zeitschrift“ 79/1, S. 47—83.

²⁵⁾ Echenburg, a. a. O. (s. Anm. 13), S. 41, meint, daß die verfassungsrechtliche Stellung des Kaisers das maßgebende Modell für die Stellung des Reichspräsidenten gewesen sei.

²⁶⁾ Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, mit einer Einleitung von Hans Herzfeld, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 4, 754 S., Ring-Verlag, Stuttgart und Düsseldorf 1953.

wissenschaftlichen Diskussion zugänglich gemacht hat²⁷⁾. Es ist zu erwarten, daß Brachers Begriffstheorie — Machtverlust, Machtvakuum, Machtergreifung — und überhaupt seine politisch-wissenschaftliche Terminologie eine lebhaft, vom Begriff der politischen „Macht“ ausgehende methodenkritische Auseinandersetzung in den Fachzeitschriften veranlassen wird. Doch so notwendig es ist, sich der Grenzen seiner politisch-wissenschaftlichen Verfahrensweise — die m. E. den Machtbegriff zu sehr abstrahiert — bewußt zu werden, so sicher erscheint mir auch, daß die von ihm praktizierte Verbindung von historischer und politisch-wissenschaftlicher Methode, die bereits seine in dem Sammelband „Faktoren der Machtbildung“ veröffentlichte Vorstudie²⁸⁾ auszeichnete, generell gesehen, mit seinem neuen Werk ihre Bewährungsprobe bestanden hat.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses knappen Überblicks in eine Diskussion der zahllosen Einzelfragen, die Brachers Arbeit aufwirft, einzutreten. Hervorzuheben ist beispielsweise die verdienstvolle Behandlung des volkskonservativen Experiments und der volkskonservativen Bewegung, für die der Westarp-Nachlaß herangezogen werden konnte. Seine aufschlußreiche Darstellung der Politik Brüning's führt zum Fazit, daß dessen „Präsidialkabinett wohl mit exakten volkswirtschaftlichen Methoden und mit international spürbarem Erfolg den Wurzeln der Krise und der allgemeinen Not zu Leibe“ ging, „aber aus dem technischen Laboratorium vor lauter Arbeit nicht heraus in die weitere Wirklichkeit der politisch wirksamen Gefühle und Tendenzen“ kam. Brüning „glaubte seine Autorität auf die Leidenschaft für die Sache“ allein gründen zu können, nach der Überzeugung: „Es gibt nur den einen Weg der Ergreifung sachlich notwendiger Maßnahmen.“ — Hier ist anzumerken, daß Brüning's sachlich-nüchterne bürokratische Einseitigkeit und sein fehlendes Gefühl für die politischen Imponderablen bei imponierender persönlicher Integrität sehr an den Stil der führenden sozialdemokratischen Staatsmänner der Republik — Ebert, Otto Braun, Hermann Müller und Severing — erinnern. Das Kapitel über Papens Staatsstreich in Preußen vom 20. Juli 1932 revidiert die — weitgehend von apologetischen Bemühungen getragenen — gängigen Vorstellungen von der politischen Sinnlosigkeit eines aktiven Widerstands gegen die von der Reichswehr gestützte Gewaltmaß-

nahme²⁹⁾. Brachers Urteil über die Haltung der Gewerkschaften und der SPD in der Periode Schleicher ist auf den Widerspruch Friedrich Stampfers³⁰⁾ gestoßen, und in der Tat ist seine Auffassung nicht zu halten, obgleich diese Frage noch eingehender Erörterungen bedarf³¹⁾.

Auch das Werk Brachers, daß Quellen und Literatur zur Geschichte der Republik in einem bisher unerreichten Ausmaß verarbeitet und schon aus diesem Grunde ein Ereignis in der Geschichte der Erforschung dieser Periode bezeichnet, vermittelt nicht den Eindruck, daß das Scheitern der parlamentarischen Demokratie in Deutschland ein unvermeidbares historisches Schicksal gewesen ist. Wohl aber betont es immer wieder — die auch von Conze hervorgehobene³²⁾ — entscheidende Schwäche, die dem jungen Staat von Beginn anhaftete und die ihn schließlich dem Antagonismus der Parteien und Gruppen auslieferte: die fehlende nationaldemokratische Integration. „Erst das Fehlen eines . . . demokratischen Staatsbewußtseins auf breiter Basis und der Mangel an starken, über die Konstellation des Tages hinweg wirksamen Integrationskräften zur Verklammerung der zentrifugalen Anschauungen und Interessen in variablen, aber nie den essentiellen demokratischen Spielraum antastenden Kompromissen — erst die beharrliche Desavouierung der geschichtlich wie durch die demokratische Revolution legitimierten Staatsgrundlagen führte das System der pluralistischen Demokratie in Selbstauflösung und diktatorische Krisis, ließ den Kampf um die Macht in die Unterdrückung des politischen und geistigen Pluralismus durch totalitäre Gleichschaltung münden.“ Die vorliegende Literaturbetrachtung lenkt die Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf die innenpolitische Labilität der Republik. So schwerwiegend die Rückwirkungen des Versailler Vertrages und die wirtschaftliche Belastung infolge des verlorenen Krieges auch waren, für die Zersetzung der demokratischen Ordnung sind sie nicht primär ausschlaggebend gewesen. Wie Erdmann feststellt, wird man, wenn die Weimarer Republik im Unterschied zu anderen europäischen Ländern mit der Belastung durch die Wirtschaftskrise im Innern politisch nicht fertig wurde, . . . den Grund hierfür also zunächst einmal auf dem besonderen innerpolitischen Felde Deutschlands zu suchen haben³³⁾. Diese Auffassung hat sich mehr und mehr durchgesetzt. Das mindert nicht die Bedeutung der Erforschung der außenpolitischen Entwicklung, insbesondere ihrer Verflechtung mit den großen

²⁷⁾ „Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/1934“, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, 4. Jg. 1956, S. 30—42.

²⁸⁾ „Auflösung einer Demokratie, Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem“, in: „Faktoren der Machtbildung“, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 2, Berlin 1952, S. 30—98.

²⁹⁾ Zur Ergänzung s. meinen in Heft 3 der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, Jg. 1956, erscheinenden Aufsatz „Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933“.

³⁰⁾ „Vorwärts“, 23. 3. 1956.

³¹⁾ S. Anm. 29.

³²⁾ S. Anm. 24 u. 44.

³³⁾ a. a. O. (s. Anm. 1), S. 16.

Fragen der Innenpolitik. Dabei stehen, nicht zuletzt bedingt durch die Situation des gespaltenen Deutschlands von heute, die ostpolitischen Fragen im Vordergrund des Interesses. Es ist zu begrüßen, daß die aus einer Vorlesungsreihe hervorgegangene knappe Gesamtdarstellung Edward Hallett Carrs jetzt unter dem Titel „Berlin — Moskau, Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen“³⁴⁾ auch in deutscher Übersetzung erschienen ist. Auch eine zweite Untersuchung von englischer Seite, „Rußland und die Weimarer Republik“ von Lionel Kochan³⁵⁾, verdient Beachtung. An weiterführenden, neue Quellen erschließenden Spezialstudien sind in erster Linie Herbert Helbig's Abhandlung „Die Moskauer Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau“³⁶⁾ und Hans W. Gatzkes Aufsatz „Von Rapallo nach Berlin, Stresemann und die deutsche Rußlandpolitik“ hervorzuheben. Die von sowjetzonaler Seite vorgelegten Bücher von Fritz Klein — „Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917—1932“³⁷⁾ — und Albert Norden — „Zwischen Berlin und Moskau, Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen“³⁸⁾ — dienen dazu, den gegenwärtigen Zustand der „Freundschaft“ zwischen der Sowjetunion und der „DDR“ historisch zu untermauern und sind wissenschaftlich nicht ernst zu nehmen. Gegenüber Nordens tendenziöser Verleumdung der Politik der mehrheitssozialdemokratischen Führer in den ersten Jahren der Republik sei hier auf meine Übersicht über die sozialdemokratische Ostpolitik hingewiesen³⁹⁾.

Hins dem Stande der Forschung und der Quellenlage — die immer noch nicht befriedigend ist — entsprechende Gesamtgeschichte der Weimarer Republik ist leider bisher nicht vorhanden. Auch Brich Eycks zweibändiges Werk wird, nach dem vorliegenden ersten Band zu urteilen⁴⁰⁾, diese Aufgabe nicht erfüllen können. Seine aus sauberer liberaler Sicht gestaltete Darstellung⁴¹⁾ der Periode vom Sommer 1917,

als sich die später in der Weimarer Koalition vereinten Parteien zur Reichstagsmehrheit der Friedensresolution zusammenschloßen, bis zu Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten 1925 steht trotz mancher Vorzüge in der Mitte zwischen wissenschaftlicher Geschichtsschreibung und den Arbeiten beteiligter Zeitgenossen, unter denen an erster Stelle das verdienstvolle Werk des ehemaligen „Vorwärts“-Chefredakteurs Friedrich Stampfer „Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik“⁴²⁾ und das trotz seiner Trockenheit nützliche Buch „Die Weimarer Republik“ des demokratischen Verwaltungsfachmanns und Politikers Ferdinand Friedensburg „Die Weimarer Republik“⁴³⁾ zu nennen sind. Besonders für den Zeitabschnitt von 1918 bis 1923 muß man immer noch auf Rosenbergs grundlegendes Werk zurückgreifen, obwohl, wie der Herausgeber der Neuausgabe betont⁴⁴⁾, seine Äußerungen und Urteile in mancher Hinsicht selbst schon ein Stück Geschichte geworden sind. Die besten kritischen Gesamtübersichten geben Werner Conze in seinem Beitrag zu Rassew's Handbuch⁴⁵⁾ und — weniger ausführlich, doch unter besonderer Betonung der außenpolitischen Probleme — Hans Herzfeld in den einschlägigen Paragraphen seiner Geschichte der „modernen Welt“⁴⁶⁾. Zu erwähnen sind ferner die in den „Beiträgen zum Geschichtsunterricht“ erschienene kleine Geschichte der Republik von Karl Mielcke und das dazugehörige Dokumentenbändchen⁴⁷⁾, die über den Bereich der Schule hinaus Verbreitung verdienen.

Das gespaltenen Geschichtsbewußtsein

Die verantwortungsbewußte Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik und die Popularisierung ihrer Ergebnisse sind gleich wichtige Erfordernisse, ist doch die Gespaltenheit des geschichtlichen Bewußtseins, die sich in der Weimarer Zeit als einer der wirksamsten Faktoren der Desintegration erwiesen hat, keineswegs überwunden. Wenn die bundesrepublikanische Demokratie noch immer auf schwankendem Boden steht, liegt das nicht zuletzt daran, daß das deutsche Volk auch nach dem zweiten Weltkrieg vor einer rückhaltlosen Auseinandersetzung mit seiner jüngsten

³⁴⁾ Übertragen von Herbert von Bosch, 180 S., Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1934.

³⁵⁾ 183 S., Müller-Albrecht Verlag, Düsseldorf 1955.

³⁶⁾ In: „Forschungen zur osteuropäischen Geschichte“, hsgn. von Horst Jablonowski und Werner Philipp, Berlin 1955, S. 288—344.

³⁷⁾ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, 4. Jg. 1956, S. 1—20.

³⁸⁾ 180 S., Rütten & Loening, Berlin 1932; 397 S., Dietz Verlag, Berlin 1954.

³⁹⁾ „Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945“, Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte der „Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung“, 128 S., Tübingen 1954, Auslieferung: Böhlau-Verlag, Köln.

⁴⁰⁾ „Geschichte der Weimarer Republik, Erster Band: Vom Zusammenbruch des Kaiserturns bis zur Wahl Hindenburgs“, 472 S., Eugen Klett Verlag, Zürich und Stuttgart 1954.

⁴¹⁾ S. die Besprechung durch Bracher in: „Politische Literatur“, 1954, S. 548 ff.

⁴²⁾ 3. Aufl., 890 S., Verlag Auerdruck GmbH, Hamburg 1953.

⁴³⁾ 412 S., Carl Habel Verlagsbuchhandlung, Berlin 1948.

⁴⁴⁾ „Die Weimarer Republik 1918—1933“, in: Peter Rastow (Hsg.), „Deutsche Geschichte im Überblick, Ein Handbuch“, Stuttgart 1953, S. 616—668.

⁴⁵⁾ „Die moderne Welt 1789—1945, II. Teil: 1890 bis 1945“, 392 S., Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1952. In der von Gerhard Eitler hsgn. Reihe „Geschichte der Neuzeit“ (Westermanns Studienhefte).

⁴⁶⁾ Heft 23: „Geschichte der Weimarer Republik“, 150 S.; Heft 24: „Dokumente zur Geschichte der Weimarer Republik“, 110 S.; Albert Limbach Verlag, Braunschweig 1951 und 1954.

Vergangenheit zurückgewichen ist. Unbequeme Wahrheiten werden aus dem Bewußtsein verdrängt, während biedere Stammtisch- und Kirchturmspolitiker schon wieder das Loblied des starken Mannes anstimmen. Brave Familienväter glauben sich auf die historische Erfahrung berufen zu dürfen, wenn sie belläufig zwischen Suppe und Gulasch unken, daß die Begabung des deutschen Volkes zu demokratischer Selbstregierung nicht eben hoch zu veranschlagen sei. Das sind Leute, die ihren Lebensstandard lieben und die Steuersätze hassen, gutwillige Patrioten, die nicht dazu neigen, sich vorschnell „radikalisieren“ zu lassen und deren leidenschaftsloses Vertrauen in die Ewigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse eines der Elemente zu sein scheint, die den anmutigen Dornröschenschlaf unseres bundesrepublikanischen Provisoriums ermöglicht haben. Man soll den Teufel nicht an die Wand malen; doch wäre es leichtfertig zu übersehen, daß die schlummernden Sentiments und Ressentiments eine latente Gefahr bilden. Zu überwinden sind sie nur durch ehrliche Verarbeitung der Erfahrungen des deutschen Volkes aus der Zeit der tragisch gescheiterten Republik und des Hitlerregimes. Nun wäre es ebenso unklug wie unrealistisch, den Einfluß der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung auf das politisch wirksame geschichtliche Bewußtsein des Volkes zu überschätzen. Doch auch die traditions- und gefühlsbestimmten Reaktionen des Historikers sind eine Größe im politischen Raum. Erlahmt sein Impuls zu methodisch-kritischer Selbstkontrolle, so läuft er Gefahr, gängige geschichtliche Legenden in der Sprache der Wissenschaft zu untermauern, statt ihnen mit dem Gewicht der historischen Wahrheit entgegenzutreten. Auch hier schrecken die Erfahrungen von Weimar, wie zwei Beiträge in der Festschrift für Ludwig Bergsträsser deutlich zeigen.

In seinem Aufsatz über das Verhältnis von „Deutscher Geschichtsschreibung und Politik“ weist Johann Albrecht von Ran-

tzau⁴⁷⁾ eindringlich darauf hin, daß neben Rankes historischer Methode auch seine politischen Vorurteile und Einseitigkeiten bei seinen Nachfahren im 20. Jahrhundert Schule gemacht haben und selbst heute noch als Hypothek auf der deutschen Geschichtsschreibung lasten. Man werde, ob man möchte oder nicht, betont Rantzaus, „der Tatsache ins Auge sehen müssen, daß seit gut hundert Jahren namhafte, ja berühmte deutsche Historiker sich durch mechanische Anwendung des Begriffes der historischen und politischen Eigenart den Blick für die entscheidenden Kräfte des 19. und 20. Jahrhunderts getrübt, daß sie in der Weimarer Republik sich in einen politischen Schmolliwinkel begeben und von hier aus eine verhängnisvolle Opposition unter den deutschen Gebildeten bestärkt und ermutigt haben.“ Nicht minder instruktiv ist der Bericht Eugen Fischer-Baling⁴⁸⁾ über den 1919 eingesetzten und 1932 von dem neuen Reichstagspräsidenten Hermann Göring aufgelösten Untersuchungsausschuß für die Schuldfragen des ersten Weltkrieges⁴⁹⁾, dessen Arbeiten nie zum Abschluß kamen, weil manche Sachverständige ihre Gutachten immer wieder hinauszögerten. Hielten sie doch an dem Grundsatz fest, „um keinen Preis deutsche Fehler oder gar deutsche Herausforderungen zuzugeben, weil sie das als ein Beschmutzen des eigenen Nestes werteten und davon eine Verschlechterung der deutschen Position im Kampf um den Versailler Vertrag fürchteten“. Analog zu der politischen Entwicklung sei diese Richtung von Jahr zu Jahr stärker geworden. „Das Leben des Untersuchungsausschusses“, schließt Fischer-Baling, „ist ein Roman; mir scheint: ein Roman für unsere Tage.“

⁴⁷⁾ In: „Aus Geschichte und Politik, Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser“, hgn. im Auftrag der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ von Alfred Herrmann, Droste-Verlag, Düsseldorf 1954, S. 197—206.

⁴⁸⁾ Der Untersuchungsausschuß für die Schuldfrage des ersten Weltkrieges, a. a. O., S. 117—137.